
**BERICHT ZUR INTEGRIERTEN AUFGABEN- UND FINANZPLANUNG 2005
BIS 2008 SOWIE ZUM STAATSVORANSCHLAG 2005**

Inhalt	Seite
1 Einleitung und Antrag	2
2 Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2005 bis 2008	3
21 Umsetzung der Strategieplanung 2012+ und rollende Fortsetzung der Amtdauerplanung bis 2008	3
22 Veränderungen der Rahmenbedingungen	4
221 Entwicklungen im Umfeld	4
222 Eigene Staats- und Verwaltungsorganisation	5
223 Zielvorgaben und Eckwerte zum rollenden Finanzplan	6
23 Ergebnis des rollenden Finanzplans	8
24 Bericht zur integrierten Aufgaben- und Finanzplanung nach Departementen und Ämtern	10
25 Nachgeführtes Gesetzgebungsprogramm 2005 bis 2008	90
3 Staatsvoranschlag 2005	94
31 Erläuterungen zum Staatsvoranschlag	94
311 Personalpolitische Eckwerte	94
32 Gesamtergebnis	96
33 Laufende Rechnung	97
34 Investitionsrechnung	101
35 Kennzahlen	102
4 Beschlüsse des Kantonsrats zum Staatsvoranschlag 2005 und verabschiedetes Ergebnis	104

Bericht des Regierungsrates zur integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2005 bis 2008 sowie zum Staatsvoranschlag 2005

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte

Wir unterbreiten Ihnen die rollende Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung (IAFP) 2005 bis 2008. Sie stützt sich auf die langfristige Strategieplanung 2012+ und die mittelfristige Amtsdauerplanung 2003 bis 2006. Darin berücksichtigt sind auch die Änderungen aus dem rollenden IAFP 2004 bis 2007 sowie die inzwischen veränderten Rahmenbedingungen. Damit entsprechen wir dem Grundauftrag des Regierungsrates, vorausschauend die Staatstätigkeit zu leiten, zu planen und zu koordinieren (Art. 19 Abs. 1 Staatsverwaltungsgesetz, Art. 2 der Organisationsverordnung und Art. 35 und 36 der Finanzhaushaltsverordnung).

Der IAFP zeigt einerseits die Schwerpunkte der auf die Gesetzgebung abgestützten Leistungsaufträge und die wichtigsten Projekte für 2005 zusammen mit den finanziellen Auswirkungen auf. Andererseits gibt die rollend weitergeführte Mittelfristplanung Auskunft über die voraussichtliche Weiterentwicklung der Aufgaben und Finanzen in den Jahren 2006 bis 2008. Diese hat aber nicht die Verbindlichkeit eines Mehrjahresbudgets. Die aufgezeigte Aufgabenentwicklung und die dargestellten Projekte bedürfen im Einzelfall noch der Zustimmung der zuständigen politischen Behörden sowie der jeweiligen Konkretisierung in den kommenden Staatsvoranschlägen.

Als Besonderheit ist im vorliegenden IAFP bzw. Staatsvoranschlag 2005 auch die Umsetzung der Projekte aus dem Generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) enthalten und aufgezeigt, welches parallel zur Budgetierung vorbereitet und gesondert dem Kantonsrat, soweit in seiner Zuständigkeit liegend, vorgelegt worden ist. Daraus können sich für die endgültige Bereinigung noch Änderungen ergeben.

Wir beantragen Ihnen, Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte, von der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung Kenntnis zu nehmen und den Staatsvoranschlag 2005 zu genehmigen.

Sarnen, im September 2004

Im Namen des Regierungsrates

Elisabeth Gander-Hofer, Landammann

Urs Wallimann, Landschreiber

2 Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2005 bis 2008

21 Umsetzung der Strategieplanung 2012+ und rollende Fortsetzung der Amtsdauerplanung bis 2008

Die zu Beginn der laufenden Amtsdauer aufgezeigte Langfriststrategie 2012+

KANTON OBWALDEN
WOHN-ATTRAKTIV, WIRTSCHAFTS-DYNAMISCH UND OPTIMALVERNETZT
IHR PARTNER IN DER ZENTRALSCHWEIZ

bildet zusammen mit den strategischen Leitideen die Grundlage für die Ziele. Diese will der Kanton in den einzelnen Politikbereichen erreichen, um den Kanton gut zu positionieren und möglichst günstige Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. So trägt er letztlich zum Wohlergehen der Bewohner und Bewohnerinnen des Kantons nachhaltig bei.

Die Amtsdauerplanung wird in einer jeweils um ein Jahr erweiterten, rollenden Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung nachgeführt. Mit dem Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) wird der frühere rollende Finanz- und Investitionsplan (Input-Planung) weitgehend mit einem flächendeckenden rollenden Aufgaben- und Massnahmenplan (Output-Planung) ergänzt. Dazu gehören nicht nur die Darstellung der jeweils neuen Projekte sondern auch das Aufzeigen der bestehenden Leistungsaufträge der einzelnen Amtsstellen. Die Leistungsaufträge ergeben sich aus der Gesetzgebung und besonderen Kreditbeschlüssen und binden bereits einen grossen Teil der finanziellen und personellen Ressourcen.

Der jährlich nachgeführte IAFP bildet den Budgetrahmen für das nächste Jahr und ermöglicht:

- Das "Unternehmen Kanton Obwalden" mit Leistungsaufträgen und Projekten einerseits sowie den finanziellen Auswirkungen andererseits als Ganzes zu überblicken;
- veränderten Rahmenbedingungen im Umfeld und bei der eigenen Organisation durch Anpassung der Prioritäten Rechnung zu tragen;
- die langfristige strategische Entwicklung der kantonalen Aufgabenerfüllung mit integrierter Aufgaben- und Finanzsteuerung je Amtsbereich auf der Grundlage der Kostenstellenrechnung sicherzustellen.

Die Fraktionen, Kommissionen und Kantonsratsmitglieder können abweichende Haltungen zum IAFP durch parlamentarische Vorstösse einbringen und beschliessen lassen oder in Stellungnahmen anlässlich der parlamentarischen Beratung kundtun und zu Protokoll erklären.

22 Veränderungen der Rahmenbedingungen

Die vertiefte Auseinandersetzung mit den Chancen und Gefahren im Umfeld des Kantons sowie der eigenen Stärken und Schwächen des Kantons anlässlich der Strategie- und Amtsdauerplanung führte zum Schluss, dass im Zentrum der enge finanzpolitische Handlungsspielraum steht. Daran hat sich auch mit den positiven Rechnungsabschlüssen 2002 und 2003 grundsätzlich wenig geändert. Im Gegenteil, mehrere Rahmenbedingungen, die der SWOT-Analyse bzw. der Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 zu Grunde gelegt waren, haben sich nachteilig verändert. Dazu verweisen wir namentlich auf:

221 Entwicklungen im Umfeld

Gesellschaftliches Umfeld

Mit Blick auf den Sorgenbarometer 2003 (Credit Suisse [Hrsg.], Zürich, Dezember 2003) ist eine hohe Sensibilität der Bevölkerung auf die Themen Arbeitslosigkeit/Arbeitsplatzsicherheit, Gesundheit, Altersvorsorge/AHV sowie Neue Armut auszumachen. Das entspricht in groben Zügen dem, was im Jahr zuvor festzustellen war. Einzig die Gewichtungen haben sich teilweise verschoben.

Für den Kanton Obwalden sind im speziellen folgende Punkte zu erwähnen:

- Die demographische Entwicklung zeigt in Richtung Zunahme der Erwerbstätigen und leichte Abnahme des Anteils Jugendlicher an der Gesamtbevölkerung (Jugendlastquotient).
- Laut statistischen Prognosen wächst die Bevölkerung bis 2040 im schweizerischen Vergleich überdurchschnittlich. Hingegen ist im Vergleich zu den 90er Jahren eine Abnahme der Wachstumsrate festzustellen.
- Der Kanton verzeichnete in den 90er Jahren eine wesentliche Zunahme der Pendler-Quote.
- Die Schülerstatistik führt zum Schluss, dass nach einer kurzen Spitze im Jahr 2007 die Schülerzahlen tendenziell wieder abnehmen.
- Verbunden mit einer zögerlich anziehenden Konjunktur ist eine Stagnation des Angebotes an Ausbildungsplätzen zu erwarten.
- In der Gesellschaft ist eine Tendenz zur Entsolidarisierung festzustellen. Hervorgerufen wird diese Phänomen unter anderem durch den verstärkten Wettbewerb und durch eine feststellbare Polarisierung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Wirtschaftliches Umfeld

Die Wirtschaftsprognosen sind nicht einheitlich, insgesamt versprechen sie jedoch ein moderates Wachstum. Es sind kürzere wirtschaftliche Zyklen, die in direkter Abhängigkeit von globalen Grossereignissen (Bsp. Terroranschläge, SARS) stehen, zu verzeichnen.

Im Kanton Obwalden war eine Zunahme des durchschnittlichen Volkseinkommens festzustellen. Ebenfalls zugenommen haben Betriebe in wertschöpfungsstarken Branchen. Beides sind Indikatoren eines qualitativen Wachstums.

Im Bereich der Landwirtschaft ist der Strukturwandel im vollen Gange. Dieser Prozess kann höhere staatliche Sozialkosten und soziale Probleme verursachen.

Angespannt und ungewiss ist die Situation für die vom Bund direkt abhängigen Arbeitsplätze (Bsp. Armee). Diese verstärkt sich proportional zum Spardruck auf Bundesebene. Gleiches gilt auch für Wirtschaftsbranchen, die indirekt abhängig sind vom Bund und von Bundesgeldern (Bsp. Land- und Forstwirtschaft).

Die Folgen der EU-Osterweiterung auf die Volkswirtschaft von Obwalden sind schwierig abzuschätzen. Sie könnte kurzfristig zu einer vermehrten Anstellung von Personal aus diesen Ländern

in Branchen mit tiefen Löhnen führen (wie Landwirtschaft und Gastgewerbe). Allerdings wurden die flankierenden Massnahmen der Personenfreizügigkeit vereinbart. Im Verhältnis zur EU konnten die Beziehungen durch die bilateralen Verträge II stabilisiert werden. Die noch schwache wirtschaftliche Entwicklung von Kontinentaleuropa hat direkten Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz.

Staatliches Umfeld

Bund und Kantone

Der Bund hat verschiedene Entlastungsprogramme zur Reduktion des Ausgabenwachstums in die Wege geleitet. Zu diesen Programmen gesellen sich Vorhaben wie die Unternehmenssteuerreform II. Auch die Verteilung der überschüssigen Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) sowie die künftige Aufteilung des ordentlichen Reingewinns der SNB könnte nicht die ursprünglich vorgesehenen Erträge bringen.

Diese Entwicklungen werden unter anderem Auswirkungen auf die Höhe der Transferzahlungen haben. Absehbar ist eine Abnahme. Hinzu kommt voraussichtlich ab dem Jahr 2008 die Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben (NFA) sowie die Neue Regionalpolitik. Durch die vorgesehene Erweiterung um die Agglomerationspolitik und die internationale Zusammenarbeit verliert die bisherige Berggebietspolitik finanzielle Mittel.

Das alles verstärkt den finanzpolitischen Druck auf den Kanton und die Gemeinden sowie auf die interkantonale Zusammenarbeit. In Zukunft wird tendenziell weniger Geld für staatliche Aufgaben vorhanden sein, was Verteilungsfragen zwischen Regionen und Politikbereichen aufwerfen wird.

Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden

Das sich ändernde Verhältnis zwischen Kanton und Bund wird auch Auswirkungen auf die Beziehung zwischen Kanton und Gemeinden zeitigen. Reformvorhaben könnten in der Folge notwendig werden.

Drei mögliche Entwicklungen sind daraus abzuleiten. Der Kanton übernimmt mehr Aufgaben im Sinne der Zentralisierung und der daraus entstehenden Effizienzsteigerung. Zweitens: Die Gemeinden streben untereinander eine Zusammenarbeit an. Oder drittens ist vorstellbar, dass die Gemeinden Leistungen beim Kanton im Rahmen eines Auftragsverhältnisses bestellen.

Diese Entwicklung beinhaltet den Vorteil der Umsetzung des Subsidiaritätsprinzipes und der Einhaltung des Äquivalenzprinzipes. Nachteilig ist hingegen der potentielle Verlust der Gemeinden an Autonomie, an rechtsstaatlicher Bedeutung und an Identität.

222 Eigene Staats- und Verwaltungsorganisation

Finanzielle Ressourcen

Die Umsetzung des Projektes Generelles Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) ist als wichtiger Schritt zur Erreichung des finanzpolitischen Handlungsspielraums zu sehen. Dennoch kann damit mittel- bzw. langfristig das grundsätzliche Problem der Diskrepanz zwischen den Ansprüchen an die staatliche Aufgabenerfüllung und der vorhandenen finanziellen Möglichkeiten nicht nachhaltig gelöst werden. Der Weg der generellen Entlastung des Staatshaushaltes hat weiter zu erfolgen.

Die Umstellung auf die Gegenwartsbesteuerung hat sich auf die Steuerertragslage positiv ausgewirkt. Dieser Effekt wird aber mittelfristig abflachen, und es wird sich wieder eine kongruentere Entwicklung der Steuererträge mit dem Wirtschaftswachstum einstellen.

Der Einbezug der Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben (NFA) ab dem Jahr 2008 in den IAFP bewirkt, dass sich in den von der Entflechtung der Aufgaben betroffenen Ämtern grössere Verschiebungen in den Finanzströmen ergeben. Insgesamt wird der Kanton, dank dem vorgesehenen Härteausgleich, durch die NFA aber eine jährliche Entlastung von rund 3 Millionen Franken erfahren.

Personelle Ressourcen

Die Vorgabe der Nivellierung des Personalaufwands auf 45 Millionen Franken konnte erfolgreich umgesetzt werden. Hingegen sind zur Erreichung der zeitlichen Zielsetzungen, nämlich die Haltung des Niveaus der Personalkosten bis 2007, weitere Massnahmen zu planen.

Ein Personalleitbild kann den Kanton Obwalden in seiner Position als Arbeitgeber stärken. Die sich daraus ergebenden Möglichkeiten sind jedoch klein, da wenig finanzpolitischer Handlungsspielraum vorhanden ist.

Der Druck auf das Personal wird, wie in der Privatwirtschaft auch, weiter zunehmen.

Behörden- und Verwaltungsorganisation

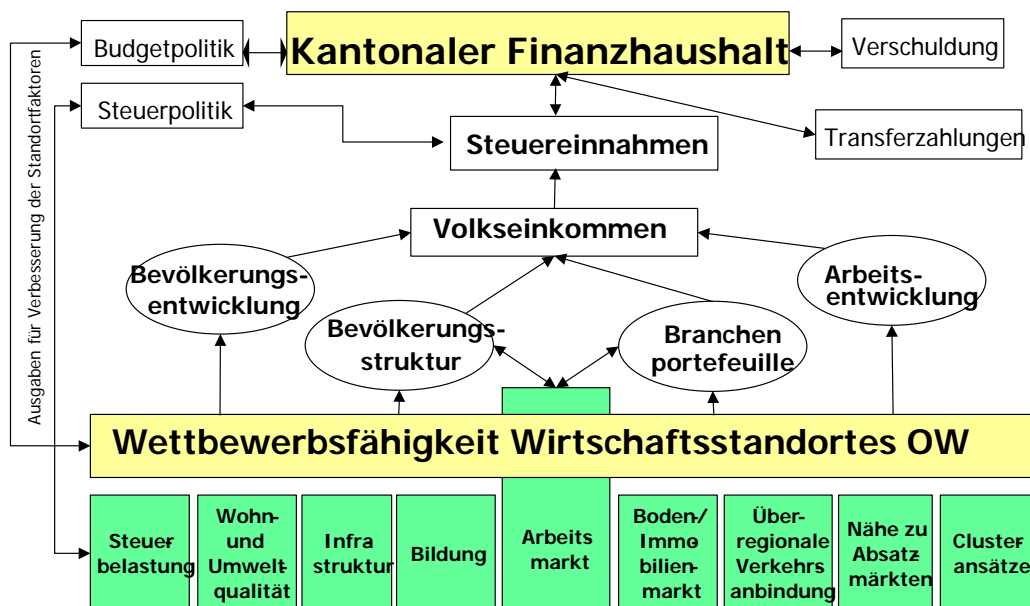
Die eingeleiteten Reformprojekte, Parlamentsreform (PR) und Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW), stärken das politische System und die Verwaltung Kanton Obwalden gesamthaft. Somit kann die Allokation der öffentlichen Mittel (Steuergelder) verbessert werden.

Die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung wird durch NOW gefördert. Dadurch wird die Dienstleistungsattraktivität der Verwaltung gestärkt. Das reduziert aber nicht den finanziellen Druck auf den Staat. Reform- gepaart mit Finanzdruck kann destruktiv wirken und die Arbeit der Verwaltung negativ beeinflussen. Reformen beinhalten aber immer auch Chancen.

223 Zielvorgaben und Eckwerte zum rollenden Finanzplan

Anlässlich der Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 bzw. der Strategie 2012+ des Regierungsrates vom Dezember 2002 wurde die Zurückgewinnung des finanzpolitischen Handlungsspielraums als vorrangiges Ziel definiert. Die Idee dahinter ist, dass nur wenn der finanzpolitische Handlungsspielraum über eine Optimierung des staatlichen Ertragspotenzials und eine zurückhaltende, gezielte Ausgabenpolitik ausgeweitet und sinnvoll umgesetzt werde, könne Obwalden als eigenständiger Kanton auch auf längere Sicht bestehen.

Um zu verstehen, was der Regierungsrat unter finanzpolitischem Handlungsspielraum versteht, ist auf die in der Strategie- und Amtsdauerplanung bereits aufgezeigten Zusammenhänge des kantonalen Finanzhaushaltes und der Wettbewerbsfähigkeit eines Kantons (Standort) hinzuweisen:



Umfassend finanzpolitisch handlungsfähig ist der Kanton dann, wenn er für die oben erwähnten Politikfelder, über genügend öffentliche Mittel verfügt, um die erforderlichen Aufgaben nachhaltig erfüllen zu können. In der Realität sind die öffentlichen Mittel knapp, weshalb eine politische Prioritätensetzung vorgenommen werden muss.

Dies hat durch den Regierungsrat zu erfolgen, indem er sein Handeln in einem Regierungsprogramm nach Zielen gliedert und diese Ziele gegeneinander abwägt und priorisiert. So betrachtet heisst für den Kanton Obwalden finanzpolitisch handlungsfähig zu sein, über genügend öffentliche Mittel zu verfügen, damit die Ziele gemäss Regierungsprogramm (Strategie 2012+) erreicht werden können.

Umgekehrt kann gesagt werden, dass ein öffentliches Wesen politisch handlungsunfähig ist, wenn es die Strategieziele mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr erreichen kann. Logischerweise müsste nun die Zielsetzung angepasst (Vollzug von weniger Aufgaben) oder die Menge der öffentlichen Mittel erhöht (Steuererhöhung) werden. Oder aber man nivelliert die Standards der Ziele gegen unten (Leistungsabbau). Das sind drei Möglichkeiten, um konkret finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen.

Der Regierungsrat betrachtet den Kanton Obwalden zur Zeit als in seinen finanzpolitischen Möglichkeiten stark eingeschränkt. Das unterstreichen im speziellen die finanziellen Prognosen und die finanzpolitische Planung. Er hat sich zum Ziel gesetzt, einen grösseren finanzpolitischen Handlungsspielraum zu erreichen. Dabei verfolgt der Regierungsrat folgende Politik:

Politik zum finanzpolitischen Handlungsspielraum

- die Laufende Rechnung ist ausgeglichen (keine Konsumausgaben durch Verschuldung);
- die getätigten Investitionen über die Amtsperioden sind eigen finanziert (Eigenfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent);
- mit den Überschüssen aus der Laufenden Rechnung und ausserordentlichen Erträgen wird langfristig ein Eigenkapital geäufnet, bis ein Jahresergebnis der Kantonssteuern erreicht ist.

An der bereits in den Vorjahren festgelegten strategischen Zielsetzung einer nachhaltigen Finanzpolitik wird weiterhin festgehalten. Die Laufende Rechnung ist deshalb ausgeglichen zu halten und ausserordentliche Erträge sind vollumfänglich für den Abbau von Schulden zu verwenden.

Die Ergebnisse der Laufenden Rechnung erschöpfen sich aus der Grundlage des Basisjahres (Voranschlag 2005) und den im vorliegenden Planwerk aufgezeigten wesentlichen voraussehbaren Änderungen des Leistungsauftrages und den geplanten Projekten. In der Planung 2005 bis 2008 des integrierten Aufgaben- und Finanzplanes wurden auch die vom Regierungsrat zur Umsetzung empfohlenen GAP-Projekte entsprechend berücksichtigt.

Zusätzlich wurden als generelle Steuerungsparameter gesetzt:

Personalaufwand:	plus 1,6 Prozent, max. 45 Millionen Franken bis 2007;
Gebühren:	Zuwachs gemäss erwarteten Bevölkerungswachstum von 0,6 Prozent;
Finanzkraft:	weiterhin 30 Punkte.

Für das Jahr 2008 wurden zudem die erwarteten Auswirkungen der NFA anhand der vorliegenden Globalbilanz (Ausgangsjahr 2001/2002) mit berücksichtigt. Insgesamt wird bei der Umsetzung der NFA, dank dem vorgesehenen Härteausgleich, der Kanton Obwalden leicht entlastet werden.

23 Ergebnis des rollenden Finanzplans

Für die Planjahre 2005 bis 2008 ergeben sich folgende Eckwerte:

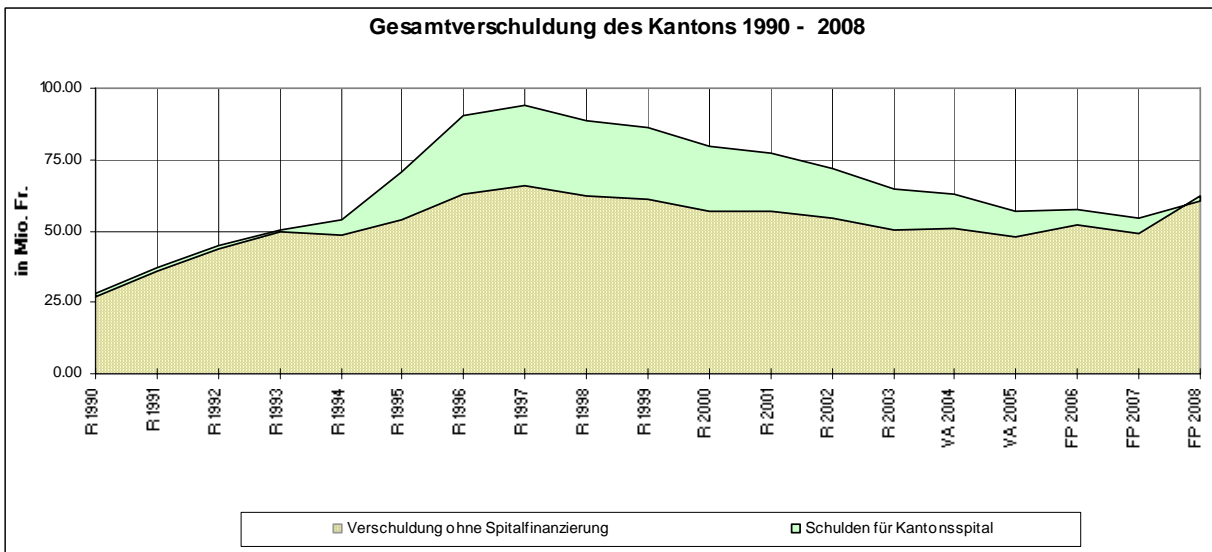
in 1'000 Fr.:	Voranschlag 2005	Finanzplan		
		2006	2007	2008
Laufende Rechnung (LR):				
Aufwand	251'570	258'255	262'283	262'118
Ertrag	252'938	257'094	262'647	263'180
Ordentliches Ergebnis	1'368	-1'161	364	1'062
ausserordentlicher Ertrag	2'558	2'898	2'898	660
ausserordentlicher Aufwand	2'558	2'898	2'898	660
Aufwandüberschuss		-1'161		
Ertragsüberschuss	1'368		364	1'062
Investitionsrechnung (IR):				
Ausgaben	42'597	52'326	68'764	83'414
Einnahmen	32'070	36'232	54'892	61'304
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	10'527	16'094	13'872	22'110
Darlehen in Investitionsrechnung	328	122	47	-38
Zunahme Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	10'199	15'972	13'825	22'148
Finanzierung:				
Zunahme der Nettoinvestitionen	10'199	15'972	13'825	22'148
Abzüglich Abschreibungen	15'298	16'238	16'683	15'074
Ergebniss Laufende Rechnung	1'368	-1'161	364	1'062
Finanzierungsergebnis (ohne Darlehen)	6'467	-895	3'222	-6'012
Selbstfinanzierungsgrad	163.4%	94.4%	123.3%	72.9%

Dank des Generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramms (GAP) können die Ziele des Regierungsrates:

- die Laufende Rechnung ist ausgeglichen (keine Konsumausgaben durch Verschuldung);
- die getätigten Investitionen über die Amtsperioden sind eigen finanziert (Eigenfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent);

auch in der kommenden Jahresplanung wieder erreicht werden. Dies, nachdem letztes Jahr im rollenden Aufgaben- und Finanzplan ab 2005 noch hohe Defizite in der Laufenden Rechnung von bis 6,8 Millionen aufgezeigt werden mussten. Auch die in der Planung aufgenommenen, unvermeidlichen Mehrkosten bei ausserkantonalen Ausgaben (wie Schulen, Hospitalisationen und Heime) sollten finanziert werden können.

Als Resultat der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung kann auch die Gesamtverschuldung zwischen 2004 bis 2008 reduziert werden.



24 Bericht zur integrierten Aufgaben- und Finanzplanung nach Departementen und Ämtern

Im nachfolgenden Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) werden einerseits für 2005 die Schwerpunkte sowohl zu den Leistungsaufträgen (mit Begründung der erheblichen Ausgaben der Laufenden Rechnung) als auch die wichtigsten Projekte aufgezeigt. Andererseits gibt die rollend weitergeführte Mittelfristplanung Auskunft über die voraussichtliche Weiterentwicklung der Aufgaben/Projekte und Finanzen in den Jahren 2006 bis 2008. Diese hat aber nicht die Verbindlichkeit eines Mehrjahresbudgets. Die Projekte bedürfen im Einzelfall noch der Zustimmung der zuständigen politischen Behörden sowie der jeweiligen Konkretisierung in den kommenden Staatsvoranschlägen. Die noch nicht beschlossenen Projekte werden in der Planung *kursiv* dargestellt.

In den nachfolgenden Projekten wird unter anderem der Bezug zur Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 dargestellt. Die Ziele der Amtsdauerplanung werden zur Illustration als Anhang beigefügt; diese sind ebenso im Bericht Strategie- und Amtsdauerplanung 2003 bis 2006 der Staatskanzlei von Dezember 2002 zu finden.

24.1 RÄTE/STAATSKANZLEI

10 Kantonsrat (Gesetzgebende Behörde)

Hauptaufgaben

Die Hauptaufgaben des Kantonsrates sind die Gesetzgebung, Wahlen und die Oberaufsicht. Im Bereich der Gesetzgebung berät der Kantonsrat vorab Verfassungsänderungen, den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Gesetzen und Verordnungen sowie den Abschluss interkantonalen Vereinbarungen. Er ist auch zuständig für die Standesinitiative und Kantonsreferendum. Der Kantonsrat wählt Landammann, Landstatthalter und Landschreiber, einzelne Gerichtsbehörden, die Organe der öffentlich-rechtlichen Anstalten sowie Kommissionen. Die Oberaufsicht über Regierung und Verwaltung sowie die Gerichtsbehörden übt er durch Behandlung der Rechenschaftsberichte aus. Im Weiteren ist der Kantonsrat zuständig für Kreditbeschlüsse von erheblicher finanzieller Tragweite, Staatsvoranschlag und Staatsrechnung sowie für die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern sowie Begnadigungen.

Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (GDB 101)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
<i>Laufende Rechnung:</i>						
Aufwand	271	353	306	310	394	398
Ertrag						
Nettoaufwand	271	353	306	310	394	398
<i>Investitionen:</i>						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
1000 318.60	1	Die Parlamentsreform ist in der Gesetzgebung veran- kert.	13 B		

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
1000 318.60	1	Die Parlamentsreform wird ab Amtsdauerbeginn 2006 umgesetzt	13 B			
1000 300.00	1	<i>Die Parlamentsreform ist ab 2007 voll wirksam</i>	13 B	<i>ab 2007</i>	<i>80</i>	

12 Regierungsrat

Hauptaufgaben

Der Regierungsrat als oberste vollziehende Behörde des Kantons leitet, plant und koordiniert die Staats-tätigkeit, indem er laufend die Lage in Staat und Gesellschaft beurteilt, die grundlegenden Ziele staatli-chen Handelns umschreibt und die Mittel und Organisation dafür bestimmt sowie den Kanton nach innen und aussen vertritt. Er leitet und steuert die kantonale Verwaltung und stellt die Wirksamkeit und Wirt-schaftlichkeit der Aufgabenerfüllung sicher. Der Regierungsrat beteiligt sich durch die Vorbereitung der Gesetze und Verordnungen sowie den Erlass von Ausführungsbestimmungen an der Gesetzgebung so-wie in verwaltungsrechtlichen Angelegenheiten an der erstinstanzlichen Rechtsprechung.

Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (GDB 101)
Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'654	1'673	1'677	1'712	1'771	1'832
Ertrag	74	37	38	38	38	39
Nettoaufwand	1'580	1'636	1'639	1'674	1'733	1'793
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
1200	Regierung				
307.00	Besoldungsnachgenuss für ehemalige Regie- rungsmitglieder gemäss altrechtlicher Regelung	304		338	
317.00	Spesenpauschale gemäss Besoldungsgesetz	70		75	
318.40	Staatsempfänge Regierungsbesuche, Feierlich- keiten, innerkantonale Behördenanlässe (GAP STK-3)	58		38	

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
		Projekte siehe bei den federführenden Departementen			

14 Staatskanzlei

Leistungsauftrag

Die Staatskanzlei wirkt als **Stabsstelle** des Regierungsrates und Kantonsrates, insbesondere bei der Gesamtplanung und Verwaltungskoordination. Sie erbringt Dienstleistungen bei der Information der Öffentlichkeit, als Kanzleisekretariat von Regierungsrat und Kantonsrat, bei der allgemeinen Verwaltungsauskunft und Dokumentation, bei offiziellen Anlässen sowie im Weibel- und Kurierdienst. Sie gibt das Amtsblatt heraus, stellt Beglaubigungen aus und ist kantonale Ausweisstelle für Pässe und Identitätskarten.

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Geschäftsordnung für den Kantonsrat (GDB 132.11)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

Publikationsgesetz (GDB 131.1)

Ausführungsbestimmungen über das Ausstellen der Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (GDB 113.122)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'814	1'770	1'883	1'897	1'913	1'925
Ertrag	1'077	1'035	1'207	1'215	1'221	1'229
Nettoaufwand	737	735	676	682	692	696
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1400	Stab und Information				
318.60	Die "neue deutsche Rechtschreibung" ist in der Verwaltung endgültig eingeführt	0		10	
363.00	Neu: Content-Management-System für den Internetauftritt des Kantons. Aus Dienstleistungsvertrag mit dem ILZ fallen für Beschaffungs- und Betriebskostenanteile auf fünf Jahre Fr. 35 600.– an (siehe Projekt 2005)	24		69	

1420 310.00 431.00	Sekretariat Regierungsrat und Kantonsrat Verzicht auf Druck Staatskalender (GAP STK-7) Ausschöpfung Gebührenrahmen gemäss neuem Gebührengesetz (Entscheidgebühren Regie- rungsrat samt Gebühr Swisslos, Beglaubigungs- gebühren)	49	110	43	110
1422 310.20 310.50 318.10 431.00 435.30 435.40	Amtsblatt/Passbüro Bundesanteil Ausweiskosten (Pass und Identi- tätskarten) Einsparungen bei den Herstellungskosten aus Neuverhandlung Amtsblattvertrag (GAP STK-8) Amtsblatt Zustellgebühren (Kleinerer Posttaxen- Aufschlag als 2004 erwartet) Kantonsanteil an Ausweisgebühren (Pass und Identitätskarten) bei anhaltend grosser Nachfrage Gebühreneinnahmen, abhängig von amtlichen Publikationen und Inseraten: Neu Verrechnung von Gemeindepublikationen (GAP STK-9) und von Handänderungspublikationen (GAP STK-10) Abonnementseinnahmen bei gehaltener Auflage	– 570 83	100 488 330	150 510 75	260 500 330

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
1400 363.00	2	Der kantonale Internetauftritt ist gemäss e-Government- Strategie weiterentwickelt: Beschaffung eines Content- Management-Systems (CMS) zusammen mit Nidwalden mit Amortisierung über fünf Jahre	13 B	69	
1400 363.00/ 363.02		Das Informationsportal www.ch.ch ("Guichet virtuel") ist gemäss der Vereinbarung mit dem Bund ausgebaut	13 B		
1422		Die Einführung des künftigen Passes mit biometrischen Daten ist vorbereitet			

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
1400 363.00	2	Der kantonale Internetauftritt ist gemäss e-Government-Strategie weiterentwickelt (Fortsetzung mit Amortisation und Betrieb CMS)		2006 bis 2009	69	

16 Rechtsdienst

Leistungsauftrag

Der Rechtsdienst berät den Regierungsrat und den Kantonsrat in Rechtsfragen, erarbeitet und überprüft Erlassentwürfe, unterstützt die Beschwerdeinstruktion und vertritt den Kanton in Rechtsstreitigkeiten. Er ist auch zuständig für kantonale Wahlen und Abstimmungen sowie für die Herausgabe der Gesetzessammlung und Führung der Gesetzesdatenbank.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsverordnung (GDB 133.11)
 Abstimmungsgesetzgebung (GDB 122.1 und 122.11)
 Publikationsgesetz (GDB 131.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	536	513	494	534	505	510
Ertrag	2					
Nettoaufwand	534	513	494	534	505	510
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
1600	Rechtsdienst				
310.00	Band XVI der VVGE wird nicht mehr gedruckt (GAP STK-12), nur mehr digital erstellt und im Internet (durch Swissex) und Intranet veröffentlicht	16		16	
310.50	Durchführung der eidgenössischen (vier) und kantonalen Volksabstimmungen (zwei) sowie allenfalls kantonale Ersatzwahl	53		43	

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen kursiv = geplant	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
1600	4	Die gesetzgeberische Vorbereitung/Unterstützung im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit (OW/NW, ZRK) ist gewährleistet Unterstützung im Rahmen des Gesetzgebungsprogramms (siehe Ziff. 25)	15		
1600	2	Die Anpassung des Publikationsgesetzes an das Bundesrecht ist erfolgt	13 C		
1600		Konzept Gesamterneuerungswahlen 2006 für Kantonsrat und Regierungsrat liegt vor			
1600		Das Wahl- und Abstimmungssystem ermöglicht das direkte Erfassen der Stimmzettel bei Majorz-Wahlen	13 C		
1600	2	Die Gesetzesdatenbank erfüllt den Mindeststandard zur Verlinkung mit der CH-Gesetzesdatenbank (Projekt „LexGo“)	13 C		
		<i>siehe auch Gesetzgebungsprogramm</i>			

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
1600 310.50		Die Gesamterneuerungswahlen 2006 für Kantonsrat und Regierungsrat sind durchgeführt	13	2006	36	0

17 Staatsarchiv

Leistungsauftrag

Das Staatsarchiv übernimmt, erschliesst und sichert das archivistische Kulturgut des Kantons. Im Rahmen der Archivverordnung sind die Bestände kantonalen Behörden, der Verwaltung, Forschung und der interessierten Bevölkerung zugänglich. In Führungen und Ausstellungen macht das Staatsarchiv seine Bestände einem breiten Publikum bekannt.

Gesetzliche Grundlagen

Verordnung über das Staatsarchiv (GDB 131.21)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	557	578	563	629	636	641
Ertrag	2	4	5	5	5	5
Nettoaufwand	555	574	558	624	631	636
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1700	Staatsarchiv				
310.00	Teilverzicht auf Ergänzung Handbibliothek (GAP STK-15)	13		7	
318.60	Mikroverfilmung der Regierungsrats- und Kantons- ratsprotokolle; dringendste Restaurationen wertvol- ler Archivalien; Teilverzicht auf Restaurationen (GAP STK-15)	42		21	
363.00	Informatikaufwand ILZ	69		75	

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen kursiv = geplant	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
1700.301.00	<i>Die Archivierung elektronischer Daten ist sichergestellt</i>	60	60	60

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
6150	2	Planung für Archiv-Raumbeschaffung: Raumbedarf und Anforderungen an Bau sind geklärt	13 C	50	
1700	2	Die Planung gemäss KOST-Vereinbarung zum Aufbau der Archivierung digitaler Daten ist schrittweise fortgesetzt	13 C		
1700		Ein Grobkonzept für den Aufbau einer audio-visuellen Archivierung ist erstellt	13 C		

18 Finanzkontrolle

Leistungsauftrag

Die Finanzkontrolle prüft als fachlich selbstständige und unabhängige Instanz den staatlichen Finanzhaushalt nach den Vorgaben des Finanzhaushaltsrechts und nach anerkannten Revisionsgrundsätzen. Sie unterstützt den Kantonsrat bei seiner Oberaufsicht über die Verwaltung und die Gerichtsverwaltung sowie den Regierungsrat bei der Dienstaufsicht über die Verwaltung. Sie führt das Sekretariat der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission.

Gesetzliche Grundlagen

Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)
 Finanzausgleichsverordnung (GDB 630.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	194	217	218	220	223	227
Ertrag	40	36	46	46	46	47
Nettoaufwand	154	181	172	174	177	180
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
1800 434.10	Finanzkontrolle zusätzlicher Ertrag aus Arbeiten für Dritte (GAP STK-16)	0	5	0	10

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
1800 318.60		Ein Audit der Aufgaben der Finanzkontrolle ist durchge- führt	13		

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
1800		Die Aufgaben der Finanzkontrolle sind überprüft und rechtlich angepasst	13	2007		

24.2 FINANZDEPARTEMENT

20 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit. Der Departementssekretär des Ressourcendepartementes wirkt zusätzlich als interdepartementaler Projektleiter. Nach Abschluss des Projektes "Neue Verwaltungsführung Obwalden (NOW)" obliegt ihm die Verwaltungssteuerung sowie das strategische Controlling.

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
 Organisationsverordnung (GDB 133.11)
 Verwaltungsverordnung (GDB 133.21)
 Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)
 Personalverordnung (GDB 141.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	200	267	438	456	446	450
Ertrag			150	151	152	153
Nettoaufwand	200	267	288	305	294	297
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2000 318.60	Departementsdienste Verzicht auf Arbeiten durch Dritte (GAP FD-1)	20		0	
2020 (bisher 2902) 318.60	LIS/GIS Ausgelagerte Geschäftsstelle/Sekretariat (Fr. 70 000.–) Nationale Plattform Geo-Formen (Fr. 40 000.–) und Lizenzen	143		143	
439.00	Einnahmen aus amtlicher Vermessung (AV) von Kanton, Gemeinden und Privaten		80		150

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/./. Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
	Verwaltungssteuerung/strategisches Controlling ab 2006			

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
	6	Projekt NOW: Aufbau wirkungsorientierte Verwaltungsführung und Einführung strategisches Controlling	13 A		
2020 (bisher 2902)	36	LIS/GIS: Alle verfügbaren Daten sind im LIS/GIS Obwalden aufgeschaltet und stehen den Berechtigten zur Verfügung Der Kanton ist am Projekt Geoinformation Zentralschweiz beteiligt	8 A 8 A	184 15	150

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
	6	Projekt NOW ist umgesetzt	13 A	2006		
2020 318.60	36	Der Kanton ist am Projekt Geoinformation Zentralschweiz beteiligt	8 A	2006	15	

22 Personalamt

Leistungsauftrag

Das Personalamt ist allgemeine Stabsstelle für Personal- und Organisationsfragen. Es erarbeitet zuhanden der Departemente und des Regierungsrates fachliche Entscheidungsgrundlagen in Personal- und allgemeinen Organisationsfragen. Dazu gehören die Personalpolitik und in deren Umsetzung insbesondere Dienstleistungen in der Personalrekrutierung, Anstellung, Förderung und Betreuung. Im Weiteren pflegt das Personalamt sämtliche rechtlichen und fachlichen Grundlagen für die Personalführung (Funktionsbewertung, Lohnsystem, Personaladministration und -controlling) und sorgt für deren Umsetzung.

Gesetzliche Grundlagen

Art. 5 Personalverordnung (GDB 141.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	703	887	1'119	1'131	1'147	1'162
Ertrag	40	30	43	43	43	44
Nettoaufwand	663	857	1'076	1'088	1'104	1'118
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2200	Personalverwaltung/Personalamt				
301.80	Lohnsummenentwicklung Verwaltung: 1,4 %	178		332	
302.80	Lohnsummenentwicklung Lehrerschaft: 1,4 %	48		88	
309.03	Personalwerbung: Inserate, Spesenersatz	80		100	
318.60	Rückerstattung Kosten an Nidwalden für Personalamtsleitung	115		120	
439.00	Verrechnung Arbeitszeit an Nidwalden Personalleiter plus 5 % (GAP FD-5)		30		28

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
	5/6	Das Personalleitbild ist eingeführt; die Grundlagen der Personalpolitik sind erarbeitet	13 A	2	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
	5	Ab 2006 sind flexible Arbeitszeitmodelle eingeführt.	13 B	ab 2006	2	

24 Finanzverwaltung

Leistungsauftrag

Die Finanzverwaltung erarbeitet den Finanzplan und Voranschlag, führt die Staatsrechnung sowie die Tresorerie (mit Verbuchung und Verteilung der Abschreibungen). Sie besorgt die Finanz- und Lohnbuchhaltung und organisiert den Zahlungsverkehr. Ihr obliegt die Verwaltung des Finanzvermögens, der Spezialfinanzierungen (mit Vereinnahmung und Zuweisung der gebundenen Abgaben) und der Fonds. Ihr unterstellt sind der Steuerbezug (mit Budgetierung der Steuererträge), die Material- sowie die Telefonzentrale. Sie führt zudem die Sonderrechnungen für die Tierseuchenkasse, die Feuerwehrkasse sowie die Rechnungen der Investitionskredite und Betriebshilfe in der Landwirtschaft und die Investitionskredite in der Forstwirtschaft. Sie verwaltet die Kantonsanteile an eidgenössischen Abgaben und Erträgen (u.a. eidg. Finanzausgleich/Verrechnungssteuer), des innerkantonalen Finanzausgleiches sowie die allgemeinen Kosten der Verwaltung.

Gesetzliche Grundlagen

Kernaufgaben im kantonalen Recht:
 Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
 Finanzausgleichsgesetz (GDB 630.1)
 Finanzhaushaltsverordnung (GDB 610.11)
 Personalverordnung (GDB 141.11)
 Gebührenverordnung (GDB 643.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	41'810	42'748	49'608	50'821	52'370	48'607
Ertrag	136'539	132'862	141'997	145'092	150'492	170'747
Nettoertrag	94'729	90'114	92'389	94'271	98'122	122'140
davon Auswirkungen NFA						23'413
Investitionen:						
Ausgaben			337	420	320	220
Einnahmen						
Nettoinvestitionen			337	420	320	220

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2400	Finanzverwaltung				
310.20	Beschaffungen der Büromaterialzentrale für die ganze Verwaltung	120		150	
363.00	Informatikkosten ILZ	233		244	
435.60	Verkäufe der Büromaterialzentrale		130		160

2402	Allg. Personal- und Verwaltungskosten				
318.50	Sach- und Haftpflichtversicherungen (alt 2400)	80		90	
363.00	Informatikkosten ILZ			100	
436.00	Rückerstattung Kranken- und Unfallversicherung		280		320
2420	Steuerbezug				
318.30	Betriebskosten für Kantons-, Gemeinde- und direkte Bundessteuern	100		100	
436.20	Rückerstattung Mahn- und Betriebskosten (GAP FD-8)		95		150
2440	Finanzausgleich an Gemeinden				
341.00	Beiträge des Kantons von 4,1 % der Kantonssteuereingänge des Vorjahres	2 214		2 400	
2462	Abschreibungen				
331.00	Ordentliche Abschreibungen	9 441		9 450	
331.01	Kantonsspitalbau (aus 0,2 Steuereinheiten gemäss Sonderrechnung)	2 865		3 190	
331.02	Wärmeverbund (Annuitätsberechnung)	69		100	
332.00	Ausserordentliche Abschreibungen: Sonderauschüttung Nationalbankgoldreserven	1 916		2 558	
2464	Schuldzinsen				
321.00	Zinsen für Konto-Korrentschulden/Kommissionen	225		210	
322.00	Verzinsung Mittel- und langfristige Darlehen	4 373		4 086	
329.00	Vergütungszinsen auf Steuervorauszahlungen	150		180	
2466	Vermögenserträge				
420.00	Zinsgutschriften auf Konto-Korrentguthaben		50		150
421.00	Vergütungs- und Verzugszinsen auf Steuernachzahlungen		140		180
422.00	Anlagen des Finanzvermögens		759		781
426.00	Verzinsung Dotationskapitalien eigener Anstalten		1 109		1 103
2480	Direkte Abgaben				
366.00	Vergütungen pauschale Steueranrechnung wird neu direkt mit Staatssteuer verrechnet	120			
380.00	Rückstellungen Steuerstrategie			2 500	
400.00	Staatssteuer, davon Zunahme infolge - Einführung Steuerrevisorat (GAP FD-11) - Forcierung Aufwandbesteuerung (GAP FD-10) - Änderung Inkassoprov. Quellenste (GAP FD-12)		54 840		58 120 244 50 30
403.00	Grundstückgewinnsteuer		950		998
404.00	Handänderungssteuer		1 150		1 248
405.00	Erbschafts- und Schenkungssteuer		500		632

2482	Gebundene Abgaben				
362.00	43 %-Anteil der Gemeinden an Mineralölsteuer	2 137		2 407	
363.00	Abgeltung Verkehrssicherheitszentrum Obwalden/ Nidwalden, vermindert von Fr. 12.– auf Fr. 10.– je Nummernschild (GAP FD-13)	403		299	
406.00	Motorfahrzeugsteuer: 2 % Fahrzeugzuwachs		7 600		7 752
406.01	Schiffssteuer		280		295
460.00	Bundesbeitrag Schadenwehr		250		250
460.10	Mineralölsteuerertrag		5 006		5 238
460.20	LSVA: Erhöhung durch Bund		923		1 797
2484	Anteile eidg. Abgaben und Erträgen				
440.00	Kantonsanteil an direkte Bundessteuern (17 %)		4 335		4 420
440.10	Finanzausgleich (horizontal) an direkten Bundes- steuern		18 969		20 243
440.20	Repartitionen		150		169
440.40	Eidg. Verrechnungs-/Sicherungssteuer		3 437		3 061
2486	Reingewinnanteile OKB/EWO/SNB				
341.00	Gemeindeanteile Reingewinn EWO (50 %)	250		750	
380.00	Rückstellung Steuerstrategie aus Mehrertrag EWO/OKB	0		1 500	
416.10	Anteile Schweiz. Nationalbank SNB; ordentliche Ausschüttung ausserordentliche Ausschüttung (Goldreserven)		15 917 1 916		15 990 2 558
	Anteile Obwaldner Kantonalbank (OKB)		3 026		4 026
426.00	Anteile Elektrizitätswerk Obwalden (EWO)		500		1 500
426.10					
2490	Landeslotterie				
365.20	Hallenbad Obwalden (zeitliche Verzögerung)	200		200	
365.21	Kulturelle Aufwendungen für 1. Aug.-Feier in Berlin und „Kulturevent Obwalden“			62	
365.28	Beitrag an Restaurierung Klosterkirche Engelberg	100		200	
414.00	Anteil Landeslotterie/Zahlenlotto		975		1 000
480.00	Entnahme aus Fonds (für Beitrag Hallenbad)		43		220

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
2440	Finanzausgleich an Gemeinden			
341.00	Ressourcenausgleich steigend mit Steuerertrag <i>Lastenausgleich Schule ab 2006</i>	+72	+144 <i>+1 000</i>	+216 <i>+1 000</i>
2462	Abschreibungen			
331.00	Ordentliche Abschreibungen	+400	+600	+1 000
331.01	Sonderrechnung Kantonsspitalbau	+200	+425	+654
332.00	Ausserordentliche Abschreibungen	+100	+100	-1 898
2464	Schuldzinsen			
322.00	Darlehen, gleichbleibendes Fremdkapital	+105	+45	+225
2480	Direkte Abgaben			
400.00	Staatssteuer Zunahme jährlich 3 % (GAP FD-10/11)	+1 740	+3 538	+5 387
		-3 000	-2 500	-2 000
480.00	Steuerausfälle aus Steuergesetzrevision	+3 500	+3 500	+1 500
	Auflösung Rückstellungen Steuerstrategie			

2482 460.10	Gebundene Abgaben <i>NFA - Wegfall Finanzkraftzuschläge bei Kantonsanteilen aus Mineralölsteuer</i>				-3 100
2484 440.00	Anteile eidg. Abgaben und Erträgen Kantonsanteil an dir. Bundessteuern: Erwartete jährliche Zunahme 3 %	+130	+260		+390
440.10	Finanzausgleich - Entwicklung gemäss Schätzung Eidg. FV; <i>NFA - Wegfall/Ersatz durch Ressourcenausgleich</i>	-173	+1 535		+1 700 -21 943
440.11	NFA - Neuer Ausgleichsmechanismus; Ressourcenausgleich NFA - Neuer Ausgleichsmechanismus; Lastenausgleich NFA - Neuer Ausgleichsmechanismus; Härteausgleich				35 633
440.12					4 000
440.13					16 823
440.40					-2 300
	NFA - Wegfall Finanzkraftkomponente bei Verrechnungsste				
2486 380.00	Reingewinnanteile OKB/EWO/SNB	+1 500	+1 500		+1 500
416.10	Rückstellungen Steuerstrategie aus Ablieferung EWO/OKB	+340	+340		+340
416.10	Anteile Schweiz. Nationalbank SNB; ausserordentliche Ausschüttung (Goldvermögen)				-8 200 -1 898
	NFA - Wegfall Finanzkraftkomponente bei ordentlicher Ausschüttung SNB ausserordentlicher Ausschüttung SNB				

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.- brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leitidee Gewichtung	Ausgaben	Einnahmen
2400	7	Die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) des Bundes ist vorbereitet	17		

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.- brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leitidee Gewichtung	Jahr	Ausgaben	Einnahmen

26 Steuerverwaltung

Leistungsauftrag

Die Kantonale Steuerverwaltung ist für die Umsetzung des Steuergesetzes verantwortlich und beschafft einen wesentlichen Teil der Einnahmen des Kantons. Sie veranlagt die Einkommens- und Vermögenssteuern von den Unselbständigerwerbenden, sekundär Steuerpflichtigen, Selbständigerwerbenden und den Landwirten, die Gewinn- und Kapitalsteuer bei den juristischen Personen sowie die Erbschafts-, Schenkungs- und Quellensteuern und die Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern. Die Kantonale Steuerverwaltung veranlagt zudem die direkte Bundessteuer. Weiter kontrolliert die Kantonale Steuerverwaltung die Verrechnungssteuer-Anträge und fordert die notwendigen Rückerstattungsbeträge bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung an. Auch der Vollzug der Prämienverbilligung KV ist organisatorisch bei der Kantonalen Steuerverwaltung angegliedert. Daneben fallen interkantonale Aufgaben wie Meldewesen, Repartitionswesen usw. bei der Kantonalen Steuerverwaltung an.

Gesetzliche Grundlagen

Steuergesetz vom 30.10.1994 (GDB 641.4)

VV zum Steuergesetz vom 18.11.1994 (GDB 641.41)

verschiedene Ausführungsbestimmungen (GDB 641.411 bis 641.422) und Vereinbarungen (GDB 641.5 bis 641.54)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	4'597	4'602	4'717	4'833	4'893	4'949
Ertrag	309	193	301	303	304	306
Nettoaufwand	4'288	4'409	4'416	4'530	4'589	4'643
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
2600	Innere Dienste				
310.00	Bürobedarf, Drucksachen	145		105	
318.10	Porti	125		120	
363.00	Informatikaufwand: Mehrkosten für neue Anwendungen im NEST	287		414	
436.20	Gebühren, Mahnungen (GAP FD-18/19)				100

2650 363.00	Abteilung Sondersteuern Informatikkosten ILZ	49		53	
2680 434.10	Prämienverbilligung Verrechnung Verwaltungskosten (siehe Kto. 3409.318.60)		175		175

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
2600 bzw. 2480	8	Das Steuergesetz ist in den Bereichen höhere Einkommen und Vermögen sowie Unternehmensbesteuerung bzw. Baulandbesteuerung ist erarbeitet.	16		50
2600 363.00	7	Das elektronische Archiv/die automatische Veranlagung ist in Planung und Umsetzung	16/17	65	
2680		Das Steuerrevisorat ist eingeführt (GAP FD-11).		145	200

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
2600 bzw. 2480	8	Das Steuergesetz ist umfassend revidiert.	16	2006 2007 2008		- 3 000 - 2 500 - 2 000
2600 363.00	7	Das elektronische Archiv/die automatische Veranlagung ist in Funktion	16/17	2006	65	

24.3 SICHERHEITS- UND GESUNDHEITSDEPARTEMENT

30 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher oder die Departementsvorsteherin nach deren besonderen Anordnung insbesondere bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung.

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 131)

Organisationsverordnung (GDB 433.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	313	311	295	298	301	306
Ertrag						
Nettoaufwand	313	311	295	298	301	306
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
	2	Die Verwaltungsreform fünf Departemente, Phase II ist im SGD umgesetzt	13 A	0	0

31 Justizverwaltung

Leistungsauftrag

Die Justizverwaltung ist für folgende Aufgabenbereiche zuständig: Gleichstellung von Frau und Mann, Datenschutz, Enteignungsrecht, Beurkundungsrecht, Amtsnotariat und Anwaltsrecht, Straf- und Massnahmenvollzug, Schutzaufsicht, Gefängnis und Begnadigungen, Einbürgerungen, Namensänderungen, Zivilstandswesen, Miete und Pacht, Schuldbetreibungs- und Konkurswesen, öffentliche Versteigerungen, Sekretariat der Steuerrekurskommission sowie Aufsicht über die Gemeinden und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften wie Korporationen und Teilsamen.

Gesetzliche Grundlagen

Kantonsverfassung (Gemeindeaufsicht) (GDB 111)
 Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
 Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Kantone Obwalden und Nidwalden zur Gleichstellung von Frau und Mann (GDB 121.11)
 Gesetz über die öffentliche Beurkundung (GDB 210.3)
 Gesetz über die Ausübung des Anwaltsberufes (GDB 134.4)
 Gesetz über den Erwerb und Verlust des Kantons- und Gemeindebürgerrechts (GDB 111.2)
 Vollziehungsverordnung zum SchKG (GDB 250.11)
 Zivilstandsverordnung (GDB 211.11)
 Ausführungsbestimmungen über Miete und Pacht (GDB 220.411)
 Verordnung über den Straf- und Massnahmenvollzug sowie die Schutzaufsicht (GDB 330.11)
 Steuergesetz (GDB 641.4)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'606	1'627	1'739	1'614	1'633	1'632
Ertrag	1'171	977	1'024	996	1'002	1'009
Nettoaufwand	435	650	715	618	631	623
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3100 431.00	Justizverwaltung Gebühren		80		51
3106 318.60	Sekretariat Steuerrekurskommission Die Führung des Sekretariats ist im Auftragsver- hältnis durch Dritte sicher gestellt	75		3	
3112 365.00	Zivilstandswesen Periodische Beitragsleistungen: Konferenzen (siehe auch Durchgangskonto 3112.436.60, Rückerstattungen: Fr. 35'000.—)	6		58	
3120 318.10 431.00	Betreibungen Porti im Rahmen von Betreibungsverfahren (Zustellung von eingeschriebenen Dokumenten) Gebühreneinnahmen aus Betreibungen	68	660	68	660
3122 436.60	Konkurse Gebühreneinnahmen aus Konkursen		140		140
3142 351.00 451.01	Gefängnis Kosten für ausserkantonale Gefangene Vergütungen von Kantone für ihre Untersuchungs- gefangenen (GAP SGD-5)	200	40	200	55

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
3122	Konkursamt: Pendenzen sind abgearbeitet (befristete Stelle ist aufgelöst).	-80	-80	-80

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
	10	Die kantonale Gesetzgebung ist an den neuen Allgemei- nen Teil des Strafgesetzbuches angepasst	7 C		
	26	Die kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung und Abstim- mungsgesetzgebung sind an die Bürgerrechtsgesetzge- bung des Bundes angepasst	11 C		

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/	Projekte	Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto

Konto	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
3102		<i>Die Fachstelle Gleichstellung "Mann und Frau" ist aufgehoben (GAP SGD-02).</i>		2006 2007 2008	-72 -72 -72	-34 -34 -34
	10	Verhöramt und Staatsanwaltschaft sind auf das neue Staatsanwaltschaftsmodell gemäss neuem Bundesstrafprozessrecht umgestellt	7 C	2010		

32 Kantonspolizei

Leistungsauftrag

Die Kantonspolizei ist für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Das Polizeikorps übt die gerichtliche Polizei aus und sorgt für den Schutz von Personen, Sachen und Umwelt. Es bekämpft alle Formen der Kriminalität aktiv und vorbeugend, verbessert die Sicherheit auf den Strassen und ist auf die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen vorbereitet.

Die zugehörige Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz umfasst die Bereiche Militär, Zivilschutz und Feuerwehr. Sie überwacht die Inspektions-, Schiess- und Dienstleistungspflicht der zugewiesenen Einheiten, erhebt den Wehrpflichtersatz und erfüllt die Aufgaben der kantonalen Zeughausverwaltung. Weiter informiert sie die Bevölkerung über Gefahren und Schutzmöglichkeiten bei Kriegs- und Katastrophenfällen und in anderen Notlagen. Sie ist für eine gute Ausbildung nach den Vorgaben des Bundesamtes für Zivilschutz verantwortlich, koordiniert und überwacht die Feuerwehren, sorgt für eine gründliche Ausbildung der Spezialisten und Kader, sorgt auf Stufe Kanton für die Materialbeschaffung bezüglich Brandbekämpfung, Öl- und Chemiewehr sowie Strahlenschutz. Sie überwacht den Kaminfegerdienst.

Gesetzliche Grundlagen

Gesetzgebung über die Kantonspolizei (GDB 510.1, 510.11)

Strafprozessordnung (GDB 320.11)

Gesetz über das kantonale Strafrecht (GDB 310.1)

Konkordat über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Zentralschweiz (GDB 510.2)

Vollziehungsverordnung zur Militärorganisation (GDB 530.11)

Vollziehungsverordnung über den Wehrpflichtersatz (GDB 530.41)

Verordnung über das Schiesswesen (GDB 530.51)

Notstandsgesetz (GDB 540.1)

Einführungsgesetzgebung zur Bundesgesetzgebung über den Zivilschutz (GDB 543.1, 543.11)

Gesetzgebung über den Schutz gegen Feuer und andere Naturgewalten (GDB 546.1, 546.11, 546.111, 546.21)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	9'246	9'274	9'722	9'800	9'970	10'081
Ertrag	8'221	7'897	9'292	9'638	9'654	9'662
Nettoaufwand	1'025	1'377	430	162	316	419
davon Auswirkungen NFA						10
Investitionen:						
Ausgaben	155	58	1'060	200	300	420
Einnahmen	63	27				
Nettoinvestitionen	92	31	1'060	200	300	420
davon Auswirkungen NFA						20

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3200 434.10	Kommandodienste Einnahmen aus ordentlichen Einsätzen, Konkordateinsätzen (z.B. Instruktorentätigkeit Polizeischule, WEF) und Bundeseinsätzen (z.B. Luftsicherheitsdienst, Staatsschutz, Asylverfahren, Schwerverkehrskontrolle)		57		59
3210 306.00 309.00 317.00 318.00 318.60 363.00 434.10 437.00	Verkehrs- und Sicherheitspolizei (VSP) Dienstkleider, Uniformierung Ausbildung des Personals, Kurse Spesenersatz, insbesondere Zulagen für Nacht- und Sonntagsarbeit, Bereitschaftsdienste und notwendige auswärtige Mahlzeiten Telefongebühren, Kommunikation Arbeiten durch Dritte Leistungsvereinbarungen Informatik: Verschiedene Anwendungen Einnahmen aus ordentlichen Einsätzen, Konkordateinsätzen und Bundeseinsätzen (siehe oben): 60 % der Gesamteinnahmen werden der VSP gutgeschrieben <i>Ertrag aus Ordnungsbussen, welche gestützt auf Bussenverfügungen der Polizei eingehen (GAP SGD-14)</i>	42 70 72 38 35 263	339 1 350	30 70 69 51 42 268	352 1 700
3220 363.00 434.10	Kriminalpolizei: Informatik: Verschiedene Anwendungen Einnahmen aus ordentlichen Einsätzen, Konkordateinsätzen und Bundeseinsätzen (siehe oben): 30 % der Gesamteinnahmen werden der Kriminalpolizei gutgeschrieben	131	170	132	176
3300 351.01 315.90 351.00 363.00 439.00 451.00 460.00	Zivilschutz (ZS) Wiederholungskurse (alt 309.01) Logistik Entschädigung an Kantone (Kurse) Informatik: Verschiedene Anwendungen Gemeindebeiträge auf Grund der Kantonalisierung des ZS Rückerstattungen der Kantone Bundesbeiträge an Schutzanlagen	25 0 45 22	1	90 58 219 53	450 64 47
3305 311.40 352.00 436.10	Schadenwehr Anschaffung und Unterhalt von Fahrzeugen und Material, das für Stützpunktaufgaben benötigt wird Entschädigungen an Gemeinden Anteil der Feuerwehrrkasse an den Personal- und Sachkosten der kantonalen Schadenwehr	70 60	96	70 65	96
3314 440.00	Wehrpflichtersatz Bezugsprovision von 20 %, welche der Bund den Kantonen für das Inkasso des Wehrpflichtersatzes ausbezahlt		100		80

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
32	11	Vorfinanzierung Kantonsanteil Interkantonale Polizeis- chule Hitzkirch (IPH)	B	20	
32	10	Die Radaranlagen sind auf digitale Technik umgerüstet	7 C	180	
32	10/11	Die Anpassung des Funknetzes ist projektiert	7 C	80	
3210		<i>Fixe Radaranlage ist ab Mitte 2005 installiert (GAP SGD-14)</i>		800	325

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
3200 309.00	11	Kantonsanteil Interkantonale Polizeis- chule Hitzkirch (IPH)	B	ab 2007	70	
3200 434.10	10	Der Vertrag zur Intensivierung der Schwerverkehrskon- trollen läuft aus und soll erneuert werden.		ab 2006		
3200. 506.01	10	<i>Anpassungen Funksystem (ohne Polycom)</i>		2006 2007 2008	100 200 200	
3200 506.02	10	Die Einsatzzentrale (EZ) und das Einsatzleitsystem sind angepasst	C/B	ab 2006	100	
3210		Fixe Radaranlage ist voll im Einsatz (GAP SGD-14)		ab 2006		325
3210 506.07	10	Ersatz Unfallpikettfahrzeug	B	2008	100	

34 Gesundheitsamt

Leistungsauftrag

Das Gesundheitsamt sorgt für eine ausreichende und koordinierte medizinische Versorgung der Bevölkerung. Es vollzieht die auf Grund der Krankenversicherungsgesetzgebung den Kantonen übertragenen Aufgaben, erteilt Bewilligungen für Berufe der Gesundheitspflege sowie therapeutische Einrichtungen und koordiniert die Betagtenbetreuung und die Spitexdienste. Es sorgt für die Gesundheitserziehung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung und koordiniert die Zusammenarbeit mit dem Laboratorium der Urkantone im Rahmen der übertragenen Aufgaben.

Gesetzliche Grundlagen

Gesundheitsgesetz (GDB 810.1)

Spitalverordnung (GDB 830.11)

Verordnung über die Berufe der Gesundheitspflege (GDB 811.11)

Einführungsgesetz und Verordnung zum Krankenversicherungsgesetz (GDB 851.1)

Heilmittelgesetzgebung (GDB 814.21, 814.11)

Vereinbarung über die Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention für die Kantone Obwalden und Nidwalden (GDB 810.12)

Schulgesundheitsverordnung (GDB 410.51)

Konkordat über das Laboratorium der Urkantone (GDB 816.2)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	43'737	43'700	45'444	47'355	47'690	47'830
Ertrag	17'703	18'268	19'839	19'914	19'989	10'366
Nettoaufwand	26'034	25'432	25'605	27'441	27'701	37'464
davon Auswirkungen NFA						9'350
Investitionen:						
Ausgaben	1'027	1'000	800	700	1'550	700
Einnahmen						
Nettoausgaben	1'027	1'000	800	700	1'550	700

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3400	Amtsleitung				
318.63	Projekt Spitalkooperation OW/NW und Umsetzung Empfehlungen aus dem Projekt „Im Alter in Obwal- den leben“	105		55	
362.00	Jährlicher Konkordatsbeitrag an das Laboratorium der Urkantone	399		411	
362.01	Jährlicher Konkordatsbeitrag an den Veterinär- dienst der Urkantone (vorher Kto. 3408)	193	61	179	
3406	Schulgesundheitsdienst				
318.65	Zahnuntersuche (GAP SGD-22a : Einsparungen erst ab 2006)	75		72	
3409	Prämienvorbereitung/Krankenkassen				
318.60	Durchführungskosten	175		175	
365.00	Anteil Kanton im Verhältnis zum Gesamtbeitrag des Bundes (abgestuft nach Finanzkraft)	1 247		1 257	
3410	Gesundheitsförderung Obwalden/Nidwalden				
364.01	Jährliche Beiträge OW/NW für die Durchführung und Unterstützung von Projekten der Gesundheits- förderung	50		50	
461.00	Beitrag des Kantons Nidwalden an die Fachstelle gemäss Vereinbarung vom 3. April 2001		171		154
3420	Kantonsspital Obwalden				
363.10	<i>Globalbudget unter Berücksichtigung Schliessung der Geriatrie und Rechnungsabschluss 2003 (GAP SGD-32)</i>	15 500		13 900	
380.00	Rückstellungen Folgekosten Arbeitsgesetz			100	
451.00	Beitrag Kanton Nidwalden an Psychiatrie		50		50
495.00	Verrechnung Staatsteuerzuschlag 0.2 Einheiten		3 495		3 690
3422	Spitalversorgung Engelberg (alt 3430)				
361.00	Behandlung von Engelberger Bevölkerung im Spital Stans (bei Versicherung allgemein, übernimmt OW gemäss Spitalabkommen mit NW einen Kostenbei- trag)	50		150	
3424	Ausserkantonale Hospitalisationen (alt 3400)				
364.00	Kosten für die medizinische notwendigen ausser- kantonalen Spitalbehandlungen (stationär und ambulant)	6 200		7 800	

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
3406	Schulgesundheitsdienst Es werden keine Zahnkontrollen mehr durchgeführt (GAP SGD-22a)	-77	-77	-77
3420.363.10	Entwicklung Globalbudget Kantonsspital Obwalden ohne Spitalkooperation Obwalden/Nidwalden (GAP SGD-32); Auswirkungen Folgekosten Arbeitsgesetz	0 +500	0 +500	0 +500
3424.364.00	Ausserkantonale Hospitalisationen	+400	+800	+1 200
3410.364.10	<i>NFA – Neue Beiträge für Förderung der Alters- und Behinder- tenhilfe</i>			+650
3409.365.00	<i>NFA –teilweise Übernahme der wegfallenden Finanzkraftzu- schläge auf bisherigen Bundesbeiträgen bei Prämienverbilli- gungen</i>			+8 700

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
3420 506.00	15	Kantonsspital Investitionspauschale	5 B	700	
3400 318.63	15	Spitalkooperation mit Nidwalden: Interkantonale Verein- barung mit Volksabstimmung	5 A	50	
3400 562.04	18	Baubeitrag Betagtenheim Giswil, zweite Rate	5 B	100	
3400 318.63	18	Die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Projekt „Im Alter in Obwalden leben“ sind geplant	5 C		
	21	Die Veterinärgesetzgebung ist überarbeitet	5 C		

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
3420 363.11	15	<i>Spitalkooperation mit Nidwalden: Betrag für die Übergangsphase mit Anpassung des Grundversorgungsauftrages und schrittweiser Zusammenlegung oder Auslagerung von Teilangeboten/Umstrukturierungskosten</i>	5 A	2006 2007 2008	1 000 1 000 1 000	
3420 363.00		<i>Mit der Spitalkooperation direkt zusammenhängende Projekte:</i>		2006	100	
	16	<i>Der gemeinsame Leistungsauftrag Obwalden/Nidwalden für die erweiterte Grundversorgung mit Luzern ist erteilt</i>	5 A	2006		
	16	<i>Der Sanitäts- und Rettungsdienst Obwalden/Nidwalden ist in Zusammenarbeit mit Luzern optimiert</i>	5 A	2006		
	16	<i>Die Spitalliste gemäss KVG ist (in Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden, auf der Basis der Spitalkooperation mit Nidwalden) überarbeitet</i>	5 A	2006		
	17	<i>Das Psychiatrieangebot von Obwalden/Nidwalden ist auf das Gesamtangebot in der Region mit Luzern abgestimmt</i>	5 C	2006		
3420 506.00	15	Kantonsspital: Investitionspauschale	5 B	2006 2007 2008	700 700 700	
3400 562	18	<i>Baubeiträge für 13 Betten im Rahmen der bestehenden Bettenplanung für die Alters- und Pflegeheime (noch nicht auf eine bestimmte Gemeinde zugeteilt)</i>	5 C	2007	850	
	18	Leistungsauftrag und Finanzierungsregelung für die Spitex sind festgelegt	5 C	2006		
3409 363.00	19	Nachtrag oder Totalrevision zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz im Bereich IPV, damit das neue Bundesmodell ab 2007 umgesetzt werden kann Prämienverbilligung (IPV): Das EDV-Programm ist für die Umsetzung angepasst	5 C	2006 2006	 60	
	20	Die Vorschriften über die Berufe der Gesundheitspflege sind revidiert	5 C	2007		
	20	Die Heilmittelgesetzgebung trägt der neuen Bundesgesetzgebung Rechnung	5 C	2006		

35 Sozialamt

Leistungsauftrag

Das Sozialamt fördert und koordiniert die private und öffentliche Sozialhilfe durch Beratung von Behörden und Sozialdiensten. Es führt besondere Beratungs- und Vermittlungsdienste (Alkohol- und Drogenberatung, Jugendberatung, Ehe- und Familienberatung, Opferhilfeberatung, Behindertenberatung und Betagtenberatung) oder überträgt sie an private Institutionen. Das Sozialamt beaufsichtigt Heime und Einrichtungen der Sozialhilfe und organisiert die Zuweisung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen.

Gesetzliche Grundlagen

Sozialhilfegesetzgebung (GDB 870.1 und 870.11)
 Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (GDB 870.12)
 Ausführungsbestimmungen zum Kindes- und Adoptionsrecht (GDB 211.211)
 Ausführungsbestimmungen über die fürsorgerische Freiheitsentziehung (GDB 870.511)
 Jugendhilfegesetzgebung (GDB 874.1 und 874.11)
 Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Asylgesetz (GDB 113.51)
 Einführungsgesetz zum ZGB (GDB 219.1)
 Heimvereinbarung (GDB 874.3)
 Vollziehungsverordnung zum Opferhilfegesetz (GDB 350.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	8'215	6'221	6'893	6'879	7'097	16'307
Ertrag	5'184	4'115	4'199	4'200	4'200	4'200
Nettoaufwand	3'031	2'106	2'694	2'679	2'897	12'107
davon Auswirkungen NFA						9'200
Investitionen:						
Ausgaben						50
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						50

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
3500	Sozialamt (alt 3502)				
460.00	Bundesbeiträge: Alkoholzehntel		105		120

3504	Asylsuchende, Flüchtlinge				
365.20	Anteil der Caritas am Bundesbeitrag gemäss Vereinbarung für die Betreuung der Asylsuchenden	700		630	
365.21	Gesundheits- und Unterstützungskosten	2 200		2 200	
460.00	Bundesbeitrag für Betreuung der Asylsuchenden		822		750
460.01	Bundesbeiträge an Gesundheits- und Unterstützungskosten		2 200		2 000
3506	Heime				
365.20	Kosten aus Platzierung Obwaldner/-innen in auswärtigen Sonderschulen und Heimen (Ende 2003 64 Jugendliche und Erwachsene)	600		1 300	
365.22	44 Kinder und Jugendliche aus Obwalden werden im Schulheim Rütimattli unterrichtet	777		777	
365.23	Wohnheim für Erwachsene, Rütimattli (Eröffnung einer weiteren Wohngruppe)	31		176	
365.24	Kantonsbeitrag an die Behindertenwerkstatt Hüetli mit insgesamt 95 Plätzen für Personen mit einer geistigen Behinderung und 18 Plätze für Personen mit einer psychischen Behinderung	377		324	
365.25	Kantonsbeitrag an private Sonderschulen und Heime (Juvenat)	85		85	
452.00	Kostenanteil der Gemeinden an auswärtigen Sonderschulen und Heimen von 50%		252		540

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
3502.365.20	<i>Umsetzung Massnahmen aus Konzept offene Jugendarbeit</i>		+60	+60
3503.366.00	<i>Umsetzung Massnahmen aus Familienleitbild OW/NW</i>		+150	+150
3506.365	<i>NFA – Übernahme Bundesbeiträge für Bau- und Betriebsbeiträge an Wohnheime, Werkstätten und Tagesstätten</i>			+5 200
3506.365	<i>NFA – Übernahme Bundesbeiträge für Sonderschulung</i>			+4 000

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
3500 318.60		<i>Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Nidwalden im Asyl- und Flüchtlingsbereich ist geprüft (GAP SGD-28)</i>		25	
3500 366.00	22	Der Vorschlag für eine Regionale Amtsvormundschaft liegt vor	6 C		
3502 365.20	22	Die Umsetzung von Massnahmen aus dem Konzept der offenen Jugendarbeit ist geplant	6 C		
3503 366.00	22	Die Umsetzung von Massnahmen aus dem Familienleitbild der Kantone Obwalden und Nidwalden ist geplant	6 C		

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
3500 562.00	22	<i>Kantonsbeitrag an den Aufbau eines neuen Kulturraumes für ältere Jugendliche und junge Erwachsene</i>	6 C	<i>ab</i> 2007	50	
3502 365.20		<i>Zum Konzept der offenen Jugendarbeit im Kanton Obwalden sind die geplanten Massnahmen umgesetzt</i>	6 C	<i>ab</i> 2007	60	
3503 366.00	22	<i>Zum Familienleitbild Obwalden und Nidwalden sind die geplanten Massnahmen umgesetzt</i>	6 C	<i>ab</i> 2007	150	
	22	<i>Eine Fachkommission Soziales ist eingesetzt (SOHIO-Projekt)</i>	6 C	<i>ab</i> 2007	10	

36 Strafverfolgung: Verhöramt, Staatsanwaltschaft und Jugendanwaltschaft

Leistungsauftrag

Das Verhöramt führt die Strafuntersuchungen gegen Erwachsene. Soweit es für den Untersuchungszweck notwendig ist, kann es beim Polizeikommando Polizeiorgane zur Mitwirkung auffordern. Das Verhöramt stellt Strafbefehle aus (Bussen und Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten), verfügt die Einstellung des Verfahrens oder beantragt der Staatsanwaltschaft die Überweisung an das Gericht. Verfahrenseinstellungen bedürfen der Genehmigung durch den Staatsanwalt. Gegen Strafbefehle betreffend Vergehen und Verbrechen kann der Staatsanwalt Einsprache erklären. Das Verhöramt ist ausserdem zuständig für die Verfügung der Administrativmassnahmen gemäss Strassenverkehrsgesetz (Verwarnung und Führerausweisentzüge). Im weiteren obliegt dem Verhöramt die Erledigung der Rechtshilfebegehren auswärtiger Strafbehörden sowie die Aufsicht über die Haftlokaltäten und die Behandlung der Untersuchungsgefangenen.

Der Staatsanwalt überwacht die Untersuchungsverhandlungen des Verhöramtes. Sie ist zuständig für die Erhebung von Einsprachen gegen Strafbefehle, die Genehmigung von Verfahrenseinstellungen des Verhöramtes sowie die Anklageerhebung und Einstellung in den an die Staatsanwaltschaft überwiesenen Fällen. Im gerichtlichen Verfahren vertritt sie die Anklage vor Gericht und entscheidet über die Ergreifung von Rechtsmitteln gegen Strafurteile.

Die Jugendanwaltschaft führt in Verfahren gegen Kinder und Jugendliche die Strafuntersuchung. In leichteren Fällen kann die Jugendanwaltschaft einen Strafbefehl erlassen. Sie vertritt die Anklage vor den Gerichten und entscheidet über die Ergreifung von Rechtsmitteln gegen Strafurteile.

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über die Gerichtsorganisation (GDB 134.1)

Gesetz über das kantonale Strafrecht (GDB 310.1)

Strafprozessordnung (GDB 320.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'396	1'199	1'294	1'307	1'318	1'332
Ertrag	1'402	1'265	1'465	1'473	1'483	1'490
Nettoaufwand	-6	-66	-171	-166	-165	-158
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoaussgaben						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
3600	Verhöramt				
318.61	Entschädigung gemäss interkantonaler Vereinba- rung OW, NW und UR für den Verhörer für Wirtschaftsdelikte (siehe GAP SGD-31: erst ab 2007 möglich)	60		50	
318.75	Kosten der Strafuntersuchung, insbesondere für Untersuchungshaft und PC-Spiegelungen	200		250	
431.00	Einnahmen von Spruchgebühren, welche in reinen Strafverfahren verhängt werden (GAP SGD-29)		180		240
431.01	Einnahmen von Spruchgebühren, welche in Admi- nistrativmassnahmeverfahren verhängt werden (GAP SGD-29)		100		160
436.60	Untersuchungskosten, die den Verurteilten aufer- legt und eingebracht werden können		240		240
437.00	Bussenertrag aus Strafbefehlen der Verhörer		720		800

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
3610		Staatsanwaltschaft: Pendenzen sind abgearbeitet				

24.4 VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

40 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat nimmt die Aufgaben der öffentlichen Wirtschaftsförderung als Koordinationsstelle für Wirtschaftsfragen wahr und ist Bindeglied für die Interkantonale Zusammenarbeit sowie Europafragen. Es unterstützt den Departementvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)
Organisationsverordnung (GDB 133.11)
Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik (GDB 910.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	907	754	711	716	619	624
Ertrag		2	2	2	2	2
Nettoaufwand	907	752	709	714	617	622
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoausgaben						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
4000 318.60	Departementsdienste Arbeiten durch Dritte	100		100	
4002 365.01	Wirtschaftsförderung Beiträge an Wirtschaftsförderung Obwalden, Standortpromotion Zentralschweiz, Academia Engelberg (Kürzungen gemäss GAP VD-3 und VD-4)	70	0	60	0
365.20	Kantonsbeitrag an Micro-Center-Central-Switzerland (MCCS)	250	0	250	0

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
	keine			

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
4000 318.60	23	Departementsdienste Das Kantonsmarketing ist umgesetzt	1 A	100	
2490	23	1. August-Feier 2005 in Berlin (siehe auch: FD, Finanzverwaltung, 2490.365.21)	1 A	27	
	2	Die Verwaltungsreform Phase II ist abgeschlossen.	13 A		

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
4000 318.60	23	Departementsdienste Das Kantonsmarketing ist fortgesetzt	1 A	2006	100	
4002/ 2490 365.22	23	Wirtschaftsförderung Der gemeinsame Urschweiz-Auftritt an der Olma 2007 fördert das Standortmarketing des Kantons	1 C	2007	100	

41 Volkswirtschaftsamt

Leistungsauftrag

Das Volkswirtschaftsamt ist Anlaufstelle für die Wirtschaft, die Submission und den Binnenmarkt. Es behandelt die Gesuche der Investitionshilfe für Berggebiete und der Regionalpolitik des Bundes, unterstützt überkantonale Träger des Tourismus und ist Koordinationsstelle für Fragen der Welthandelsabkommen (GATT/GATS/TRIPS). Beim Volkswirtschaftsamt wird das Handelsregister geführt und die Stiftungsaufsicht wahrgenommen. Das Volkswirtschaftsamt richtet Beiträge für die Wohnbau- und Eigentumsförderung sowie die Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten aus. Es ist die statistische Anlaufstelle und vollzieht die wirtschaftliche Landesversorgung.

Gesetzliche Grundlagen

Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (GDB 975.6)
 Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung (GDB 880.1)
 Tourismusgesetz (GDB 971.1)
 Gesetz über die regionale Wirtschaftspolitik (GDB 910.1)
 Verordnung über die berufliche Vorsorge (GDB 856.11)
 Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über das Obligationenrecht (GDB 220.11)
 Notstandsgesetz (GDB 540.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'491	1'548	1'437	1'395	1'380	1'367
Ertrag	390	398	400	375	376	377
Nettoaufwand	1'101	1'150	1'037	1'020	1'004	990
Investitionen:						
Ausgaben	2'147	2'740	1'648	1'160	830	680
Einnahmen	1'004	964	1'117	890	720	680
Nettoinvestitionen	1'143	1'776	531	270	110	

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
4101 362.00	Regionalpolitik Tiefere Zinskostenbeiträge an Gemeinden für laufende Projekte (vermehrte Darlehensgewährung)	137		117	
364.00	Zinskostenbeiträge an laufende Projekte von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	151		145	
365.01	Beiträge an Tourismusorganisationen (Schweiz Tourismus, Destination Vierwaldstättersee) und für Plattform öffentliches Beschaffungswesen	95		113	
395.30	Verrechnung von Zinskosten (3,5 %) für Darlehen IHG	224		250	
4102.366.00	Mittel Wohnbau- und Eigentumsförderung werden	360		280	

	gekürzt (GAP VD-5)			
4110.431.00	Handelsregistergebühren		190	190

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
4102 366.00	Wohnbau- und Eigentumsförderung Die Mittel Wohnbau- und Eigentumsförderung sind gekürzt (GAP VD-5)	-60	-60	-20
566.00 <i>566.00</i>	Die Wohnbausanierung im Berggebiet läuft aus (GAP VD-9) <i>NFA - Die Finanzkraftbeiträge würden entfallen</i>	-30	-90	-50
4110 301.00	Die BVG-Aufsicht Zentralschweiz wird koordiniert wahrge- nommen	-32	-32	-32
318.60	Arbeiten durch Dritte	+6	+6	+6
431.04	Gebühreneinnahmen: BVG	-26	-26	-26

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
		Das Projekt gemeinsame BVG-Aufsicht Zentralschweiz ist umgesetzt	15 C	28	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men

42 Amt für Arbeit

Leistungsauftrag

Das Amt für Arbeit ist die kantonale Stelle für Fragen und Belange des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts. Zusammen mit dem Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum OW/NW und der Arbeitslosenkasse OW/NW in Hergiswil vollzieht es das Arbeitslosenversicherungsgesetz und fällt die Vorentscheide für Kurzarbeit und Schlechtwetter. Es ist Anlaufstelle für Personen ausländischer Nationalität im Zusammenhang mit ihren Bewilligungen für den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit. Es ist zuständig für den Vollzug der Ausländer- und Asylgesetzgebung. Die dem Arbeitsgesetz unterstellten Betriebe werden hinsichtlich der Vorsorge gegen Betriebsunfälle und Berufskrankheiten, dem Gesundheitsschutz, der Arbeitshygiene und dem Umgebungsschutz überwacht. Um- und Neubauten werden in feuerpolizeilicher Hinsicht beurteilt. Die Einhaltung der Vorschriften bezüglich des Messwesens und der Preisbekanntgabe wird überwacht. Für das Markt-, Reisenden- und Unterhaltungsgewerbe, die Arbeitsvermittlung und das Campieren werden die erforderlichen Bewilligungen erteilt. Zusätzlich ist es verwaltungsintern Ansprechstelle für die Kantonale Ausgleichskasse und die IV-Stelle. Sie sorgen für den Vollzug der eidgenössischen Sozialversicherungen AHV, IV, Ergänzungsleistungen, Erwerbsersatzordnung und Familienzulagen für die Landwirtschaft. Die Ausgleichskasse überprüft die Einhaltung des Obligatoriums bei der Unfallversicherung und der beruflichen Vorsorge. Zudem besorgt sie die Familienausgleichskasse.

Gesetzliche Grundlagen

Vollziehungsverordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (GDB 855.11)
 Vollziehungsverordnung zum Arbeitsvermittlungsgesetz (GDB 843.11)
 Vollziehungsverordnung zum eidgenössischen Asylgesetz (GDB 113.51)
 Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung von ausländischen Personen (GDB 113.21)
 Markt- und Gewerbebesetz (GDB 975.1)
 Gastgewerbebesetz (GDB 971.1)
 Verordnung zum Arbeitsgesetz (GDB 841.11)
 Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die Heimarbeit (GDB 841.311)
 Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über den Verkehr mit Giften (GDB 814.411)
 Ausführungsbestimmungen zum Sprengstoffgesetz (GDB 510.911)
 Ausführungsbestimmungen zum Bundesgesetz über die Unfallversicherung (GDB 851.411)
 Ausführungsbestimmungen zur Luftreinhalteverordnung (GDB 780.612)
 Feuerpolizeiverordnung Art. 6 Abs. 3 und Art. 8 Abs. 2 (GDB 546.21)
 Ruhetagsgesetz (GDB 975.2)
 Ausführungsbestimmung zum Bundesgesetz über Mass und Gewicht (GDB 952.111)
 Einführungsgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (GDB 853.1)
 Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (GDB 853.2)
 Verordnung zum Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (GDB 853.31)
 Gesetz betreffend Finanzierung des Kantonsbeitrags an die Invalidenversicherung (GDB 853.4)
 Gesetz über Familienzulagen für Arbeitnehmer (GDB 857.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	15'519	17'135	17'240	18'245	19'146	15'191
Ertrag	4'216	4'648	4'408	4'601	4'864	4'438
Nettoaufwand	11'303	12'487	12'832	13'644	14'282	10'753
davon Auswirkungen NFA						-4'200
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4200	Amtsleitung				
365.20	Kantonsbeiträge (arbeitsmarktliche Massnahmen)	47		55	
434.10	Arbeiten für Dritte (AVIG)		87		90
4210	Aufenthalt und Asyl				
431.00	Rückgang der Gebühreneinnahmen Migration mit der Personenfreizügigkeit EU–CH		370		250
460.00	Bundesbeiträge Asylbereich: Systemwechsel Asyl- anhörungen zu Nichteintretensentscheiden (NEE) an der Grenze		100		80
4221	Gewerbebewilligungen				
431.00	Casino Engelberg und Geldspielautomaten (Wegfall der Gebühr ab 1. April 05)		307		101
429	Sozialversicherungen/Ausgleichskasse (alt 4400)				
4290	Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung				
360.00	AHV: Kantonsbeiträge	2 064		1 919	
360.01	IV: Kantonsbeiträge	2 513		2 522	
4292	Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (alt 4402)				
318.60	Verwaltungskosten Ergänzungsleistungen AHV/IV	391		398	
366.00	Beiträge an AHV-Ergänzungsleistungen	6 700		6 750	
366.01	Beiträge an IV-Ergänzungsleistungen	3 600		3 850	
460.00	Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen		3 605		3 710
4294	Familienzulagen für landwirtschaftliche Arbeitneh- mer (alt 4404)				
360.00	Beiträge für Kinderzulagen	581		535	

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen kursiv = geplant	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
4221. 431.00	Projekt Casino Engelberg entfällt; Glücksspielautomaten sind ab April 2005 verboten	-33	-33	-33
429 4290 360.00 360.01 <i>360.00/</i> <i>360.01</i>	Sozialversicherungen/Ausgleichskasse Alters-, Hinterlassenen- und Fürsorgeversicherung AHV: Kantonsbeiträge IV: Kantonsbeiträge NFA – Vollständige Bundesaufgabe, Weg- fall Kantonsbeiträge	+89 +126	+132 +199	+180 +265 -2 130 -2 800
4292 318.60 366.00 366.01 460.00 <i>460.00</i>	Ergänzungsleistungen zur AHV und IV Verwaltungskosten Ergänzungsleistungen AHV und IV Beiträge an AHV-Ergänzungsleistungen Beiträge an IV-Ergänzungsleistungen Bundesbeiträge an Ergänzungsleistungen NFA - Wegfall der Finanzkraftzuschläge	+29 +500 +250 +220	+57 +1 000 +500 +480	+86 +1 500 +750 +750 -700

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men

43 Landwirtschaftsamt

Leistungsauftrag

Das Landwirtschaftsamt setzt sich im Rahmen des Vollzugs der Bundes- und Kantongesetzgebung für marktorientierte, bäuerliche Familienbetriebe mit umwelt- und tierfreundlichen Bewirtschaftungsformen ein. Es berät und unterstützt Bäuerinnen und Landwirte bei Fragen der Betriebswirtschaft, der Alpwirtschaft, der Tierhaltung, der Milchwirtschaft, des Marketings, des Pflanzenbaus, der Ökologie, des Tier- und Gewässerschutzes, der Strukturverbesserungen sowie der Hauswirtschaft. Das Landwirtschaftsamt ist zuständig für die Ausrichtung der Investitionshilfen (Beiträge und Investitionskredite), der Betriebshilfedarlehen sowie Umschulungsbeihilfen und wirkt mit bei der Beurteilung der Gesuche bei nicht versicherbaren Elementarschäden auf land- und alpwirtschaftlichen Nutzflächen. Im Weiteren werden die Agrardatenerhebung als Grundlage für die Auszahlung der Direktzahlungen und Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb der Bauzonen und zur Zonenplanung erarbeitet.

Gesetzliche Grundlagen

Landwirtschaftsgesetz (GDB 921.1)

Ausführungsbestimmungen über Starthilfebeiträge zur Absatzförderung in der Landwirtschaft (GDB 921.114)

Ausführungsbestimmungen über die Förderung der Tierzucht und des Viehabsatzes (GDB 921.111)

Ausführungsbestimmungen über die Förderung besonders umweltfreundlicher und nachhaltiger Bewirtschaftungsformen (GDB 921.113)

Ausführungsbestimmungen über die Strukturverbesserungen (GDB 921.112)

Ausführungsbestimmungen über die ökologischen Ausgleichsflächen (GDB 786.111)

Ausführungsbestimmungen über die Kostenbeteiligung bei landwirtschaftlichen Beratungen (GDB 921.311)
Agrarleitbild 2004

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	29'065	28'995	29'097	29'025	29'038	28'891
Ertrag	27'420	27'426	27'668	27'668	27'669	27'465
Nettoaufwand	1'645	1'569	1'429	1'357	1'369	1'426
davon Auswirkungen NFA						111
Investitionen:						
Ausgaben	1'881	1'530	1'690	1'638	1'638	1'638
Einnahmen	1'211	900	1'015	963	963	773
Nettoinvestitionen	670	630	675	675	675	865
davon Auswirkungen NFA						190

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
4300	Landwirtschaftsamt				
318.60	Umsetzung Agrarleitbild: Landschaftsentwicklungs- konzept (M3) und Gebietsmanagement (M10)	55		45	
365.01	Beiträge an verschiedene Organisationen	75		74	
4311	Beratung				
434.10	Erträge aus Beratungsleistungen: Teilverzicht auf Beratungsleistungen (GAP VD-18)		62		50
460.00	Bundesbeiträge Beratung: Rückgang mit Verzicht auf Beratungsleistungen (GAP VD-18)		186		165
4312	Strukturverbesserungen				
366.00	Kantonaler Starthilfebeitrag (Agrarleitbild M11)	20		30	
4321	Direktzahlungen				
363.00	Informatikaufwand ILZ: Systemanpassung Agricola	23		35	
365.20	Kantonsbeitrag an Kontrolle ökologischer Leis- tungsnachweis (ÖLN)	53		53	
366.01	Kantonsbeitrag nachhaltige Bewirtschaftung (Agrar- leitbild M6)	70		70	
4322	Viehwirtschaft				
360.00	Beitrag Tierzuchtförderung Bund	95		96	
364.00	Beitrag Qualitätssicherung Milch (MIBD)	68		60	
365.20	Kantonsbeitrag Tierzuchtförderung	80		80	
365.21	Streichung Kantonsbeitrag Schlachtvieh (GAP VD-19)	145		65	

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
43xx.301.00	Reduktion Personalaufwand (GAP VD-15, VD-17, VD-18)	-30	-30	
4311.460.00	NFA - Beratungen werden neu alleinige Kantonsaufgabe			175
4312 566.00	Strukturverbesserungen Kantonsbeitrag Strukturverbesserungen: NFA - Wegfall Finanzkraftanteil bei Bundesbeitrag			-190
4321.366	<i>NFA - Finanzkraftbeiträge bei Ökoqualitätsverordnung und soziale Begleitmassnahmen (Betriebshilfe) entfallen</i>			110

4322 365.21 360.01/02 366.00	Viehwirtschaft Streichung Kantonsbeitrag an Schlachtviehmarkt (GAP VD-19) NFA - Tierzuchtförderung wird neu alleini- ge Bundesaufgabe	-65	-65	-178
-------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----	-----	------

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
4300 318.60	24	Erste Massnahmen des Agrarleitbilds sind umgesetzt	2	45	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
	24	Umsetzung Massnahmen Agrarleitbild: die Landwirtschaftsgesetzgebung ist angepasst	2	2006 bis 2008		
	24	Umsetzung Massnahmen Agrarleitbild: Die Grundlagen zum Landschaftsentwicklungskonzept/Gebietsmanage- ment sind erarbeitet	2	2006 2007	50 50	

24.5 BILDUNGS- UND KULTURDEPARTEMENT

50 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat nimmt folgende Aufgabenbereiche wahr: Höhere Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Ausbildungsbeiträge (Stipendien/Darlehen), kirchliche Angelegenheiten. Es unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departementes, die Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departementes, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling).

Gesetzliche Grundlagen

Schulgesetz (GDB 410.1)
 Organisationsverordnung (GDB 433.11)
 Stipendienverordnung vom (GDB 419.11)
 Verschiedene Schulabkommen (GDB 414 und 415, 410.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	11'926	12'914	14'064	15'725	15'892	16'157
Ertrag	1'303	1'373	1'323	1'323	1'324	1'325
Nettoaufwand	10'623	11'541	12'741	14'402	14'568	14'832
davon Auswirkungen NFA						-240
Investitionen:						
Ausgaben	99	100	250	250	250	250
Einnahmen	141	100	150	175	200	225
Nettoinvestitionen	-42		100	75	50	25

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5000 365.00	Departementsdienste Konferenzen: Minderkosten Bildungsplanung Zentralschweiz (BPZ)	163		140	

5002	Stipendien				
366.10	Mehr Stipendiengesuche, höhere Höchststipendien Fr. 50'000; GAP BKD-1: für Zweitausbildung nur noch Darlehen, keine Stipendien ab 30, Ersparnis: Fr. 150 000.–	1 425		1 325	
460.00	Bundesbeiträge		715		636
5003	Lotteriefonds: Verteilung auf die Sparten:		550		550
365.21	Kulturförderung	381		381	
365.22	Kulturpflege	65		65	
365.23	Kantonsbibliothek	75		75	
365.24	Sport	29		29	
5010	Freiwilliges 10. Schuljahr				
362.00	Beiträge an Gemeinden (38 Schüler/-innen)	111		111	
5011	Mittelschulen				
351.10	Ausserkantonale Mittelschulen (69 Schüler/-innen, Vorjahr 62)	660		734	
364.00	Stiftsschule Engelberg (72, Vorjahr: 64) und Sportmittelschule Engelberg (5, Vorjahr: 0) sowie Beiträge gemäss Hochbegabtenvereinbarung (2))	998		1 161	
433.00	Schulgelder/Elternbeiträge (GAP BKD-24)		23		49
5012	Seminarien				
351.10	Kant. Lehrer/-innenseminarien (18, Vorjahr: 34)	607		379	
365.20	Private Lehrer/-innenseminarien (11, Vorjahr: 13) → weniger Seminaristinnen, da Systemwechsel zur Pädag. Hochschule Zentralschweiz (PHZ)	260		221	
433.00	Schulgelder/Elternbeiträge (GAP BKD-24)		21		29
5013	Höhere Schulen; Höhere Kantonsbeiträge, mehr Studierende (an Unis, FHS und Höheren Fach- hochschulen), Auswirkungen Aufbau PHZ	7 563		8 902	
351.10	Totalbetrag setzt sich zusammen aus: <i>Fachhochschulvereinbarung FHV (28, Vorjahr: 27)</i>	438		483	
	<i>Interkantonale Universitätsvereinbarung IUV (248, Vorjahr: 224)</i>	3 148		3 476	
	<i>Fachschulvereinbarung FSV (47, Vorjahr: 37)</i>	218		353	
	<i>Fachhochschule Z-CH FHZ (68, Vorjahr: 59)</i>	2 500		2 600	
	<i>Regionales Schulabkommen Z-CH RSA (50, Vor- jahr: 47)</i>	330		368	
	<i>Pädag. Hochschule Z-CH PHZ (35, Vorjahr: 17)</i>	822		1 501	
	<i>Zusatzausbildung Heilpädagog. (9, Vorjahr: 8)</i>	107		121	

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/-. Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
5002.460.00	Stipendien: Bundesbeiträge (NFA: Teilentflechtung an Stipendien, Rückzug der Bundesfi- nanzierung auf der Sekstufe II auf 2007)			-240
5010.362.00	Freiwilliges 10. Schuljahr: Beiträge an Gemeinden; Beiträge neu unter Berufsbildung 5441	-111	-111	-111
5011.351.10	Ausserkantonale Mittelschulen: Zunahme der Schülerzahlen und Beitragshöhe	+60	+120	+180

5012	Seminarien: Schrittweiser Übergang zur Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ)	-180	-440	-610																		
351.10	Kantonale Seminare																					
365.20	Private Seminare																					
5013.351.10	<p>Höhere Schulen: Tarifierhöhungen, höhere Schülerzahlen und Auswirkungen NFA:</p> <p><i>Veränderungen per 2006:</i></p> <table> <tr> <td>FHV: Tarifierhöhung 50, mehr Stud.</td> <td>50</td> <td>100</td> </tr> <tr> <td>IUV: Tarifierhöhung 350, mehr Stud.</td> <td>350</td> <td>700</td> </tr> <tr> <td>FSV: mehr Studierende</td> <td></td> <td>150</td> </tr> <tr> <td>FHZ: mehr Studierende</td> <td></td> <td>100</td> </tr> <tr> <td>RSA: mehr Studierende/Tarifanpassung</td> <td>50</td> <td></td> </tr> <tr> <td>PHZ: neue Studierende (Aufbau)</td> <td></td> <td>800</td> </tr> </table> <p>Total Mehrkosten für 2006</p> <p><i>Veränderungen 2007 und 2006:</i> mehr Studierende sowie allfällige Tarifanpassungen und allenfalls direkte Auswirkungen des NFA des Bundes: je 300 pro Jahr</p>	FHV: Tarifierhöhung 50, mehr Stud.	50	100	IUV: Tarifierhöhung 350, mehr Stud.	350	700	FSV: mehr Studierende		150	FHZ: mehr Studierende		100	RSA: mehr Studierende/Tarifanpassung	50		PHZ: neue Studierende (Aufbau)		800	+1 900	+2 200	+2 400
FHV: Tarifierhöhung 50, mehr Stud.	50	100																				
IUV: Tarifierhöhung 350, mehr Stud.	350	700																				
FSV: mehr Studierende		150																				
FHZ: mehr Studierende		100																				
RSA: mehr Studierende/Tarifanpassung	50																					
PHZ: neue Studierende (Aufbau)		800																				

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
5000	29	Das Bildungsgesetz (BiG) ist zuhanden einer zweiten Volksabstimmung vorbereitet (mit Informationsarbeit)	4 C	10	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
5000	29	Die Ausführungsgesetzgebung zum BiG ist vorbereitet	4 C	2006	10	

53 Amt für Volks- und Mittelschulen

Leistungsauftrag

Das Amt für Volks- und Mittelschulen nimmt Beratungs-, Entwicklungs-, Steuerungs- und Sachbearbeitungsaufgaben im Bereich des Kindergartens, der Volksschule und der Mittelschulen wahr. Die Abteilungen Schulaufsicht, Fortbildung und Schulentwicklung sowie die schulischen Dienste Schulpsychologischer Dienst und Logopädischer Dienst stehen im Allgemeinen Lehrpersonen und Schulbehörden zur Verfügung, die schulischen Dienste zusätzlich auch Kindern, Jugendlichen und deren Bezugspersonen.

Die Abteilung Kantonsschule Obwalden bietet die gymnasiale Ausbildung an.

Gesetzliche Grundlagen

Schulgesetz (GDB 410.1)

Verordnung über den Kindergarten und die Volksschule (GDB 412.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	10'025	10'177	9'962	9'824	9'729	9'699
Ertrag	758	819	920	1'122	1'123	1'125
Nettoaufwand	9'267	9'358	9'042	8'702	8'606	8'574
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5300	Amtsleitung				
301.05	Praxisgruppen, befristete Aufträge für Austauschprojekt	17		8	
310.30	Lehrmittel: Minderaufwand Päd. Medienzentrum Luzern (PMZ) (GAP BKD-4); Mehraufwand Englischlehrmittel	427		401	
318.60	Arbeiten durch Dritte: Kürzung pädagog.-psycholog. Beratung Luzern (GAP BKD-5)	47		22	
362.00	Betriebsbeiträge an Gemeinden: Mehraufwand durch Projekte 9. Schuljahr	39		65	
366.00	Berufseinführung (Abbau Mentorate und Praktikumsentschädigungen) (GAP BKD-17)	35		15	

5302	Lehrer/-innenweiterbildung (LWB) und Schulentwicklung				
318.62	LWB Fachkurse ohne Diplomabschluss	110		110	
318.64	Fachkurse mit Diplomabschluss: Nachqualifikation in Englisch	210		304	
318.66	Löhne Stellvertretungen für Kursbesucher: Abbau (GAP BKD-6)	61		22	
433.00	Schulgelder: Teilnehmerbeiträge (GAP BKD-6)		0		21
452.00	Gemeindebeiträge		150		150
5330	Abteilung Schulpsychologischer Dienst				
301.00	Personal: Stellenabbau (GAP BKD-7)	392		356	
302.00	Legasthenietherapien: Schrittweiser Übergang an Gemeinden (GAP BKD-8)	150		88	
362.00	Weiterleitung IV-Beiträge für Legasthenietherapeuten an Gemeinden (GAP BKD-8)	0		45	
460.00	Rückläufige Neuberechnung IV-Beiträge		128		123
5340	Abteilung Logopädischer Dienst				
318.60	Neu: Vollkostenbelastung für Integrierte Hörbehinderte durch Audiopädagog. Dienst, Hohenrain	2		15	
460.00	Rückläufige Neuberechnung IV-Beiträge		310		291
5350	Abteilung Kantonsschule				
300.00	Auflösung Mentorat (GAP BKD-15)	30		3	
302.00	Geringere Lektionenzahl (GAP BKD-11/12/13)	4 334		4 186	
302.03	Aufhebung Intensivweiterbildung (GAP BKD-14)	100		40	
309.00	Ausbildung: Einführung Qualitätsmanagement	22		30	
310.30	Fachbücher, Lehrmittel, Schulmaterial	149		149	
311.00	Ersatzbestuhlung altes Gymnasium	18		29	
311.40	Geräte und Apparate: Ergänzungsbedarf	30		35	
318.61	Rückgang Lektionenzahl der Patres	107		96	
394.20	Verrechnung Benützung Turnhalle			146	
395.00	BWZ Benützung HSW-Räume	40		7	
433.00	Erhöhung der Schulgelder (GAP BKD-24)		100		200

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
5300	Amtsleitung			
310.30	Lehrmittel für Englischunterricht	+10	+20	+20
	Minderaufwand Päd. Medienzentrum Luzern (PMZ) (GAP BKD-4)	-30	-30	-30
318.60	Kürzung pädagog.-psycholog. Beratung Luzern (GAP BKD-5)	-25	-25	-25
362.00	Projektbeiträge 9. Schuljahr an Gemeinden	+25	+25	
366.00	Berufseinführung: Abbau Mentorat (GAP BKD-17)	-15		
5330	Abteilung Schulpsychologischer Dienst			
302.00	Abbau Legastheniepersonal (GAP BKD-8)	-88		
318.60	Weiterleitung IV-Beiträge für Legasthenie an Gemeinden (GAP BKD-8)	+108	+108	+108
5350	Abteilung Kantonsschule			
302.00	Lehrpersonal: Kürzung Untergymnasium auf zwei Klassen (GAP BKD-10)	-86	-293	-414
	Verzicht auf einzelne Fächer (GAP BKD-10)	-30	-60	-60
433.00	Erhöhung der Schulgelder (GAP BKD-24)	+200	+200	+200

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
5300 362.00	27	Das 9. Schuljahr ist als Abschlussjahr der Volksschule aufgewertet	4	25	
5302 318.64	27	Das Projekt Englisch an der Primarschule; Nachqualifikation von Lehrpersonen, ist weiter geführt (KRB vom 28. Juni 02)	4 B	292	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
5300 362.00	27	Das 9. Schuljahr ist als Abschlussjahr der Volksschule aufgewertet	4	2006	25	
5302 318.64	27	Das Projekt Englisch an der Primarschule; Nachqualifikation von Lehrpersonen, wird weitergeföhrt	4 B	2006 2007 2008	133 100 100	

54 Amt für Berufsbildung

Leistungsauftrag

Das Amt für Berufsbildung sorgt in Zusammenarbeit mit Betrieben, Organisationen der Arbeitswelt und Berufsschulen dafür, dass in den verschiedenen Wirtschaftszweigen genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen und das Bildungsangebot laufend den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Nachfrage der Jugendlichen und Erwachsenen angepasst wird.

Es informiert und berät die Berufsbildner/innen in den Lehrbetrieben, die Lehrpersonen, die Lernenden sowie deren Eltern in allen Fragen rund um Grund- und Weiterbildung, Lehrverhältnis und Lehrverträge und überprüft die Qualität der beruflichen Grundbildung gemäss den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Kantons.

Es plant und steuert die Weiterentwicklung der Berufsbildung im Kanton in Zusammenarbeit mit den Berufsbildungspartnern im Interesse der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kantons (Standortattraktivität).

Es arbeitet im Rahmen der Zentralschweizerischen Kooperation in der Berufsbildung mit den andern Kantonen zusammen und vollzieht die daraus resultierenden Verpflichtungen.

Das Amt für Berufsbildung sorgt für die Durchführung der Qualifikationsverfahren (z.B. Teil- und Abschlussprüfungen) und stellt die entsprechenden Prüfungsdokumente aus.

Gesetzliche Grundlagen

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

Berufsbildungsverordnung (GDB 416.11)

Schulgesetz (GDB 410.1)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	10'556	10'451	11'164	11'513	11'585	11'460
Ertrag	3'519	4'036	4'304	4'463	4'482	3'703
Nettoaufwand	7'037	6'415	6'860	7'050	7'103	7'757
davon Auswirkungen NFA						630
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
5400	Amtsleitung				
300.00/ 439.10	Durchführung von Qualifikationsverfahren: Höhere Entschädigung für externe Experten	75	45	85	51
317.50	Sicherstellung der Nachhaltigkeit bei Projekten: Beendigungen Lehrstellenbeschluss (LSB II)	43		3	
318.60	Umsetzung verschiedener Berufsreformen (BBT- Ticket) im Dienste des Lehrstellenmarketings	30		42	
(361.00)/ 365.20	Entschädigung für delegierte Qualifikations- verfahren Lehrabschlussprüfung (LAP)	(70) 160		250	
460.00	Bundesbeiträge für erbrachte Leistungen: LAP (Fr. 30 000.–), Mehranteil Bundesmittel (Fr. 100 000.–)		80		130
5402	Auswärtige Berufsfachschulen und Fachkurse				
351.10	Rund 750 Lernende zu Fr. 4 000.– sowie 10 Ju- gendliche im Integrationskurs	3 000		3 040	
365.20	Überbetriebliche Kurse (ÜK) (Fr. 150 000.–), be- rufsorientierte Weiterbildung inkl. Beitrag an Tech- nische Akademie Esslingen (TAE) (Fr. 200 000.–) und Gesundheitsberufe (ca. 60 Lernende + Defizit- garantie + SRK+ Kantonsbeitrag + Budgetpool)	1 300		1 352	
433.00	Lehrbetriebsbeiträge an Schulkosten (750 Lernende zu Fr. Fr. 250.–)		175		185
460.00	Bundesbeiträge für erbrachte Leistungen: überbetriebliche Kurse, Beitrag für TAE		112		112
5430	Berufs- und Weiterbildungsberatung				
318.90	Massnahmen im Dienste der Berufswahl- Optimierung (z.B. Rent-a-Stift, BW-Dossier)	13		20	
365.01	Berufs- und Weiterbildungsberatung Kantonsbeitrag an Studienberatung NW/OW ge- mäss Vertrag; Zeitschrift Perspektiven, Jahresbei- trag SVB	95		96	
5440	Berufs- und Weiterbildungszentrum (BWZ)				
311.30	Anlageerneuerung gemäss Installationsvertrag (plus Laptops)	79		86	
439.00	Zahlung Externer an BWZ: Wegfall Probat und DBK-Projekt sowie LSB II		91		50
5441	BWZ Brückenangebote				
302.00 – 394.10	Neues Angebot statt 10. Schuljahr			265	
433.00 – 460.00	Gemeindebeiträge erst ab 2006				135
5442	BWZ Grundbildung				
310.30	Subventionierte Unterrichtshilfen und Lehrmittel zum Weiterverkauf (Gegenkonti siehe 435.10/ 460.00) plus fünf Beamer	150		170	
318.60	Zahlung an Krankenpflegeschule Wilen für Fach- angestellte Gesundheit (FAGE)	100		150	
432.00	Kostgelder: Mehr Lernende		80		90
433.00	Schulgelder: Mehr Lernende, insbesondere FAGE		1 450		1 600
435.10	Lehrmittelverkäufe (Gegenkonto zu 310.30)		80		105
	Bundesbeiträge an Lohnkosten				

460.00			630		630
5443	BWZ Berufsmaturität				
302.00 – 318.60	Neueinführung Berufsmaturitätsschule			195	
433.00 – 460.00	Schulgelder und voller Bundesbeitrag erst ab 2006				41
5444	BWZ Weiterbildung				
318.60	Zahlung an Freelancer (Entlastung 302.05)	20		85	
433.00	Kursgelder inkl. Lehrmeisterkurse: Rückläufige Teilnehmerzahlen		600		565
460.00	Bundesbeiträge an Lohnkosten		160		190
5446	Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb Giswil				
313.60	Material für landwirtschaftliche Produktion (z.B. Kraftfutter für Schweine)	65		65	
435.70	Verkauf aus Viehhaltung (Milch, Vieh)		125		125

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
5430.365.01	Studienberatung – Vereinbarung mit NW Fortführung (GAP BKD-19)	-35	-35	-35
5441	Brückenangebote (neue Kostenstelle) samt ehemaliges 10. Schuljahr sind eingeführt und werden ab 2006 fortgeführt	120	120	120
5443	Berufsmaturitätsschule ist eingeführt und wird fortgeführt	16	16	16
5440	Verkauf landwirtschaftlicher Gutsbetrieb (GAP BKD-18)			-40

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
5400 300.00/ 439.10	28	Qualifikationsverfahren (ehemals Lehrabschlussprüfungen) sind angepasst	4 B	10	6
5400 318.60	28	Neue Berufe/angepasste Massnahmen am Übergang Oberstufe Berufslehre sind eingeführt	4 B	42	0

5441	27	Brückenangebote sind ab August 2005 eingeführt	4 B	284	130
5443	28	Die Berufsmaturitätsschule ist eingeführt	4 B	235	41

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
5400 318.60	28	Neue Berufe/angepasste Massnahmen am Übergang Oberstufe Berufslehre sind eingeführt	4 B	2006 2007 2008	43 43 43	
5441	27	Brückenangebote (drei Klassen) sind eingeführt und ab 2006 fortgeführt Bundesbeiträge, Gemeindebeiträge und Schulgelder Lernende	4 B	2006 2007 2008 2006 2007 2008	450 450 450 	170 170 170
5442		<i>NFA Wegfall der Finanzkraftzuschläge bei Ausbildungsbeihilfen Tertiärstufe Ausbildungsbeihilfen Sekundarstufe II Berufliches Bildungswesen</i>		2008 2008 2008		-300 -200 -200
5443	28	Die Berufsmaturitätsschule ist eingeführt und fortgeführt Bundesbeiträge plus Kantonsbeiträge Ausserkantonaler	4 B	2006 2007 2008 2006 2007 2008	350 350 350 	140 140 140

55 Kulturabteilung

Leistungsauftrag

Die Abteilung Kultur nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeitungsaufgaben in den Bereichen Kulturförderung, Kultur- und Denkmalpflege, Kulturgüterschutz, Kantonsbibliothek und Medienfragen wahr. Im Bereich Kulturförderung prüft sie Unterstützungsgesuche von Dritten und entrichtet in Zusammenarbeit mit der Kulturförderungskommission Beiträge. Die Denkmalpflege nimmt in Zusammenarbeit mit der Kultur- und Denkmalpflegekommission Stellung zu Bauprojekten, begleitet diese und entrichtet Beiträge. Die Kantonsbibliothek steht der Öffentlichkeit als Studien- und Bildungsbibliothek zur Verfügung; für die Einwohnergemeinde Sarnen nimmt sie die Funktion einer Schulbibliothek wahr.

Gesetzliche Grundlagen

Kulturverordnung (GDB 451.11)

Kultur- und Denkmalpflege: Bundesverfassung Art. 78

Kultur- und Denkmalpflege: Kantonsverfassung Art. 31 Abs. 2

Denkmalschutzverordnung (GDB 451.21)

Verordnung über die Kantonsbibliothek (GDB 451.51)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'854	1'855	2'280	2'340	2'283	2'291
Ertrag	789	618	1'147	1'157	1'147	773
Nettoaufwand	1'065	1'237	1'133	1'183	1'136	1'518
davon Auswirkungen NFA						375
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
5510	Kultur- und Denkmalpflege				
362.00	Betriebsbeiträge an Gemeinden	50		50	
365.20	Denkmalpflege: Genehmigung von zusätzlich vier Schutzplänen; Beitragskürzungen für Restaurie- rungen (GAP BKD-20)	470		235	
365.30	Kantonsbeitrag an Klosterkirche			200	

5520	Kantonsbibliothek				
363.00	Informatikaufwand	92		58	
434.00	Erhöhung Benützungsgebühren Kantonsbibliothek (GAP BKD-25)		22		35
462.00	Gemeindebeiträge (Sarnen)		75		75

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
5520.434.00	Benützungsgebühren Kantonsbibliothek (GAP BKD-25/26)	10	15	15

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
2490/ 5003 365.21	30	Kulturprojekt mit überregionaler Ausstrahlung wird vom Kanton mitfinanziert (Beitrag aus Lotteriefonds)	12 B	(50)	
2490.00/ 5510 365.20		Der Kanton trägt die Restaurierung der Klosterkirche Engelberg mit (Beitrag aus Lotteriefonds)	12 C	(200) 200	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
5510 2490/ 5003 365.21	30	Kultur- und Denkmalpflege Ein Kulturprojekt mit überregionaler/nationaler Ausstrahlung ist vom Kanton mitfinanziert (Beitrag aus Lotteriefonds)	12 B	Ab 2006	(50)	
2490/ 5510 365.20		Der Kanton trägt die Restaurierung der Klosterkirche Engelberg mit (Beitrag aus Lotteriefonds)		2006 bis 2012	(200) 200	
5510 318.60 365.20/ 470.00		<i>Die Neugestaltung des Dorfcentrums und Kreuz-Areals Sachseln ist archäologisch begleitet</i> <i>NFA - Kantonszuständigkeit für regional/lokale Objekte/Wegfall der Bundesbeiträge</i>		2006 2008	50 375	

56 Sportabteilung

Leistungsauftrag

Die Abteilung Sport nimmt gegenüber der Departementsleitung Planungs- und Sachbearbeiteraufgaben in den Bereichen Jugend+Sport, Schulsport, Vereinssport, Sport-Toto-Beiträge wahr. Sie betreibt und unterstützt Sportorganisationen, bildet in Zusammenarbeit mit den andern Kantonen Jugend und Sport-Leiterinnen und -Leiter aus, entrichtet Sport-Totobeiträge und beaufsichtigt den Schulsport.

Gesetzliche Grundlagen

Sportverordnung (GDB 418.11)

Ausführungsbestimmungen über Beiträge aus dem kantonalen Sport-Toto-Fonds (GDB 610.511)

Vollzugsrichtlinien über die Gewährung von Sport-Toto-Beiträgen

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	1'037	1'098	1'065	1'082	1'077	1'081
Ertrag	416	573	729	729	729	730
Nettoaufwand	621	525	336	353	348	351
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
5600 318.60 460.00	Jugend und Sport Arbeiten durch Dritte Bundesbeitrag an J+S entfällt ab 2005 (Entlassungsprogramm Bund)	158	87	157	31
5610 365.20 365.22 480.00	Sport-Toto-Fonds Beiträge an Verbände und Sportvereine Beiträge an verschiedene Institutionen für Sportanlagen (u.a. Aussensportanlage Sachseln) Entnahme aus Sport-Toto-Fonds	165 112	77	165 88	55
5620 462.00 494.20	Turnhalle und Sportanlagen Gemeindebeitrag Sarnen (bisher Kto. 6140 BUD) Kostenanteil BWZ/KSO (Neuberechnung)		135 95		100 216

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
5600	30	Das kantonale Sportkonzept ist umgesetzt		2006	10	

24.6 BAU- UND UMWELTDEPARTEMENT

60 Departementssekretariat

Leistungsauftrag

Das Departementssekretariat unterstützt den Departementsvorsteher bei der Planung und Organisation der Tätigkeit des Departements, der Vorbereitung der Geschäfte des Regierungsrates, des Kantonsrates und der interkantonalen Konferenzen, der Koordinierung innerhalb des Departements, zwischen den Departementen und mit der Staatskanzlei, der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Verwaltungssteuerung (Controlling). Es ist zudem zuständig für Miete, Pacht, Erwerb und Verkauf von Liegenschaften, Rechtsgeschäfte mit dinglichem Charakter und die Inanspruchnahme öffentlicher Plätze.

Gesetzliche Grundlagen

Staatsverwaltungsgesetz (GDB 130.1)

Organisationsverordnung (GDB 133.11)

Ausführungsbestimmungen über die Aufgaben und Gliederung der Departemente (GDB 133.111)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	296	290	493	497	504	508
Ertrag	5	1	6	6	6	6
Nettoaufwand	291	289	487	491	498	502
Investitionen:						
Ausgaben						
Einnahmen						
Nettoinvestitionen						

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
6000 318.60	Departementsdienste Anteil Revision Orthofoto (siehe Anteil AV 93 in Kto. 6322.318.93)	5		115	

61 Bauamt

Leistungsauftrag

Das Bauamt bearbeitet sämtliche Fragen der Hoch- und Tiefbauten des Kantons. Dazu gehören die Bauten der öffentlichen Verwaltung, die Nationalstrasse und die Kantonsstrassen, sowie die Gewässer.

Die Abteilung Strassenbau ist verantwortlich für die Planung und den Bau (Projektleitung und Oberbauleitung) der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Dazu gehören alle Kunstbauten (Brücken, Tunnel etc.), die Radverkehrsanlagen, Verbesserungsmassnahmen aus Verkehrssicherheitsfragen und der Vollzug der Lärmschutzverordnung entlang dieser Strassen.

Das Strasseninspektorat sorgt für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse und der Kantonsstrassen. Weiter obliegt ihm die Prüfung und die Bewilligung von Baugesuchen im Strassenbereich und von Einmündungsprojekten.

Der Abteilung Wasserbau obliegt die Oberaufsicht über die Gewässer. Sie bearbeitet Wasserbaubewilligungen und übt die Aufsicht über Stauanlagen aus.

Die Abteilung Hochbau ist verantwortlich für die Projektierung und Realisierung der kantonalen Hochbauprojekte. Als Bauherrenvertreter obliegt ihr das Projektmanagement und die Gewährleistung von Qualität, Kosten und Terminen. Durch die Bewirtschaftung der Gebäude wird die langfristige Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der vom Staat genutzten Bauten gesichert.

Gesetzliche Grundlagen

Baugesetzgebung (GDB 710.1 und 710.11)

Strassenverordnung (GDB 720.11)

Kantonsstrassengesetz (GDB 720.3)

Strassenbeitragsverordnung (GDB 720.31)

Vollzugsverordnung zum BG über die Nationalstrassen (GDB 720.51)

Vollzugsverordnung zum BG über Fuss- und Wanderwege (GDB 720.71)

Wasserbaugesetzgebung (GDB 740.1 und 740.11)

Verkehrsabgabegesetz (GDB 771.1)

Ausführungsbestimmung zum BG über den Umweltschutz (GDB 780.111)

Ausführungsbestimmung zur Lärmschutzverordnung (GDB 780.211)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	17'981	17'201	20'806	21'400	21'953	14'725
Ertrag	16'808	16'811	21'241	21'663	21'383	11'247
Nettoaufwand	1'173	390	-435	-263	570	3'478
davon Auswirkungen NFA						2'367
Investitionen:						
Ausgaben	51'095	45'724	26'442	26'443	54'838	72'341
Einnahmen	48'187	41'513	22'910	22'910	45'933	54'383
Nettoinvestitionen	2'908	4'211	3'532	3'533	8'905	17'958
davon Auswirkungen NFA						420

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnah- men	Ausgaben	Einnah- men
6102 438.00	Strassenbau Eigenleistungen für Projekte der Investitionsrech- nung (Projektleitungen usw.)		870		870
6104 410.00	Wasserbau Wasserrechte und Konzessionsgebühren: Gebüh- renenerhöhung (GAP BUD-3)		50		70
6120 311.40	Betrieblicher Strassenunterhalt Fahrzeuge und Geräte: Anschaffungen u.a.: Schneepflug, Lieferwagen mit Kran, Aufsatzstreuer	118		184	
312.00	Heizung, Strom, Wasser: Elektrische Energie für Strassen, Erhöhung mit A8 Umfahrung Giswil	235		310	
312.30	Betriebskosten: Wärmeverbund, Strom, Wasser für Werkhof und Magazin	80		80	
313.10	Einbau- und Ersatzmaterial Strasse: Erweiterung Strassennetz Giswil	100		110	
313.25	Materialien Winterdienst: Erweiterung Strassennetz Giswil	70		80	
313.40	Treibstoff: Höhere Benzinpreise (ca. 10 %)	100		110	
313.45	Betriebskosten für Fahrzeuge und Geräte	61		61	
314.20	Leistungen durch Dritte: Winterdienst: Erweiterung Strassennetz Giswil	230		250	
314.23	Leistungen durch Dritte, Behebung von Unwetter- schäden: Erfahrungswert	50		70	
314.24	Leistungen durch Dritte: Übrige Leistungen: Erwei- terung Strassennetz Giswil, Tunnelreinigung	240		260	
318.80	Gebühren durch Dritte: Höhere Kosten Grüngut- Entsorgung	75		80	
427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen		55		55
434.00	Rückvergütung Dritter für Dienstleistungen		70		70
434.05	Rückvergütung Dritter für Treibstoffe (vgl. 313.40)		62		68
434.17	Zunehmende Rückvergütung aus Unfallschäden		60		85
438.00	Eigenleistungen für Investitionsprojekte (Signalisa- tionen, Markierungen usw.)		300		300
460.00	Bundesbeiträge: Betrieb A8: Erweiterung Umfah- rung Giswil		1 800		1 950
6122 314.00	Baulicher Strassenunterhalt Baulicher Strassenunterhalt: Kantonsstrassen (siehe Projekte 2005)	1 400		1 500	
314.08	Baulicher Unterhalt: Nationalstrasse A8 (siehe Projekte 2005)	2 437		5 934	
460.08	Bundesbeiträge: Baulicher Unterhalt A8 (97 %)		2 364		5 756

6140	Hochbauten				
312.00	Heizung, Strom, Wasser	520		520	
313.00	Reinigungs- und Verbrauchsmaterialien	55		55	
314.10	Wartung durch Dritte	120		120	
314.30	Baulicher Unterhalt: 30 kantonseigene Gebäude: 3 % Reduktion Unterhaltskosten gegenüber 2004	722		700	
316.00	Büro- und Raummiete	250		250	
316.20	Baurechtszins	141		120	
427.00	Miet- und Pachtzinseinnahmen		478		545
434.10	Benützungsgebühren: Seeflächen: Neukonzept Gebührenerhebung, bisher Kto. 6312 (GAP BUD-33)		0		900
462.00	Gemeindebeitrag altes Gymnasium: Dreifachturn- halle neu unter Kto. 5620		195		60

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
6120 <i>Aufwand</i> <i>Ertrag</i>	Betrieblicher Strassenunterhalt <i>NFA – Übergang des betr. Strassenunterhalt der National- strasse zu Bund</i>			-1 780 -1 700
6122 314.08	Baulicher Strassenunterhalt Baulicher Unterhalt Nationalstrasse A8 gemäss Kostenpla- nung ASTRA	+422	+117	+1 152
460.08 314.08 460.08	Bundesbeitrag baulicher Unterhalt A8 <i>NFA – Baulicher Strassenunterhalt ist neu Bundesaufgabe</i> <i>Wegfall des Unterhaltes</i> <i>Wegfall des Bundesbeitrages</i>	-409	-113	-1 117 -7 086 -6 873

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
6104 564.11 – 564.51	32	Wasserbau Hochwasserschutz an Fliessgewässern: - Westliche Sarnersee Wildbäche - Ramersbergerbäche - Dorfbach Sachseln - Kleine Schliere - Laui Giswil usw.	10 B	1 012	
6120 506.07		Betrieblicher Strassenunterhalt Anschaffung Maschinen: Ersatz Schneefräse		170	

6122		Baulicher Strassenunterhalt			
314.00	38	Baulicher Unterhalt Kantonsstrassen: Projekte gemäss Mehrjahresprogramm:	10 B	1 500	
		- Belagssanierung Brünigstrasse Alpnach – Sarnen		950	
		- Melchtalerstrasse (Fortsetzung Gesamtinstandsetzung, Steinschlagsicherung)		350	
		- Flüelistrasse (Belaginstandsetzung)		150	
		- diverse Strassen (kleinere Instandsetzungen)		50	
314.08	38	Baulicher Unterhalt Nationalstrasse: Projekte gemäss Programm ASTRA:	10 B	5 934	
		- Sanierung Loppertunnel (1. Teil)		4 000	
		- Ortsdurchfahrt Giswil (Instandsetzung)		800	
		- Tunnel Sachseln (Sicherheitsmassnahmen)		200	
		- Brünigstrasse Lungern (Steinschlagschutz Chährüti)		200	
		- Diverses (10 kleinere Objekte)		200	
460.08	38	Bundesbeiträge Unterhalt A8			5 756
6141	31	Rathaus Sarnen: Machbarkeitsstudie Sicherheit/Funktionalität, Behindertenzugang	8 C	60	
6144	31	Polizeigebäude: Umbau Kriminaltechnischer Dienst und Einschliesszelle	7 C	50	
6146	31	BWZ Obwalden, Sarnen: Planung, Projektierung (Baubeginn auf 2006 verschoben)	4 A	150	
6147	31	BWZ Obwalden, Schule Giswil: Erste Sanierungsetappe	4 B	100	
6149	31	Verwaltungsgebäude Hostett: - Korridor Geländer Anpassung gem. SUVA - Lüftungsanlage Steuerverwaltung	8 C	40 100	
6150	31	Staatsarchiv: Alternativplanung	13 C	50	
6151	31	Historisches Museum: Planung Sanierung	13 C	50	
6152	31	Kantonsbibliothek: Alternativplanung	13 C	30	
6154	31	Dreifachturnhalle: Platzsanierung	4 C	75	
6155	31	Zeughaus Landenberg: Verbesserung Tragfähigkeit	13 C	25	
6845		Kantonsstrassen			
501.50	38	Brünigstrasse Giswil: Instandstellung/Verkehrssicherheit	10 B	160	
501.80	38	Lärmschutz: Fortsetzung Sanierungsprogramm	10 B	300	
660.00	38	Bundesbeiträge Lärmschutz			90
501.90	38	Verschiedene Ersatzbauten: - Dorfzentrum Sachseln, erster Teil - Brücke Bitzighoferbach, erster Teil	10 B	350	
6846 – 6854	38	Nationalstrassenbau gemäss 7. Langfristigem Bauprogramm des Bundes (Anteil Kanton 3 %) - Umfahrung Lungern: Detailprojekt und Submissionen - Umfahrung Giswil: Abschluss Bauarbeiten - Giswil-Nord – Ewil: Detailprojekt - A2/A8 Kirchenwaldtunnel: Fortsetzung Bau Verbindungstunnel	10 B	576	
6858	38	Radrouten Abschnitt Giswil – Kaiserstuhl, erste Etappe	10 B	326	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
6102 495.01		Strassenbau <i>NFA - Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge bei Kantonsanteil Mineralölsteuer</i>		2008		-2 500
6104 564.00	32	Wasserbau Kantonsbeitrag an Seeregulierung Vierwaldstättersee	17 C	2006 2007 2008	150 270 270	
564.01ff	32	Hochwasserschutz an Fliessgewässern <i>NFA - Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge</i>	17 C	2006 2007 2008 2008	1 092 1 001 1 644 1 000	
6120 506.06 506.07		Betrieblicher Strassenunterhalt Ersatzanschaffung Fahrzeuge/Maschinen		2006 2008	170 190	
6141	31	Rathaus Sarnen: Umbau Sicherheit/Funktionalität, Be- hindertenzugang		2006 2007 2008		
6144	31	Polizeigebäude: Schliessanlage, Umnutzung Erdgeschoss, Ersatz Tore VSZ, Ersatz Tore Autoeinstellhalle	7 C	2006	200	
6145	31	Kantonsschule: Gemäss Planung Raumoptimierung (KRB 28.11.02/RRB 01.07.03)	4 + 13 B	2006 2007 2008	100 620 8 830	
6146	31	BWZ Obwalden, Schule Sarnen: Gemäss Planung Raumoptimierung (KRB 28.11.02/RRB 01.07.03)	4 A	2006 2007	6 370 200	1 370
6147	31	BWZ Obwalden, Schule Giswil: zweite Etappe der Sanierung	4 B	2007	200	
6149	31	Verwaltungsgebäude Hostett: Erneuerung Brandmeldeanlagen, Änderung und Ergän- zung Haustechnik (MSRL-System)	8 C	2006 2007 2008	200	
6150	31	<i>Staatsarchiv: Archibau gemäss Alternativplanung</i>	13 C	2007 2008	4 000 4 000	
6151	31	<i>Historisches Museum (Baueingabe wegen NFA)</i>	13 C	2006 2007 2008	2 000	240
6152	31	Kantonsbibliothek: Detailprojektierung		2007	200	
6171	31	Kantonsspital, Behandlungstrakt: Gemäss Planung Spi- talkooperation Obwalden/Nidwalden		2006 2007 2008		
6172	31	Kantonsspital Bettenstrakt: Gemäss Planung Spitalkoope- ration Obwalden/Nidwalden	5 C	2006 2007 2008		
6173	31	Kantonsspital Psychiatrie: Gemäss Planung Spitalkoope- ration Obwalden/Nidwalden (neues Investitionsvorhaben)	5 C	2006 2007 2008		

6845		Kantonsstrassen				
501.80	38	Lärmschutz: Fortsetzung Sanierungsprogramm	10 B	2006 2007 2008	300 300 300	
660.00	38	Bundesbeiträge Lärmschutz		2006 2007 2008		90 90 90
501.90	38	Verschiedene Ersatzbauten, u.a.: - Giswil zweiter Teil - Sachseln Dorfzentrum zweiter Teil - Bitzighoferbach-Brücke zweiter Teil	10 B	2006 2007 2008	510 510 510	
660.00		<i>NFA - Neuer pauschaler Bundesbeitrag Kantonsstr</i>				690
660.00		<i>NFA - Wegfall Bundesbeitrag Lärmschutz.</i>				-110
6846 – 6854	38	Nationalstrassenbau gemäss 7. Langfristigem Bauprogramm des Bundes (Anteil Kanton 3 %) - Umfahrung Lungern (Bau 2007 bis 2011) - Umfahrung Giswil (Abschluss Bauarbeiten) - Giswil Nord - Ewil (Bau 2007 bis 2011) - A2/A8 Kirchenwaldtunnel Fortsetzung Bau Verbindungstunnel, Sanierung Loppertunnel <i>NFA - Ausbau am beschlossenen Netz wird neu Bundesaufgabe</i>	10 B	2006 2007 2008 2008	633 1 305 1 494 -2 800	 -2 740
<i>Aufwand</i> <i>Ertrag</i>						
6858	38	Radrouten: - Fortsetzung Giswil – Kaiserstuhl - Radwege entlang Kantonsstrasse	10 B	2006 2007 2008	300 300 300	

62 Amt für Wald und Landschaft

Leistungsauftrag

Das Amt für Wald und Landschaft ist kantonale Anlaufstelle für Fragen um Wald, Natur- und Landschaftsschutz, Abwehr von Naturgefahren sowie Jagd. Zentrale Aufgaben sind die nachhaltige Sicherung der Waldbestände (Abteilung Walderhaltung) und deren Funktionen (Abteilung forstliche Planung), die Erhaltung und Förderung wertvoller Landschaften und Naturobjekte, der Schutz aller Wildtiere sowie die Erhaltung ihrer Lebensräume, die Jagdplanung und -organisation (Abteilung Natur und Jagd) sowie die Abwehr von Naturgefahren (Abteilung Naturgefahren). Im Vordergrund stehen dabei die Beratung, die Anordnung sowie die Umsetzung und finanzielle Förderung konkreter Massnahmen.

Gesetzliche Grundlagen

Forstgesetzgebung (GDB 930.11)

Jagdgesetzgebung (GDB 651.1 und 651.11)

Verordnung über den Natur- und Landschaftsschutz (GDB 786.11)

Pilzschutzverordnung (GDB 786.21)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	7'514	6'579	6'042	5'964	5'998	6'030
Ertrag	5'331	4'560	4'231	4'233	4'235	3'738
Nettoaufwand	2'183	2'019	1'811	1'731	1'763	2'292
davon Auswirkungen NFA						500
Investitionen:						
Ausgaben	6'795	7'665	7'323	7'039	7'474	6'415
Einnahmen	5'884	6'541	6'302	6'046	6'433	4'730
Nettoinvestitionen	911	1'124	1'021	993	1'041	1'685
davon Auswirkungen NFA						800

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
6200	Verwaltung				
318.60	Ingenieur-Drittleistungen für Projekte: Neu: Finanzierung Datenhaltung auf Datendrehseibe	100		120	
431.00	Gebühreneinnahmen: Holzschlagbewilligungen		60		65
434.10	Arbeit für Dritte: Bundesbeiträge für Eigen- und Drittleistungen		250		250
6202	Walderhaltung				
364.00	Kantonsbeiträge an Forstschutzmassnahmen	400		360	

6204	Waldentwicklung				
318.60	Arbeiten durch Dritte: Projekt Wildweiserfläche; Aufwandminderung (GAP BUD-29)	90		70	
364.00	Kantonsbeiträge: Verzicht Unterstützung Jungwaldpflege (GAP BUD-29)	173		80	
460.00	Bundesbeiträge: Abschlussphase Waldentwicklungsplanung		85		45
6206	Naturgefahren				
318.60	Arbeiten durch Dritte: Ereignisdokumentation, Schutzbautenkataster, Unwetterereignisse	65		85	
460.00	Bundesbeiträge für Eigen- und Dritteleistungen		70		80
6208	Natur- und Landschaftsschutz				
318.60	Arbeiten durch Dritte: Schutz- und Nutzungsplanungen	150		150	
319.00	Verschiedener Sachaufwand: Beschilderung von Schutzgebieten	50		40	
366.00	Ökologische Ausgleichszahlungen gemäss Bewirtschaftungsverträge	180		180	
460.00	Bundesbeiträge an Schutz- und Nutzungsplanung		180		180
6209	Jagd				
411.00	Patenteinnahmen		290		290
460.00	Bundesbeitrag für eidg. Banngebiete		50		50

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
6202	Walderhaltung (Waldschäden)	-10	-10	-10
6204	Waldentwicklung			
364.00	Verzicht auf Unterstützung Jungwaldpflege (GAP BUD-29) <i>NFA - Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge</i>	-90	-90	-90
				350
6206	Sicherstellung Gefahrenkarten			
6208	Natur- und Landschaftsschutz			
318.60	Umsetzung Schutz- und Nutzungsplanung (zusätzliche Verträge)			
366.00	Beiträge an ökologische Ausgleichszahlungen <i>NFA - Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge</i>		+10	+20
				+150

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
6204/06	32	Investitionen zur Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr, u.a.: IR: diverse Waldbauprojekte, Sofortmassnahmen Grossteilerbäche, Integralplanung (IP) Westl. Sarnersee Wildbäche (WSSW), Kleine Schliere	7 B	866	
6206	32	Investitionen zur Sicherstellung/Erhaltung Infrastrukturen, u.a.: IR: Sanierung Geretschwand, Erschliessung WSSW, Werkhöfe Giswil / Sarnen	7 B	155	
6206 318.60	32	Die Gefahrenkarten in der Schutz- und Nutzungsplanung sind umgesetzt	7 A	35	
	32	Die quantitative Risikoanalyse der Naturgefahren Obwalden, Teil 2, im Siedlungsgebiet und Bereich wichtiger Infrastrukturanlagen ist umgesetzt	7 B	50	35

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kostenstelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
6202 564.00		Strukturverbesserungen Wald Kantonsbeiträge: Keine Neubauten bis 2014, nur Sanierungsprojekte <i>NFA – Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge</i>		2006	144	
			2007	134		
			2008	100		
			2008	100		
6204 564.00	32	Schutzwaldpflege Kantonsbeiträge: Priorisierung auf Wälder mit besonderen Schutzfunktionen; Ergänzungsprojekte in bestehenden Perimetern <i>NFA – Wegfall der bisherigen Finanzkraftzuschläge</i>		2006	418	
				2007	425	
				2008	424	
				2008	700	
6206 564.00	32	Gefahrenabwehr Kantonsbeiträge: Sicherstellung von Massnahmen zur Gefahrenabwehr: Priorisierung gemäss Risikoanalyse u.a.: Integralplanung WSSW, Steinschlag Eggiberg-Nord, IP Kleine Schliere, Sofortmassnahmen Grossteilerbäche, IP Güpfi		2006	431	
				2007	482	
				2008	361	

63 Amt für Raumordnung und Verkehr

Leistungsauftrag

Das Amt für Raumordnung und Verkehr befasst sich mit raumwirksamen Fragen und der Gesamtverkehrsplanung. Es sorgt insbesondere dafür, dass der kantonale Richtplan als Koordinationsinstrument der raumwirksamen staatlichen Massnahmen aktualisiert ist und ein übergeordnetes Controlling erlaubt. Es unterstützt die Behörden bei der Erarbeitung der kommunalen Führungsinstrumente. Es behandelt Baugesuche ausserhalb der Bauzone und berät Behörden und Private in allen Fragen der Verfahrenskoordination. Die Verkehrsplanung hat namentlich die bestmögliche Koordination des individuellen und öffentlichen Verkehrsinfrastrukturangebots zum Ziel. Die Abteilung Grundbuch und Vermessung führt für das Sarneraatal das Grundbuch und ist für die Grundbuchbereinigung besorgt. In Engelberg besteht eine eigene Dienststelle. Die Abteilung ist darüber hinaus mit Aufgaben im Vermessungs- und Schätzungsbereich betraut.

Gesetzliche Grundlagen

Baugesetz (GDB 710.1)

Gesetz über die Förderung des öffentlichen Verkehrs (GDB 772.1)

Schätzungs- und Grundpfandgesetz (GDB 213.7)

Beurkundungsgesetz (GDB 210.3)

Verordnung über das Grundbuch (GDB 213.41)

Vollziehungsverordnung über die amtliche Vermessung (GDB 213.11)

Ausführungsbestimmungen zum RPG (GDB 710.211)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	5'771	5'770	5'866	6'127	6'112	9'031
Ertrag	3'566	3'112	3'259	3'276	3'310	3'247
Nettoaufwand	2'205	2'658	2'607	2'851	2'802	5'784
davon Auswirkungen NFA						2'940
Investitionen:						
Ausgaben	3'118	4'041	2'747	2'985	864	
Einnahmen	431	661	576	623	243	113
Nettoinvestitionen	2'687	3'380	2'171	2'362	621	-113

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
6311	Raumplanung				
310.00	Planerstellung, Berichte: Richtplanrevision	130		130	

6312 431.00	Baukoordination Gebühreneinnahmen: Erhöhung gemäss Kosten- deckungsprinzip		70		90
6313 364.00	Verkehrsplanung Abgeltung regionaler Personenverkehr für unge- deckte Kosten von SBB-Brünig, LSE und Postauto Zentralschweiz: S-Bahn-Ausbau	1 015		1 090	
6321 319.00 363.00 431.00	Grundbuch Verschiedener Sachaufwand Informatikkosten ILZ Gebühreneinnahmen: Erhöhung gemäss Kosten- deckungsprinzip (GAP BUD-17 und 36)	2 91		87 104	1 400
6322 318.60 318.93 350.00 450.00	Amtliche Vermessung Kosten für laufende und periodische Nachführung Kosten für Operate im Rahmen der Revision der amtlichen Vermessung: Abschlussphase Aufwändungen für Vermessungsaufgaben durch eidg. Vermessungsdirektion Rückerstattungen des Bundes (AV)	130 1 000 90		130 500 90	130
6324 317.01 431.00	Grundstückschätzungen Spesenentschädigungen (Umbuchung aus Lohn- kosten) Erträge aus Grundpfand- und Verkehrswertschät- zungen: Erhöhung gemäss Kostendeckungsprinzip	13		65	120

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
6313 364.00 364.00	Verkehrsplanung Abgeltungen regionaler Personenverkehr (SBB-Brünig, LSE, Postauto Zentralschweiz) (Auswirkungen Entlastungspro- gramm 2004 des Bundes nicht berücksichtigt) <i>NFA - Wegfall Finanzkraftzuschläge</i>	- 25	10	15 2 860

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
6311 310.00 318.60	33 33	Raumplanung Die Mitwirkung zum Entwurf des Richtplans ist durchge- führt, die Vorprüfung beim Bund erfolgt Die Richtplankarte ist für das Internet aufbereitet	8 A 8 A	130 30	

6313		Verkehrsplanung			
318.60	39	Ein Park+Ride-Konzept ist in Verbindung mit dem Agglomerationsprogramm Luzern erstellt	10 A	25	
564.02	39	Infrastrukturausbauten LSE, eingeschlossen Steilrampe	10 A		1 314
564.11	39	Doppelspurausbau SBB Brünigbahn	10 A	502	
564.12	39	Sanierung von Bahnübergängen SBB Brünigbahn	10 A	193	
564.13	39	Haltestelle Ewil/Maxon SBB Brünigbahn	10 A	275	50
6321		Grundbuch Engelberg	A	-145	
301.00		Die Nachfolge Grundbuchverwalter ist geregelt; die Be- soldung des bisherigen Grundbuchverwalters entfällt			
6322	36	Amtliche Vermessung	8 A		
318.93		Realisierung AV93 gemäss Leistungsauftrag an Bund:		500	
450.00		- Gesamtaufwand Dritter AV93			130
(319.00)	36	Die Entwicklungen in AV sind weiterverfolgt, das Produkt AV93 auf aktuellem Stand gehalten	8 A	10	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausga- ben	Einnah- men
6311		Raumplanung				
310.00	33	Der kantonale Richtplan ist für den Erlass und die Ge- nehmigung im Kanton und durch den Bund bereit	8 A	2006	130	
318.60	33	Die Richtplankarte ist erstellt	8 A	2006	30	
310.00	33	Ein Controllingsystem zur Überprüfung der Wirksamkeit der Richtplanung ist aufgebaut	8, 9	2007	50	
318.60	33	Grundlagendaten für den Vollzug des RPG und das Controlling sind erstellt	8, 9	2007	30	
310.00	33	In Zusammenarbeit Gemeinden – Kanton im Bereich Erschliessungsaufgaben ist für die Raumb Beobachtung über Auswirkungen BaB ein System eingeführt	8, 9	2008	50	
318.60	33	Vorbereitung GIS für Raumb Beobachtung (insbesondere BaB)	8, 9	2008	30	
6313	39	Verkehrsplanung				
318.60		Der integrale Tarifverbund Passepar- tout ist eingeführt	10 A	2006	50	
564.02		Infrastrukturausbauten LSE (samt Steil- rampe)		2006	1 995	
564.11				2007	521	
564.13				2006	213	
				2007	213	
		Doppelspurausbauten SBB Brünigbahn		2006	267	50
				2007		50
				2008		50
564.12		Haltestelle Ewil/Maxon SBB Brünig- bahn		2008		-40
		NFA – Auswirkungen Investitionsbei- träge				

6322	36	Amtliche Vermessung Realisierung AV93 gemäss Leistungsauftrag an den Bund:	8 A	2006 2007 2006 2007 2008	240 200	50 20 -80
318.93		- Gesamtaufwand Dritter AV93				
450.00		- Rückerstattungen des Bundes AV93				
450.00		<i>NFA - Wegfall Finanzkraftzuschläge</i>				
6324		Grundstückschätzungen Das Schätzungssekretariat und die -kommission sind für die Revision der landwirtschaftlichen Schätzungen 2005 bis 2007 verstärkt:	A			
301.00		- Schätzungssekretariat 100%		2006 2007	100 100	
301.03		- Schätzungskommission 120% Schätzer		2006 2007	120 120	
		Das Schätzungssekretariat und die -kommission sind für die Revision der nichtlandwirtschaftlichen Schätzungen 2008 bis 2010 verstärkt:				
301.00		- Schätzungssekretariat 100%		2008	100	
301.03		- Schätzungskommission 120% Schätzer			120	

64 Amt für Umwelt und Energie

Leistungsauftrag

Das Amt für Umwelt und Energie koordiniert die kantonalen Umweltschutzaufgaben. Die Dienststelle Umwelt betreut die Fachgebiete Luftreinhaltung, Lärmschutz, Störfallvorsorge sowie Abfallbewirtschaftung und Tankanlagen. Die Dienststelle Gewässer und Fischerei bearbeitet die Fachbereiche Gewässerschutz, Bodenschutz, umweltgefährdende Stoffe, Umweltverträglichkeitsprüfung und Fischerei. Sie stellt die Fischerei-patente aus. Die Dienststelle Energie befasst sich mit den Aufgaben der Energiefachstelle, der Konzessionierung von Wasserkraftanlagen, dem Bergregal sowie der Wärmenutzung aus Wasser und Boden.

Gesetzliche Grundlagen

Gewässerschutzgesetzgebung (GDB 783.11 und 783.21)

Umweltschutzgesetzgebung (GDB 780.31 und 780.111)

Fischereigesetzgebung (GDB 651.2 und 651.21)

Wasserbaugesetzgebung, Bereich Energie (GDB 740.1 und 740.11)

Finanzen

in Fr. 1 000.–	R03	V04	V05	P06	P07	P08
Laufende Rechnung:						
Aufwand	4'404	5'255	5'460	5'444	5'467	5'421
Ertrag	4'827	5'828	5'862	5'868	5'872	5'969
Nettoertrag	423	573	402	424	405	548
davon Auswirkungen NFA						90
Investitionen:						
Ausgaben	700	530	300	700	700	700
Einnahmen	402	230		400	400	400
Nettoinvestitionen	298	300	300	300	300	300

Wesentliche Aussagen zur Entwicklung der Aufgaben und Finanzen

Schwerpunkte der laufenden Aufgabenerfüllung gemäss Leistungsauftrag des Amtes 2005

Kostenstelle/ Konto	Aufgaben – Schwerpunkte – Budgetbegründung	V04 in Fr. 1 000.– brutto		V05 in Fr. 1 000.– brutto	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
6401	Gewässer- und Umweltschutz				
318.61	Gewässerschutz: Verzicht auf Restwassersanierungskarte und ökomorphologische Erhebungen (GAP BUD-39); Neu siehe Projekte 2005	90		116	
318.62	Umweltschutz: Siehe Projekte 2005	21		57	
318.63	Luftreinhaltung: Verrechnung Vollkostenrechnung	122		197	
431.00	Gebühreneinnahmen: Erhöhung (GAP BUD-38/40)		40		100
450.00	Rückerstattungen des Bundes, u.a. Luftmessung (Fr. 80 000.–)		95		95
6403	Fischerei				
411.00	Patentgebühren (Erhöhung Eugenisee)		210		215
6405	Wasserkraft und Energie				

410.00	KW Lungernersee: Kantonsanteil Konzessionsgebühr		716		716
410.02	KW Sarneraa: Kantonsanteil Konzessionsgebühr		92		92
410.03	KW Obermatt: Kantonsanteil Konzessionsgebühr		623		623
410.04	KW Dallenwil: Kantonsanteil Konzessionsgebühr		153		153
473.03	KW Obwalden: Kantonsanteil Konzessionsgebühr		1 045		1 045
6420	Chemiewehr und Strahlenschutz				
351.00	Abgeltungszahlung an Nidwalden: Vertragsauflösung	23		60	
366.00	Ausbildung Chemiewehr und Strahlenschutz: Nachholbedarf	30		50	
451.00	Rückerstattung des Kantons Nidwalden: Vertragsauflösung		55		0
6460	Wärmeverbund Sarnen				
312.00	Energiekosten	392		419	
314.00	Betrieb und Unterhalt	82		90	
380.00	Einlage in Ausgleichsfonds	52		16	
395.30	Verrechnung Zinskosten	123		92	
396.00	Verrechnung Abschreibungen	69		100	
435.20	Stromverkauf		269		257
435.21	Wärmeverkauf (Leistung)		105		105
435.22	Wärmeverkauf (Arbeit)		362		379

Wesentliche voraussehbare Änderungen im Leistungsauftrag des Amtes 2006 bis 2008

Kostenstelle/ Konto	Neue/wegfallende Aufgaben > Fr. 50 000.– normal = beschlossen <i>kursiv = geplant</i>	Auswirkungen im Finanzplan in +/- Fr. 1 000.– gegenüber IAFP 2005 – 2007 (Veränderungen netto)		
		P06	P07	P08
6401.450.00	<i>NFA – Höherer Bundesbeitrag</i>			+90

V = Voranschlag P = Finanzplan

Projekte (Ziele, Massnahmen und Investitionen) 2005

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen V05 in Fr. 1 000.– brutto	
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Ausgaben	Einnahmen
6401 318.61	34	Die baulichen Massnahmen für das Schutzareal Diechtersmatt Sachseln sind erstellt	9	27	
	34	Die Grundlagenarbeiten für die Gewässerschutzbereichskarte sind abgeschlossen	9	35	
6401 318.62	34	40 % der Verdachtsflächen der Betriebsstandorte sind erfasst	9	35	
6420 351.00	34	Die Abgeltungszahlung für die Chemiewehr ist an Nidwalden ausbezahlt	9	60	
6405 318.70	37	Der Vollzug der kantonalen Energiegesetzgebung ist vorbereitet	9	0	

Nachführung geplante Projekte 2006 bis 2008 (Fortschreibung aller Projekte)

Kosten- stelle/ Konto	Projekte			Auswirkungen Finanzplan in Fr. 1 000.– brutto		
	Ziel Nr.	Ziele, Massnahmen und Investitionsvorhaben	Bezug Leit- idee Ge- wichtung	Jahr	Ausgaben	Einnahmen
6401 318.62	9	Der Verdachtsflächen-Risikokataster ist erstellt	9	2006	20	
	9	Die Abfallplanung ist aktualisiert	9	2007	40	
	9	Die Altlast-Standorte sind beurteilt	9	2007	20	
6401 318.63		Der Emissionskataster Luftreinhaltung ist neu erstellt	9	2006	30	

25 Nachgeführtes Gesetzgebungsprogramm 2005 bis 2008

Die Änderungen der Rahmenbedingungen bzw. die notwendige Schwerpunktbildung wirken sich auch auf die Gesetzgebung aus. Die Verschiebungen und Ergänzungen gegenüber dem bisherigen Gesetzgebungsprogramm 2004 bis 2007 wurden im nachgeführten Programm für die Jahre 2005 bis 2008 integriert:

Erlasse und interkantonale Vereinbarungen, welche dem Kantonsrat vorgelegt werden, nach departementaler Zuständigkeit	Vorgesehene Verabschiedung im Regierungsrat	Bezug zu Ziel Nr.
<u>1. Landammannamt/Staatskanzlei</u>		
Gesetz über den Kantonsrat (Kantonsratsgesetz)	2005	1
Geschäftsordnung des Kantonsrates	2005	1
<u>2. Finanzdepartement</u>		
Gesetz über die Obwaldner Kantonalbank (Gesamtrevision)	2005	7
Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz (Ausbau wirkungsorientierte Verwaltungsführung)	2005	6
Nachtrag zur Finanzhaushaltsverordnung (allenfalls Anpassung wirkungsorientierte Verwaltungsführung)	2005	6
Nachträge zum Steuergesetz und zur Vollziehungsverordnung:		
– Verbesserung der steuerlichen Attraktivität	2005	8
– Anpassungen an Bundesgesetze (Fusionsgesetz, Behindertengleichstellungsgesetz)	2005	8
<u>3. Sicherheits- und Gesundheitsdepartement</u>		
Nachtrag zum Bürgerrechtsgesetz	2005	26
Nachtrag zum Gerichtsorganisationsgesetz und zur Strafprozessordnung (Anpassung an Revision Strafgesetzbuch)	2005	–
Interkantonale Vereinbarung über ein Dienstleistungszentrum für Opferhilfe	2005	22
Interkantonale Vereinbarung über das gemeinsame Kantonsspital Obwalden und Nidwalden (mit Anpassung der Gesundheitsgesetzgebung)	2005	15
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Festlegung Prozentsatz der Prämienverbilligung)	2005	19
Nachtrag zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (allfällige Umsetzung Bundesmodell)	2006	–
Interkantonale Heimvereinbarung (Ablösung der bisherigen)	2005	–
Nachtrag zum Konkordat über die polizeiliche Zusam-	2006/2007	11

menarbeit in der Zentralschweiz (Kompetenzzentren, Pilotprojekt Polizei XXI)		
Nachtrag zum Gesetz über die Kantonspolizei (Anpassung an Bevölkerungsschutzgesetz und Polizei XXI)	2006	14
Nachtrag zur Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei (Anpassung an Bevölkerungsschutzgesetz und Polizei XXI)	2006	14
Nachtrag zur Verordnung über Berufe der Gesundheitspflege (Umsetzung des Personenfreizügigkeitsabkommens Schweiz – EU)	2007	20
Nachtrag zur Heilmittelverordnung (Anpassung an das Heilmittelgesetz des Bundes)	2006	20
Überarbeitung der Gesetzgebung über den Veterinärdienst (Tierseuchengesetzgebung, Lebensmittelgesetzgebung; Anpassung auf Grund der Regionalisierung des Veterinärdienstes)	2005	21
Nachtrag zum Jugendhilfegesetz und zur Jugendhilfverordnung (familienergänzende Betreuung)	2006	22
Nachtrag zum Gesetz betreffend die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Anpassung an Revision ZGB)	2007	22
Nachtrag zur Verordnung über die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen (Anpassung der Zuständigkeit)	2006	22
Nachtrag zum Sozialhilfegesetz (Regionale Amtsvormundschaft, Aufgabenteilung)	2007	22
<u>4. Volkswirtschaftsdepartement</u>		
Nachtrag zur Vollziehungsverordnung zum eidg. Asylgesetz (allfällige Anpassungen an das revidierte Asylgesetz)	2005	–
Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts	2005	–
Nachtrag zur Verordnung über die berufliche Vorsorge	2005	–
Nachtrag zum Gesetz über Familienzulagen	2005	22
Nachtrag zum Tourismusgesetz (Obligatorium der Tourismusförderungsabgabe in touristischen Schwerpunktgebieten)	2005	25
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz für Ausländerinnen und Ausländer (allfällige Anpassungen an das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer)	2005	26
Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2006	23
Interkantonale Vereinbarung zur Umsetzung des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2006	23
Nachtrag zum Landwirtschaftsgesetz	2007	24

5. Bildungs- und Kulturdepartement:

Neues Bildungsgesetz sowie Folgeerlasse zum Bildungsgesetz (Bildungsverordnung, Volksschulverordnung, Berufsbildungsverordnung, Kantonsschulverordnung, usw.)	2005 – 2006	28
Nachtrag zur Denkmalschutzverordnung (Umgebungsschutz)	2006	–
Nachtrag zur Kulturverordnung (Auswirkungen Kulturleitbild)	2005/2006	30

6. Bau- und Umweltdepartement

Verordnung zum eidgenössischen Gewässerschutzgesetz (Gesamtrevision)	2005	34
Verordnung zum Umweltschutzgesetz des Bundes (Ablösung der Ausführungsbestimmungen)	2005	34
Nachtrag zur Naturschutzverordnung (Anpassung an Bundesrecht, Schutz der Karsthöhlen)	2005	34
Nachtrag zum Schätzungs- und Grundpfandgesetz sowie zur Verordnung (Aufhebung Belastungsgrenzen)	2005	–
Nachtrag zur Verordnung über die Beurkundungs-, Grundbuch- und Schätzungsgebühren	2005	–
Energiegesetz	2005	37
Vereinbarung über die Einführung des integralen Tarifverbands in der Zentralschweiz	2005	39
Strassengesetz und Strassenverordnung	2006	38
Verordnung über den Vollzug des Bundesgesetzes über die Nationalstrassen	2006	38
Nachtrag zur Bereinigungsverordnung	2005	35
Kantonales Waldgesetz (Ablösung Forstverordnung)	2008	32

3 Staatsvoranschlag 2005

31 Erläuterungen zum Staatsvoranschlag

In den Staatsvoranschlag werden nach Massgabe von Art. 40 der Kantonsverfassung die gebundenen und die im finanziellen Zuständigkeitsbereich von Kantonsrat und Regierungsrat frei bestimmbaren Aufwendungen aufgenommen. Es sind auf Grund von Art. 32 der Finanzhaushaltsverordnung (FHV) vom 25. März 1988 auch Ausgaben und Einnahmen berücksichtigt, die sich aus vorgesehenen Gesetzesvorlagen und Kreditbeschlüssen ergeben. Nach Art. 32 Abs. 2 FHV bleiben diese Voranschlagskredite aber bis zur Bewilligung durch die zuständige Instanz gesperrt. Bei der Budgetierung der Erträge wird auf die bisherigen Einnahmen und ihre voraussichtliche Entwicklung abgestellt.

Als wichtige Beschlüsse und Annahmen liegen dem Voranschlag 2005 zu Grunde:

- Staatssteuerfuss laut Art. 2 Abs. 3 des Steuergesetzes vom 30. Oktober 1994 mit 2,95 Einheiten;
- Finanzierung des Ausbaus des Kantonsspitals durch die gemäss Gesetz am 17. Mai 1992 beschlossene befristete Sondersteuer in Form einer zweckgebundenen Staatssteuer von 0,2 Einheiten für Verzinsung und Abschreibung von 3,690 Millionen Franken;
- Finanzkraft von 30 Punkten beim Finanzausgleich sowie bei finanzkraftabhängigen Bundesbeiträgen;
- Globalkredit an die Betriebsrechnung des Kantonsspital Obwalden von 13,9 Millionen Franken sowie von 0,7 Millionen Franken an Investitionen;
- Lohnsummenentwicklung für die generelle sowie individuelle Lohnentwicklung von 1,4 Prozent;
- Verzicht auf budgetierte Leistungsprämien;
- Ausserordentliche Abschreibungen im Umfang der zusätzlichen Ausschüttung der Schweiz. Nationalbank aus der Bewirtschaftung der Goldreserven von 2,6 Millionen Franken;
- Einlage von 4,0 Millionen Franken in die Spezialfinanzierung zur Finanzierung von Steuerausfällen durch die 2005 geplante Steuergesetz-Revision;
- Auswirkungen der aus dem generellen Aufgabenüberprüfungs- und Entlastungsprogramm (GAP) resultierenden Einsparungen und Mehrerträge.

311 Personalpolitische Eckwerte

Der Regierungsrat hat sich das finanzpolitische Ziel gesetzt, dass die Gesamtlohnsumme von Behörden und Kommissionen sowie der Mitarbeitenden bis ins Jahr 2007 die 45 Millionen-Grenze nicht überschreiten darf. Unter Einhaltung dieses finanzpolitischen Zieles kann auf den 1. Januar 2005 dem Kantonsrat eine marktkonforme Lohnerhöhung beantragt werden: Die generelle Lohnerhöhung soll 0,4 Prozent und die individuelle, leistungsorientierte ein Prozent betragen. Leistungsprämien von 0,2 Prozent sollen im kommenden Jahr wieder ausbezahlt werden, sofern der Rechnungsabschluss 2004 eine entsprechende Rückstellung erlaubt. Mit diesen Vorgaben überschreitet man die festgelegte Gesamtlohnsumme nicht, welche sich bezüglich Personalkosten an der Rechnung 2002 orientiert.

Bewilligter Stellenplan

	Verwaltung	Schulen	insgesamt ohne Ge- richte	Gerichte
Voranschlag 1993	264.29	36.56	300.85	
Voranschlag 1994	265.29	43.19	308.48	
Voranschlag 1995	268.32	43.39	311.71	
Voranschlag 1996	273.42	43.39	316.81	
Voranschlag 1997	255.30	51.24	306.54	9.60
Voranschlag 1998	254.24	52.72	306.96	9.60
Voranschlag 1999	253.00	52.02	305.02	10.10
Voranschlag 2000 1)	251.97	62.19	314.16	10.10
Voranschlag 2001 2)	279.32	60.86	340.18	10.10
Voranschlag 2002	287.55	61.15	348.70	10.10
Voranschlag 2003 3)	272.85	61.99	334.84	10.60
Voranschlag 2004	274.29	65.80	340.09	10.60
<i>GAP-Abgänge:</i>	-4.86	0.00	-4.86	0.00
<i>Neue Stellen:</i>	4.00	3.78	7.78	0.00
Voranschlag 2005	273.43	69.58	343.01	10.60

1) Neuzuteilung der Landwirtschaftlichen Schulen

2) Die Zentralisierung der Steuerverwaltung bedingt eine Aufstockung um 21 Stellen

3) Reorganisation von 7 auf 5 Departemente und Ausgliederung Afl und StVA

32 Gesamtergebnis

in 1'000 Fr.:

	Voranschlag		Rechnung
	2005	2004	2003
Laufende Rechnung (LR):			
Aufwand	251'570	236'425	236'427
Ertrag	252'938	235'497	240'515
Ordentliches Ergebnis	1'368	-928	4'088
ausserordentlicher Ertrag	2'558 (1)	1'916 (2)	897
ausserordentlicher Aufwand	2'558 (3)	1'916 (3)	897
Aufwandüberschuss		-928	
Ertragsüberschuss	1'368		4'088
Investitionsrechnung (IR):			
Ausgaben	42'597	64'022	67'417
Einnahmen	32'070	50'935	57'383
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	10'527	13'087	10'034
Darlehen in Investitionsrechnung	328	1'473	784
Zunahme Nettoinvestitionen (effektiv)	10'199	11'614	9'250
Finanzierung:			
Zunahme der Nettoinvestitionen	10'199	11'614	9'250
Abzüglich Abschreibungen	15'298	14'290	12'776
Ergebniss Laufende Rechnung	1'368	-928	4'088
Finanzierungsergebnis (ohne Darlehen)	6'467	1'748	7'614
Selbstfinanzierungsgrad:	163.4%	115.1%	182.3%

- 1) Kantonsanteil an zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung von 400 Mio. Franken ("Goldvermögen")
- 2) Kantonsanteil an zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung von 300 Mio. Franken ("Goldvermögen")
- 3) Ausserordentliche Abschreibungen aus zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung

Die Laufende Rechnung sieht bei einem Gesamtaufwand von 251,6 Millionen Franken (ohne ausserordentlichen Aufwand) einen Ertragsüberschuss von rund 1,4 Millionen Franken vor. Der Gesamtaufwand liegt um 15,1 Millionen Franken über dem vorgesehenen Aufwand des Jahres 2004. Die Gründe für diese Steigerung werden anhand der nachfolgenden Artengliederung erklärt. In der Investitionsrechnung sind Gesamtausgaben von 42,6 Millionen Franken geplant. Durch die sachbezogenen Investitionseinnahmen von 32,1 Millionen Franken und die in der Investitionsrechnung verbuchten Darlehen führt dies zu effektiven Nettoinvestitionen von 10,2 Millionen Franken. Diese Nettoinvestitionen können durch die in der Laufenden Rechnung vorgesehenen ordentlichen und ausserordentlichen Abschreibungen von zusammen 15,3 Millionen Franken vollumfänglich finanziert werden. Das Finanzierungsergebnis weist für 2005 entsprechend einen Überschuss von 6,5 Millionen Franken auf und der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 163,4 Prozent.

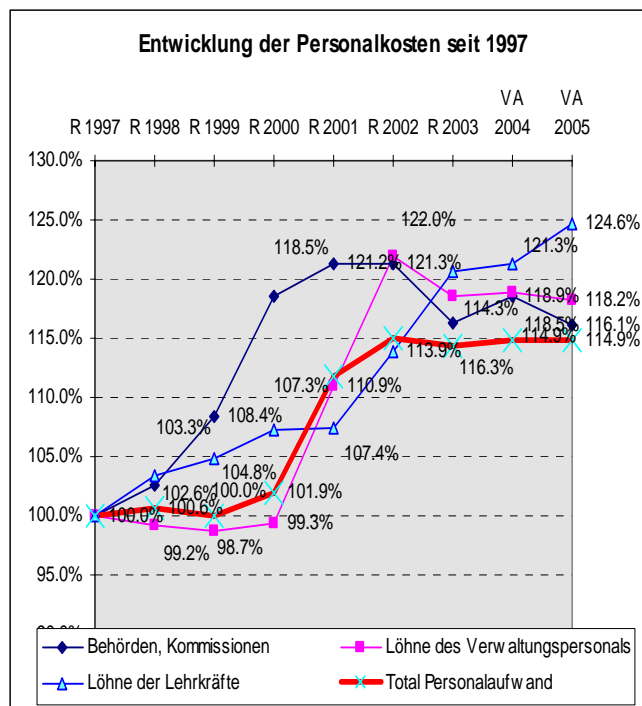
33 Laufende Rechnung

Artengliederung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung		Rechnung 2003
	2005	2004	gegenüber VA 04		
<i>Aufwand</i>			%		
30 Personalaufwand	44'991 ⁽⁴⁾	45'000	-9	0.0%	44'756
31 Sachaufwand	23'471 ⁽⁵⁾	19'283	4'188	21.7%	19'432
<i>Sachaufwand ohne baulicher Unterhalt/AV93</i>	17'037	15'846	1'191	7.5%	15'869
32 Passivzinsen	4'496 ⁽⁶⁾	4'800	-304	-6.3%	4'779
33 Abschreibungen	15'298 ⁽⁷⁾	14'290	1'008	7.1%	12'776
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	3'150 ⁽⁸⁾	2'464	686	27.8%	2'821
35 Entschädigung an Gemeinwesen	13'898 ⁽⁹⁾	12'385	1'513	12.2%	11'226
36 Eigene Beiträge	61'037 ⁽¹⁰⁾	60'001	1'036	1.7%	61'080
37 Durchlaufende Beiträge	50'744 ⁽¹¹⁾	50'150	594	1.2%	50'289
38 Einlagen in Spezialfinanzie- rungen und Stiftungen	4'124 ⁽¹²⁾	52	4'072	7830.8%	191
39 Interne Verrechnungen	32'919	30'687	2'232	7.3%	29'974
	254'128	239'112	15'016	6.3%	237'324
Total ohne baul. Unterhalt/AV93/33/37/38/39	144'609	140'496	4'113	2.9%	140'531
<i>Ertrag</i>			Veränderung		Rechnung
	Vorananschlag 2005	2004	gegenüber VA 04		2003
40 Steuern	69'045 ⁽¹³⁾	65'320	3'725	5.7%	69'458
41 Regalien u. Konzessionen	21'971 ⁽¹⁴⁾	21'208	763	3.6%	18'121
42 Vermögenserträge	8'362 ⁽¹⁵⁾	6'144	2'218	36.1%	8'000
43 Entgelte	18'076 ⁽¹⁶⁾	15'184	2'892	19.0%	16'260
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	27'973 ⁽¹⁷⁾	26'991	982	3.6%	27'304
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	1'154	1'192	-38	-3.2%	1'406
46 Beiträge für eigene Rechnung	24'969 ⁽¹⁸⁾	20'554	4'415	21.5%	19'752
47 Durchlaufende Beiträge	50'744 ⁽¹¹⁾	50'150	594	1.2%	50'289
48 Entnahme aus Spezialfinan- zierungen und Stiftungen	283	753	-470	-62.4%	847
49 Interne Verrechnungen	32'919	30'687	2'232	7.3%	29'974
	255'496	238'183	17'313	7.3%	241'411
Ergebnis	1'368	-929	-2'297	-247.3%	4'087

4) Personalaufwand

Der Personalaufwand entspricht dem Gesamtlohnaufwand von Mitarbeitenden, Gerichten, Behörden und Kommissionen. Er bleibt insgesamt mit 45 Millionen Franken nominell weiterhin auf der Höhe der Rechnung 2002. Einzelne erzielte Rationalisierungseffekte, Stellenumlagerungen und Einsparungen aus GAP ermöglichen für 2005 trotzdem eine generelle (0,4 Prozent) und leistungsbezogene (1,0 Prozent) Lohnsummenerhöhung von zusammen 1,4 Prozent oder 0,42 Millionen Franken. Ebenso werden innerhalb dieser Grenze die erweiterten Leistungsaufträge im Bereich der Schulen (Einführung der Berufsmaturität, Brückenangebote, zusätzliche Klassenzüge in der Berufsschule) und des Zivilschutz erfüllt. Diese zusätzlichen Leistungsaufträge der Berufsschule erklären auch die unterschiedliche Entwicklung der „Löhne der Lehrkräfte“ im 2005 gegenüber den übrigen Personal-Kategorien (Behörden/Verwaltungspersonal).



5) Sachaufwand

Der Sachaufwand erfährt gegenüber dem Voranschlag 2004 eine Steigerung von 4,2 Millionen (plus 21,7 Prozent). Der Hauptgrund dieser Steigerung ist auf den baulichen Strassenunterhalt der Nationalstrasse A8 zurückzuführen, der im Jahr 2005 um 3,5 Millionen Franken höher budgetiert ist als 2004. Der bauliche Strassenunterhalt wird über die sachbezogenen Bundesanteile (Beiträge für eigene Rechnung¹⁸) zu 97 Prozent finanziert. Demgegenüber wird für die Weiterführung der amtlichen Vermessung (AV 93) 0,5 Millionen Franken weniger anfallen. Unter Ausklammerung dieser beiden bedeutenden Bereiche steigt der Sachaufwand um 1,2 Millionen Franken. Dieser Zuwachs liegt unter anderem im erweiterten Leistungsauftrag in diversen Bereichen (wiederum Berufsmaturität und Brückenangebote aber auch zusätzlicher Nationalstrassentunnel und Kantonalisierung des Zivilschutzes).

6) Passivzinsen

Die guten Finanzierungsergebnisse der letzten Jahre ermöglichten die Rückzahlung von mittel- und langfristigen Schuldscheindarlehen. Ebenso zu den um 0,3 Millionen Franken (minus 6,3 Prozent) tieferen Passivzinsen führen die anhaltend tiefen Zinssätze bei der Refinanzierung von fälligen Darlehen.

7) Abschreibungen

Für 2005 ergeben sich ordentliche Abschreibungen von 12,7 Millionen Franken. Es ist zudem vorgesehen, die zusätzliche Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank aus der Bewirtschaftung der Goldreserven für zusätzliche Abschreibungen zu verwenden. Der Betrag dieser Ausschüttung beläuft sich 2005 gesamtschweizerisch auf nun mehr 400 Millionen Franken (2004: 300 Millionen Franken), wovon der Anteil des Kantons Obwalden 2,6 Millionen Franken (siehe auch¹⁴) Regalien und Konzessionen) beträgt.

8) Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung

Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten vorwiegend den innerkantonalen Finanzausgleich an die Gemeinden sowie den Anteil der Gemeinden am Reingewinn des Elektrizitätswerkes Obwalden. Auf Grund der erwarteten höheren Ausschüttung des Elektrizitätswerkes wird der Anteil der Gemeinden um 0,5 Millionen Franken zunehmen (siehe auch¹⁵) Vermögenserträge).

9) Entschädigungen an Gemeinwesen

Die Entschädigungen an Gemeinwesen umfassen hauptsächlich Abgeltungen an ausserkantonale Schulen (Hoch-, Fach- und Berufsschulen). Die mit 1,5 Millionen Franken höhere Abgeltung ist sowohl auf Grund der zunehmenden Studentenzahlen als auch der gestiegenen Schulbeiträge begründet.

¹⁰⁾ Eigene Beiträge

Die Eigenen Beiträge sind mit Ausgaben von 61 Millionen Franken der umfangreichste Bereich der Laufenden Rechnung. Die Beiträge beinhalten unter anderem die Leistungen an die eigenen Anstalten (Spital sowie Informatikleistungszentrum). Während die Informatikausgaben im Rahmen des Voranschlages 2004 budgetiert sind, konnte der Globalkredit an das Kantonsspital mit 13,9 Millionen Franken um 1,6 Millionen Franken unter dem Globalkredit des Jahres 2004 gehalten werden. Ebenfalls unter die Eigenen Beiträge fallen die Kantonsbeiträge an die AHV/IV von 4,4 Millionen Franken und die Ergänzungsleistungen AHV/IV von mittlerweile 11,0 Millionen Franken (plus 0,7 Mio. Fr.). Wie bei den Entschädigungen an Gemeinwesen sind bei den Eigenen Beiträge aber Zahlungen an ausserkantonale Institutionen (Spitäler und Heime) mit einer Kostensteigerung von zusammen 2,3 Millionen Franken (bei Gesamtausgaben nunmehr 9,1 Mio. Fr.) für das Ausgabenwachstum massgebend.

¹¹⁾ Durchlaufende Beiträge

Nach den Eigenen Beiträgen sind die Durchlaufenden Beiträge mit über 50 Millionen Franken ein weiterer grosser Bereich. Die umfangreichsten Transferzahlungen in dieser Kategorie betreffen die Direktzahlungen in der Landwirtschaft von 27,4 Millionen Franken (plus 0,3 Mio. Fr.) sowie die Bundesbeiträge an die Prämienverbilligung von 15,9 Millionen Franken (plus 1,5 Mio. Fr.).

¹²⁾ Einlagen in Spezialfinanzierungen

Mit der vorgesehenen Einlage von 4,0 Millionen Franken soll ein Teil der erwarteten Steuerausfälle aus der Umsetzung der Steuerstrategie der Jahre 2006 und 2007 aufgefangen werden. Ein Teil dieser Einlage wird aus den zusätzlichen Gewinnausschüttungen der Obwaldner Kantonalbank und des Elektrizitätswerkes Obwalden finanziert (siehe auch ¹⁵⁾ Vermögenserträge).

¹³⁾ Steuern

2003 führte der Wechsel zur einjährigen Gegenwartsbesteuerung zu einer ausserordentlichen Zunahme des Steuerertrages. Dieser Effekt fällt nun einerseits weg und andererseits muss auf Grund der Konjunkturlage mit leicht tieferen Erträgen bei den Juristischen Personen gerechnet werden. Auf Grund der vorliegenden Hochrechnungen für 2004 werden die normalen Einkommens- und Vermögenssteuern über den veranschlagten Werten für 2004 liegen, sodass gegenüber dem Voranschlag 2004 trotzdem mit einem um 3,7 Millionen Franken höheren Ertrag gerechnet werden kann.

¹⁴⁾ Regalien und Konzessionen

Der Hauptanteil bei den Regalien betrifft die Gewinnausschüttung der Schweiz. Nationalbank an Bund und Kantone. Gemäss der Vereinbarung des Eidg. Finanzdepartementes mit der Nationalbank beträgt die ordentliche Gewinnausschüttung 2004 wie auch 2005 2,5 Milliarden Franken, wovon der Kantonsanteil 15,9 Millionen Franken beträgt. Die zusätzliche Gewinnausschüttung aus den Erträgen der nicht mehr benötigten Goldreserven wird 2005 gegenüber 2004 um 100 auf 400 Millionen Franken erhöht. Der Kantonsanteil davon beträgt nunmehr 2,6 Millionen Franken (plus 0,6 Mio. Fr.). Dieser zusätzliche Anteil wird als ausserordentliche Abschreibung verbucht und dient zur Verminderung der Schulden (siehe auch ⁷⁾ Abschreibungen).

¹⁵⁾ Vermögenserträge

Die wichtigsten Einnahmen unter den Vermögenserträgen stammen aus den Reingewinnablieferungen und Verzinsungen der Dotationskapitalien der Obwaldner Kantonalbank (OKB) sowie des Elektrizitätswerkes Obwalden (EWO). Die Verzinsung der Dotationskapitalien hält sich mit 1,1 Millionen Franken im Rahmen des Vorjahres. Sowohl bei den Gewinnablieferungen der OKB als auch des EWO wird eine um je eine Million Franken höhere Ausschüttung erwartet. Diese Erhöhung soll vollumfänglich zur Finanzierung der von der Regierung angestrebten Steuerstrategie eingesetzt werden (siehe auch ¹²⁾ Einlagen in Spezialfinanzierungen).

¹⁶⁾ Entgelte

Die um 2,9 Millionen Franken höheren Entgelte liegen unter anderem in der Neukonzeption der Gebühren für die Bootsplätze (plus 0,9 Mio. Fr.) begründet. Ebenfalls ins Gewicht fallen die aus den fest installierten Radarkästen erwarteten zusätzlichen Busseinnahme (plus 0,4 Mio. Fr.).

¹⁷⁾ *Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung*

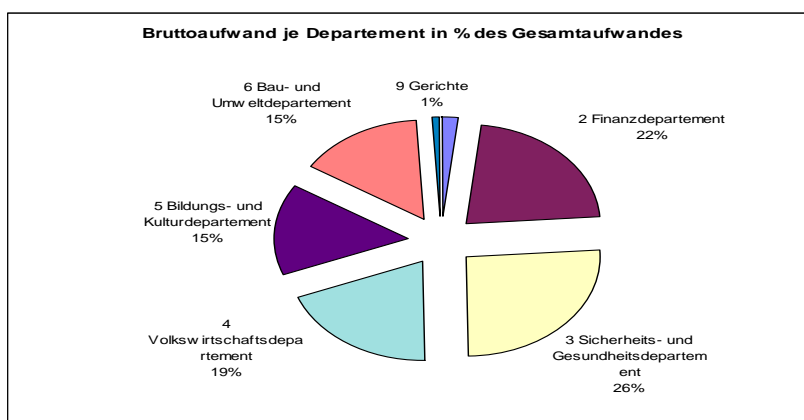
Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung beinhalten hauptsächlich den Kantonsanteil von 17 Prozent an den im Kanton bezogenen direkten Bundessteuern (4,4 Mio. Fr.), dem Finanzausgleich aus der direkten Bundessteuer (20,2 Mio. Franken) sowie dem Kantonsanteil an der eidgenössischen Verrechnungssteuer (3,1 Mio. Franken). Nachdem für den Kanton Obwalden sowohl für 2004 als auch für 2005 die gleiche Finanzkraft (30 Punkte) gilt, ist die Zunahme gegenüber dem Voranschlag 2004 bei den Anteilen und Beiträgen ohne Zweckbindung vollumfänglich auf höhere Bundeseinnahmen bei der direkten Bundessteuer und dem daraus resultierenden Finanzausgleichs-Anteil des Kantons zurückzuführen.

¹⁸⁾ *Beiträge für eigene Rechnung*

Wichtige Beiträge für eigene Rechnung sind mit 5,2 Millionen Franken (Vorjahr 5,0 Mio. Fr.) die Anteile aus der Mineralölsteuer und der von 0,9 auf 1,8 Millionen Franken gestiegene Beitrag aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA). Als Beiträge fallen weiter die Bundesbeiträge an die Ergänzungsleistungen mit 3,7 Millionen Franken (3,6 Mio. Fr.), die Beiträge an die Gesundheits- und Unterstützungskosten der Asylsuchenden mit 2,8 Millionen Franken (3,0 Mio. Franken) sowie die Beiträge an den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Nationalstrasse mit 7,7 Millionen Franken (4,2 Mio. Franken) ins Gewicht (siehe diesbezüglich Aussagen zu Sachaufwand ⁵⁾).

Institutionale Gliederung

in 1'000 Fr.	Bruttoaufwand		Nettoaufwand		Abweichung Nettoaufwand		Nettoaufw. Rechnung 2003
	VA 2005	VA 2004	VA 2005	VA 2004	Fr.	%	
<u>Laufende Rechnung</u>	<u>254'128</u>	<u>238'341</u>	<u>-1'368</u>	<u>927</u>	<u>-2'295</u>	<u>-247.6%</u>	<u>-4'089</u>
1 Räte / Staatskanzlei	5'140	5'102	3'845	3'991	-146	-3.7%	3'832
2 Finanzdepartement	55'881	48'825	-86'610	-84'340	-2'270	2.7%	-89'342
3 Sicherheits- und Gesundheitsdepartement	65'387	62'333	29'567	29'810	-243	-0.8%	30'832
4 Volkswirtschaftsdepartement	48'485	48'431	16'006	15'958	48	0.3%	14'956
5 Bildungs- und Kulturdepartement	38'535	36'494	30'112	29'076	1'036	-3.6%	28'613
6 Bau- und Umweltdepartement	38'667	35'093	4'068	4'781	-713	-14.9%	5'429
9 Gerichte	2'033	2'063	1'644	1'651	-7	-0.4%	1'591



Bei den Abweichungen des Nettoaufwandes fallen mit grösseren Abweichungen vor allem das Finanzdepartement, das Bildungs- und Kulturdepartement sowie das Bau- und Umweltdepartement auf.

Der um 2,3 Millionen Franken gestiegene Nettoertrag des Finanzdepartementes ist das Ergebnis auf der einen Seite auf die höheren Erträge (Steuern, Vermögenserträge und Anteile ohne Zweckbindung) und auf der anderen Seite der vorgesehenen Einlage von 4,0 Millionen Franken in die Spezialfinanzierung zurückzuführen (siehe Erklärung unter Artengliederung bei ¹²⁾ Einlagen in Spezialfinanzierungen).

Beim Bildungs- und Kulturdepartement sind namentlich die um 1,5 Millionen Franken höheren Beiträge an ausserkantonale Schulen für die Steigerung massgebend (siehe Erklärung unter Artengliederung ⁹⁾ Entschädigungen an Gemeinwesen).

Der um 0,7 Millionen Franken tiefere Nettoaufwand des Bau- und Umweltdepartementes beruht auf verschiedensten Entwicklungen (Anteil aus gebundenen Einnahmen, z.B. LSVA, höhere Erträge aus Abgaben usw.)

34 Investitionsrechnung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung		Rechnung 2003
	2005	2004	gegenüber VA 04 Fr.	%	
<i>Ausgaben</i>					
50 Sachgüter	23'283 ⁽¹⁹⁾	41'163	-17'880	-43.4%	46'400
52 Darlehen und Beteiligungen	1'178 ⁽²⁰⁾	2'160	-982	-45.5%	1'499
56 Eigene Beiträge	5'686 ⁽²¹⁾	7'001	-1'315	-18.8%	6'295
57 Durchlaufende Beiträge	12'450 ⁽²²⁾	13'738	-1'288	-9.4%	13'223
Bruttoaufwand	42'597	64'062	-21'465	-33.5%	67'417
<i>Einnahmen</i>					
60 Mobilien, Maschinen					
62 Rückzahlung Darlehen Beteiligungen	850	687	163	23.7%	715
63 Rückerstattungen für Sachgüter	55	58	-3	-5.2%	194
64 Rückzahlung von eigenen Beiträgen					
66 Beiträge für eigene Rechnung	18'715 ⁽²³⁾	36'452	-17'737	-48.7%	43'251
67 Durchlaufende Beiträge	12'450 ⁽²²⁾	13'738	-1'288	-9.4%	13'223
Ertrag	32'070	50'935	-18'865	-37.0%	57'383
Nettoinvestitionen	10'527	13'127	-2'600	-19.8%	10'034
52/62 Rückzahlbare Darlehen	-328	-1'473	1'145	-77.7%	-784
Nettoinvestitionen ohne Darlehen	10'199	11'654	-1'455	-12.5%	9'250

¹⁹⁾ Sachgüter

Bei den Sachgütern sind mit 19,2 Millionen Franken die Baukosten der Nationalstrasse der bedeutendste Bereich (Tiefbauten insgesamt 20,3 Mio. Franken). Im Vergleich zum Voranschlag 2004 wird dabei im Tiefbaubereich mit einem Rückgang von 18,3 Millionen Franken gerechnet. Ausschlaggebend für diesen Rückgang ist einerseits die Fertigstellung des Tunnels „Umfahrung Giswil“ im 2004 und andererseits die Entwicklung der übrigen Teilstücke gemäss dem Bauprogramm des Bundes. Für Hochbauten sind insgesamt 0,8 Millionen Franken (1,4 Mio. Fr.) und für Anschaffungen von Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge 2,2 Millionen Franken (1,1 Mio. Fr.) vorgesehen.

²⁰⁾ Darlehen und Beteiligungen

Mit 0,9 Millionen Franken fallen die meisten Darlehen bei der Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) an.

²¹⁾ Eigene Beiträge

Bei den Eigenen Beiträgen fallen u.a. die Kantonsbeiträge an den Wasserbau und an die Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren mit je 1,0 Millionen Franken (je minus 0,1 Mio. Fr.) sowie an den öffentlichen Verkehr mit 2,2 Millionen Franken (minus 1,2 Mio. Fr.) ins Gewicht.

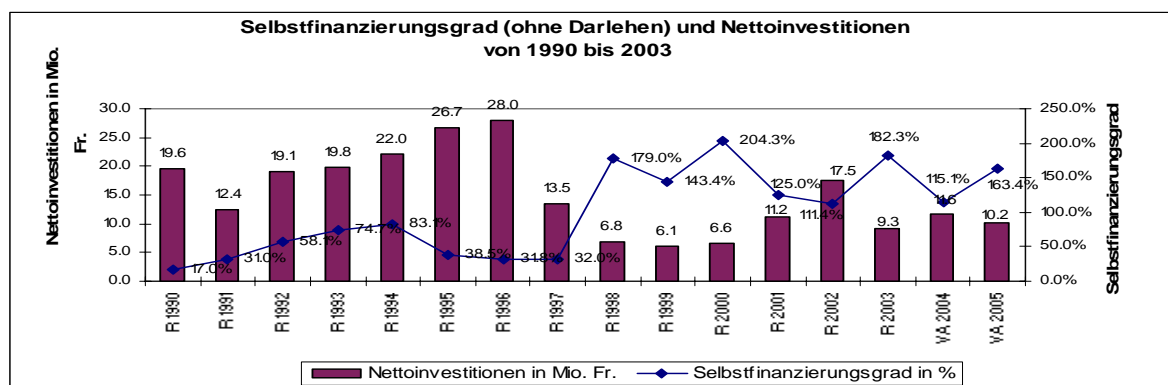
22) Durchlaufende Beiträge

Als Folge der reduzierten eigenen Beiträge fallen auch die Durchlaufenden Beiträge tiefer aus. Die höchsten Beträge sind mit 6,3 Millionen Franken bei den Verbauungen und Anlagen zur Sicherung von Naturgefahren sowie mit 4,2 Millionen Franken bei den Fließgewässern vorgesehen.

23) Beiträge für eigene Rechnung

Als Beiträge für eigene Rechnung können 2005 Bundesbeiträge von 18,6 Millionen Franken an den Bau der Nationalstrasse sowie von 0,1 Millionen Franken an die auszuführenden Lärmschutzmassnahmen vereinnahmt werden.

35 Kennzahlen

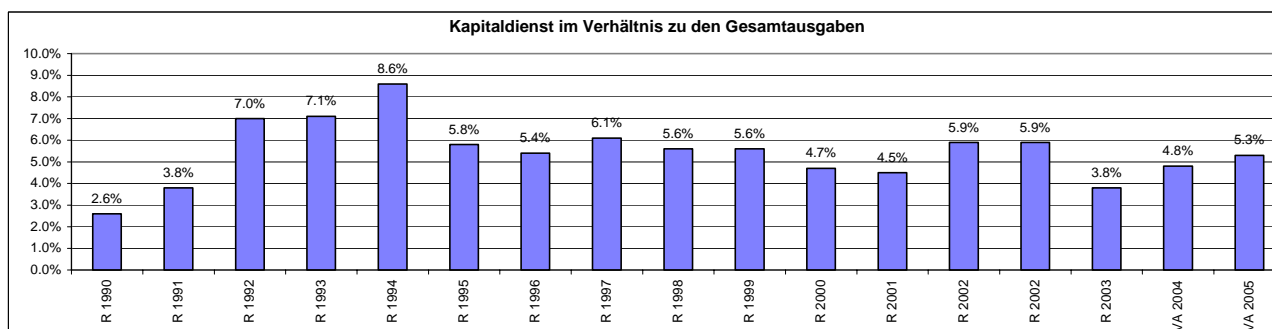


Selbstfinanzierungsgrad

Das vom Regierungsrat definierte Ziel einer vollständigen Finanzierung der Investitionen wird mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 163,4 Prozent auch 2005 erreicht. Die Nettoinvestitionen bleiben mit 10,2 Millionen Franken auf der Höhe der Vorjahre.

Kapitaldienstanteil

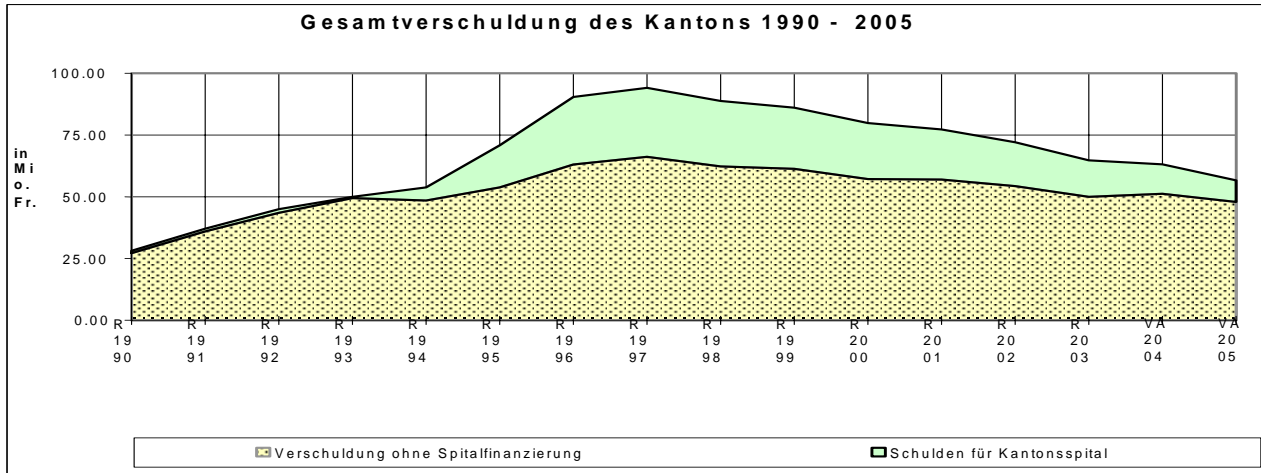
Der Kapitaldienst (Abschreibungen plus Nettozinsen) von 14,0 Millionen Franken (Vorjahr: 12,9 Mio. Fr.) im Verhältnis zum Gesamtaufwand (ohne interne Verrechnungen) von 263,8 Millionen Franken (271,7 Mio. Fr.) ergibt den Kapitaldienstanteil. Diese Kennzahl zeigt mit 5,3 Prozent (Vorjahr 4,8 %) wieder eine leichte Verschlechterung auf. Diese ist sowohl auf die höheren Abschreibungen als auch auf den insgesamt tieferen Gesamtaufwand - insbesondere rückläufige Bruttoinvestitionen - zurückzuführen.



Kapitaldienstanteil (im Verhältnis zu den Gesamtausgaben)	R 1990	R 1991	R 1992	R 1993	R 1994	R 1995	R 1996	R 1997	R 1998	R 1999	R 2000	R 2001	R 2002	R 2002	R 2003	VA 2004	VA 2005
ordentl. Abschreibungen	3'544	4'066	11'140	14'821	18'003	10'142	10'237	10'746	11'577	11'250	11'241	12'405	18'071	18'071	12'776	14'290	15'298
+ Nettozinsen	670	2'430	2'466	2'150	3'058	3'357	3'700	3'745	908	667	432	-417	-1'232	-1'232	-2'342	-1'344	-1'346
= Kapitaldienst	4'214	6'496	13'606	16'971	21'061	13'499	13'937	14'491	12'485	11'917	11'673	11'988	16'839	16'839	10'434	12'946	13'952
Total Aufwand LR	115'074	123'067	136'772	161'506	172'215	169'110	192'667	201'455	198'988	200'639	223'156	227'384	238'909	238'909	240'024	238'341	254'128
Total Aufwand IR	51'793	53'885	65'255	93'064	89'285	82'308	82'694	56'450	44'008	35'176	48'391	60'808	77'090	77'090	67'417	64'022	42'597
abz. interne Verrechnungen	5'211	6'450	8'219	14'379	16'531	17'847	18'793	19'172	21'235	21'194	22'627	23'692	29'473	29'473	29'974	30'687	32'919
Total Aufwand ohne Verrechnungen	161'656	170'502	193'807	240'191	244'969	233'571	256'567	238'733	221'761	214'621	248'920	264'500	286'526	286'526	277'467	271'676	263'806
Kapitaldienst in %	2.6%	3.8%	7.0%	7.1%	8.6%	5.8%	5.4%	6.1%	5.6%	5.6%	4.7%	4.5%	5.9%	5.9%	3.8%	4.8%	5.3%

Nettoschuld

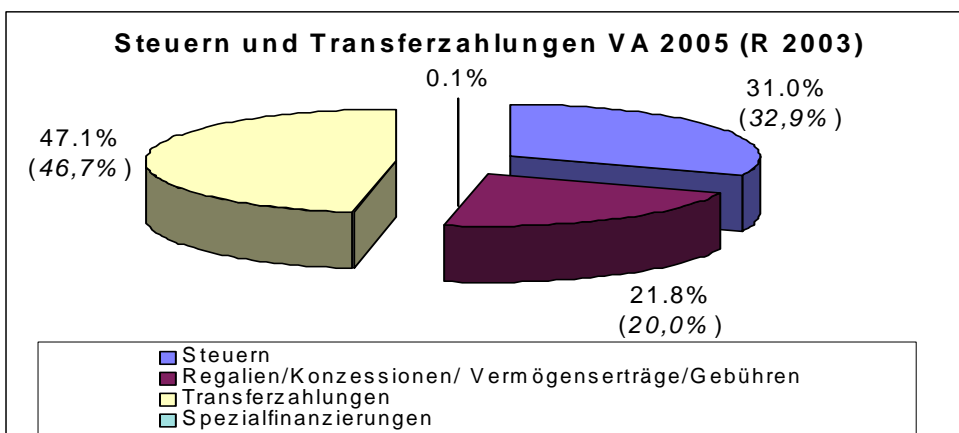
Die Verschuldung geht dank des guten Selbstfinanzierungsgrades gesamthaft gesehen um 6,5 Millionen Franken auf 56,6 Millionen Franken zurück. Die Restschuld für den Kantonsspital-Neubau vermindert sich durch die Sonderfinanzierung über die zusätzlichen 0,2 Steuereinheiten ebenfalls kontinuierlich.



in Mio. Fr.	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	R 2003	VA 2004	VA 2005
Schuld ohne Spital	27.2	36.0	43.5	49.5	48.5	53.8	63.0	66.2	62.2	61.3	57.1	56.9	54.3	50.0	51.2	47.9
Restschuld Spital	1.0	1.1	1.5	0.5	5.3	17.0	27.4	27.9	26.5	24.8	22.7	20.4	17.7	14.8	11.9	8.7
Totalverschuldung	28.1	37.1	45.0	50.0	53.8	70.8	90.4	94.1	88.7	86.0	79.9	77.3	72.0	64.8	63.1	56.6
Totalverschuldung pro Kopf/Fr.	950	1'220	1'450	1'610	1'710	2'230	2'840	2'930	2'750	2'650	2'440	2'340	2'160	1'930	1'870	1'670

Einnahmenanteile des Kantons

Infolge der 2005 erwarteten höheren Einnahmen aus Vermögenserträgen/Entgelte wird sich der Anteil der Kantonssteuern am Gesamtertrag der Laufenden Rechnung wieder leicht auf 31,0 Prozent zurückbilden.



4. Beschlüsse des Kantonsrates zum Staatsvoranschlag 2005 und verabschiedetes Ergebnis

Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 2./3. Dezember 2004 von der Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2005 bis 2008 Kenntnis genommen und den Staatsvoranschlag 2005 mit nachstehenden Änderungen verabschiedet:

1. Auswirkungen auf Grund der Umsetzung der erheblich erklärten dringlichen Postulate zum GAP-Programm auf Voranschlag 2005

Laufende Rechnung			Entwurf Voranschlag 2005 Fr.	Bereinigter Betrag Voranschlag 2005 Fr.	Differenz (- Verschlechterung + Verbesserung) Fr.
Projekt-Nr.					
STK-06 Geschäftsbericht	1420	Sekretariat Regierungsrat			
	310.00	Bürobedarf, Drucksachen	43'300.00	37'300.00	6'000.00
	2400	Finanzverwaltung			
	310.00	Bürobedarf, Drucksachen	24'500.00	18'500.00	6'000.00
STK-12 Publ. Verwaltungs- entscheide	1600	Rechtsdienst			
	310.00	Bürobedarf, Drucksachen	16'400.00	22'400.00	-6'000.00
SGD-21	3400	Amtsleitung Gesundheitsamt			
	301.00	Personal: Besoldungen	348'200.00	352'200.00	-4'000.00
VD-11 Ausländerintegr.	4200	Amtsleitung Amt für Arbeit			
	318.60	Arbeiten durch Dritte	32'000.00	47'000.00	-15'000.00
	4200	Amtsleitung Amt für Arbeit			
	301.00	Personal: Besoldungen	185'000.00	194'000.00	-9'000.00
	4210	Abteilung Migration			
	301.00	Personal: Besoldungen	302'100.00	310'600.00	-8'500.00
VD-19 Schlachtviehbeitrag	4322	Viehwirtschaft			
	365.21	Kantonsbeitrag Schlachtvieh	65'000.00	50'000.00	15'000.00
BKD-05 Beratung ppB	5300	Amtsleitung Volks- u. MS			
	318.60	Arbeiten durch Dritte	22'000.00	47'000.00	-25'000.00
BKD-11 Hauswirtschaft	5350	Kantonsschule			
	302.00	Lehrpersonal: Besoldungen	4'185'900.00	4'210'900.00	-25'000.00
	313.30	Lebensmittel, Verbrauchsmaterialien	14'000.00	19'000.00	-5'000.00
	303.00	Sozialversicherungsbeiträge	377'700.00	379'800.00	-2'100.00
	304.00	Personalversicherungsbeiträge	359'100.00	361'100.00	-2'000.00
BKD-20 Denkmalpflege	305.00	Kranken- und Unfallversicherungsprämien	31'800.00	32'000.00	-200.00
	5510	Kultur- und Denkmalpflege			
	365.20	Beiträge Restaurationen	235'000.00	352'500.00	-117'500.00
BUD-04 Entleeren Schlammsammler	6120	Betriebl. Strassenunterhalt			
	318.80	Gebühren an Dritte: Entsorgung	80'000.00	76'000.00	4'000.00
BUD-33	314.24	Leistungen durch Dritte	260'000.00	253'000.00	7'000.00
	6140	Hochbauten			
	434.10	Benützungsg Gebühr Seeflächen	900'000.00	23'000.00	-877'000.00
BUD-44 Energiefachstelle	6405	Wasserkraft/Energie			
	366.00	Beiträge Energieberatung	8'000.00	0.00	8'000.00
Auswirkungen auf Grund der Umsetzung der erheblich erklärten dringlichen Postulate zum GAP-Programm auf Laufende Rechnung					-1'050'300.00

2. Zusätzliche Ergänzungen zum Voranschlag 2005 gemäss Antrag Regierungsrat

Laufende Rechnung			Entwurf Voranschlag 2005 Fr.	Bereinigter Betrag Voranschlag 2005 Fr.	Differenz (- Verschlechterung + Verbesserung) Fr.
Projekt-Nr.					
Gemeindebeiträge	3300	Zivilschutz			
Zivilschutz	439.00	Verschiedene Einnahmen	450'000.00	250'000.00	-200'000.00
Prämienvverbilligung; Anpassung des VA an Botschaft	3409	Prämienvverbilligung			
	376.00	Weiterleitung der Beiträge an private Haushalte	15'898'200.00	16'209'500.00	-311'300.00
	470.00	Bundesbeiträge zur Weiterleitung	15'898'200.00	16'209'500.00	311'300.00
Ökologische	6202	Walderhaltung	0.00	50'000.00	-50'000.00
Ersatzleistungen;	465.00	Ersatzleistungen für Rodungen	0.00	50'000.00	50'000.00
Bildungsgesetz	5000	Departementssekretariat			
	301.05	Aushilfspersonal: Löhne	0.00	23'000.00	-23'000.00
Schulgeldbeiträge	5013	Höhere Schulen			
	351.10	Schulen: Entschädigung an Kantone	8'902'300.00	8'702'300.00	200'000.00
Überführung	6321	Grundbuch	87'000.00	257'000.00	-170'000.00
Grundbuchdaten	439.00	Verschiedene Einnahmen	5'000.00	175'000.00	170'000.00
Total Auswirkungen Ergänzungen gemäss Antrag Regierungsrat auf Laufende Rechnung					-23'000.00

3. Zusätzliche Ergänzungen zum Voranschlag 2005 gemäss Detailberatung Kantonsrat

Laufende Rechnung			Entwurf Voranschlag 2005 Fr.	Bereinigter Betrag Voranschlag 2005 Fr.	Differenz (- Verschlechterung + Verbesserung) Fr.
Projekt-Nr.					
Kürzung der Lohnsummen- entwicklung von 1,4% auf 1,0%	2200	Personalamt			
	301.80	Verwaltung	331'900.00	237'100.00	94'800.00
	302.80	Lehrpersonen	87'800.00	62'700.00	25'100.00
	303.80	Sozialversicherungsbeiträge	30'300.00	21'600.00	8'700.00
	304.80	Personalversicherungsbeiträge	28'600.00	20'400.00	8'200.00
	304.80	Kranken- und UV-Beiträge	2'700.00	1'900.00	800.00
Familienleitbild	3500	Sozialamt			
	318.60	Arbeiten durch Dritte	45'000.00	95'000.00	-50'000.00
Erhöhung Investi- tionspauschale	3420	Kantonsspital			
	506.00	Investitionspauschale	700'000.00	1'000'000.00	-300'000.00
Auswirkungen zusätzliche Änderungen gemäss Detailberatung Kantonsrat auf Laufende Rechnung					87'600.00
Auswirkungen zusätzliche Änderungen gemäss Detailberatung Kantonsrat auf Investitionsrechnung					-300'000.00

Aus den beschlossenen Änderungen zum Voranschlag 2005 ergibt sich folgendes Schlussergebnis

Verwaltungsrechnung

in 1'000 Fr.:

	Voranschlag		Rechnung
	2005	2004	2003
Laufende Rechnung (LR):			
Aufwand	252'010	236'425	236'427
Ertrag	252'392	235'497	240'515
Ordentliches Ergebnis	382	-928	4'088
ausserordentlicher Ertrag	2'558 (1)	1'916 (2)	897 (4)
ausserordentlicher Aufwand	2'558 (3)	1'916 (3)	897 (5)
Aufwandüberschuss		-928	
Ertragsüberschuss	382		4'088
Investitionsrechnung (IR):			
Ausgaben	42'897	64'022	67'417
Einnahmen	32'070	50'935	57'383
Nettoinvestitionen (samt Darlehen)	10'827	13'087	10'034
Darlehen in Investitionsrechnung	328	1'473	784
Zunahme Nettoinvestitionen (effektiv)	10'499	11'614	9'250
Finanzierung:			
Zunahme der Nettoinvestitionen	10'499	11'614	9'250
Abzüglich Abschreibungen	15'298	14'290	12'776
Ergebnis Laufende Rechnung	382	-928	4'088
Finanzierungsergebnis (ohne Darlehen)	5'181	1'748	7'614
Selbstfinanzierungsgrad:	149.3%	115.1%	182.3%

- 1) Kantonsanteil an zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung von 400 Mio. Franken ("Goldvermögen")
- 2) Kantonsanteil an zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung von 300 Mio. Franken ("Goldvermögen")
- 3) Ausserordentliche Abschreibungen aus zusätzlicher Nationalbankgewinnausschüttung
- 4) Realisierter Kursgewinn aus Verkauf CKW-Aktien 0,7 Mio. Fr.
a.o. Ertragsausschüttung Schweiz. Rheinsalinen 0,2 Mio. Fr.
- 5) Ausserordentliche Abschreibungen aus a.o. Ertrag

Artengliederung

in 1'000 Fr.	Voranschlag		Veränderung		Rechnung 2003
	2005	2004	gegenüber VA 04		
<i>Aufwand</i>				%	
30 Personalaufwand	44'927 ⁽⁴⁾	45'000	-73	-0.2%	44'756
31 Sachaufwand	23'719 ⁽⁵⁾	19'283	4'436	23.0%	19'432
<i>Sachaufwand ohne baulicher Unterhalt/AV93</i>	17'285	15'846	1'439	9.1%	15'869
32 Passivzinsen	4'496 ⁽⁶⁾	4'800	-304	-6.3%	4'779
33 Abschreibungen	15'298 ⁽⁷⁾	14'290	1'008	7.1%	12'776
34 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	3'150 ⁽⁸⁾	2'464	686	27.8%	2'821
35 Entschädigung an Gemeinwesen	13'698 ⁽⁹⁾	12'385	1'313	10.6%	11'226
36 Eigene Beiträge	61'132 ⁽¹⁰⁾	60'001	1'131	1.9%	61'080
37 Durchlaufende Beiträge	51'055 ⁽¹¹⁾	50'150	905	1.8%	50'289
38 Einlagen in Spezialfinanzie- rungen und Stiftungen	4'174 ⁽¹²⁾	52	4'122	7926.9%	191
39 Interne Verrechnungen	32'919	30'687	2'232	7.3%	29'974
	254'568	239'112	15'456	6.5%	237'324
Total ohne baul. Unterhalt/AV93/33/37/38/39	144'688	140'496	4'192	3.0%	140'531
<i>Ertrag</i>					
	Vorananschlag		Veränderung		Rechnung
	2005	2004	gegenüber VA 04		2003
40 Steuern	69'045 ⁽¹³⁾	65'320	3'725	5.7%	69'458
41 Regalien u. Konzessionen	21'971 ⁽¹⁴⁾	21'208	763	3.6%	18'121
42 Vermögenserträge	8'362 ⁽¹⁵⁾	6'144	2'218	36.1%	8'000
43 Entgelte	17'169 ⁽¹⁶⁾	15'184	1'985	13.1%	16'260
44 Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	27'973 ⁽¹⁷⁾	26'991	982	3.6%	27'304
45 Rückerstattung von Gemeinwesen	1'154	1'192	-38	-3.2%	1'406
46 Beiträge für eigene Rechnung	25'019 ⁽¹⁸⁾	20'554	4'465	21.7%	19'752
47 Durchlaufende Beiträge	51'055 ⁽¹¹⁾	50'150	905	1.8%	50'289
48 Entnahme aus Spezialfinan- zierungen und Stiftungen	283	753	-470	-62.4%	847
49 Interne Verrechnungen	32'919	30'687	2'232	7.3%	29'974
	254'950	238'183	16'767	7.0%	241'411
Ergebnis	382	-929	-1'311	-141.1%	4'087